

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis: halbjährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonzeitung aber deren Raum 50 Pfg. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Besammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (selbstgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 23. Februar 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Der Schnapsblock gegen das Wahlrecht! Neue Zentrumsverräterei!

Das Zentrum hat in der Sitzung am Dienstag der Wahlrechtskommission seine Heuchlermaske völlig gelüftet. Als der „Vorwärts“ bereits nach dem Verlauf der beiden ersten Kommissionssitzungen mit aller Schärfe nachwies, daß das Zentrum unter allen maßgebenden Parteien die schäblichste Verräterrolle spielte und seine ganze Taktik darauf anlege, das neue Wahlrecht noch elender zu gestalten, als es selbst die Anträge der National-Liberalen bezweckten, die doch wahrhaftig schon reaktionär genug waren, gab es noch immer Naive, die sich und anderen einzureden suchten, nicht das Zentrum, sondern die Nationalliberalen seien der eigentliche und gefährlichste Feind der Wahlreform.

Die Haltung, die das Zentrum am Dienstag in der Wahlrechtskommission einnahm, dürfte nunmehr auch dem Naivsten den Stachel gestochen haben!

Denn am Dienstag deckte das Zentrum seine Karten auf und einigte sich mit den Konservativen zu einem Kompromiß, das geradezu ein

Konjunktura niederträchtigster Wahlrechtsverräterei darstellt!

Bekanntlich hatte die Wahlrechtskommission bereits mit 15 gegen 13 Stimmen die geheime Abstimmung im Prinzip beschlossen! Die geheime Abstimmung war also gesichert. Nicht nur in der Kommission, sondern auch im Plenum, wo ja 231 ultramontane, nationalliberale, freisinnige, polnische und sozialdemokratische Stimmen den 212 konservativen und freikonservativen Stimmen gegenüberstehen. Es galt jetzt nur noch, die bereits beschlossene geheime Abstimmung in den Text der Regierungsvorlage einzuarbeiten. Eine mindestens ebenso große Mehrheit war für die ja obendrein in der Regierungsvorlage selbst geforderte direkte Abstimmung vorhanden.

Die direkte Wahl sowohl als die geheime Wahl wären also gesichert gewesen, wenn das Zentrum sich nicht im letzten Augenblick mit seinen Verbündeten vom Schnapsblock, den Konservativen, zu einem

infamen Rühhandel

zusammengetan hätte! Unter dem abgeschmackten Vorwand, daß das geheime Wahlrecht nur dann im Herrenhaus und bei der Regierung auf Annahme rechnen dürfe, wenn es gelinge, auch die Konservativen dafür zu gewinnen, dadurch also eine starke Majorität dafür zustande zu bringen, schlug es folgendes Kompromiß vor:

**Das Zentrum gibt die direkte Wahl preis!
Dafür stimmen die Konservativen für das geheime Wahlrecht!**

Die Konservativen erklärten ihre Zustimmung zu diesem Kompromiß!

Vergebens wandten sich die Vertreter der Linken gegen diesen schmachvollen Schacher!

Namentlich der Vertreter der Sozialdemokratie brandmarkte dies Zusammengehen der Schnapsblockparteien als den perfidesten Wahlrechtsverrat! Sei es doch geradezu unglaublich, die bereits gesicherte geheime Abstimmung nochmals zum Schacherobjekt machen zu wollen, nur zu dem Zwecke, der Reaktion zuliebe das direkte Wahlrecht zu opfern! Die Kengstlichkeit des Zentrums vor einer ablehnenden Haltung der Regierung sei um so erstaunlicher, als die Regierung doch noch mit

keiner Silbe erklärt habe, daß der vor bereits acht Tagen gefasste Beschluß der Kommission zugunsten der geheimen Abstimmung für sie unannehmbar sei. Sollte die Regierung aber die Vorlage zum Scheitern bringen, so liege es ja am Volke und den wahlrechtsfreundlichen Parteien selbst, durch Verschärfung der Wahlrechtsbewegung unter den Massen die Regierung zu zwingen, schnelligst eine neue, bessere Vorlage einzubringen!

Der ungeheure Respekt, den das Zentrum in der Wahlrechtsfrage vor der Handvoll Junker befunde, nehme sich bei einer angeblich demokratischen Partei doch ebenso befremdend aus, wie seine unglaublich niedrige Einschätzung des Volkswillens!

Nachdem nun gar die Konservativen selbst in aller Form die Erklärung abgegeben hätten, daß auch sie keineswegs prinzipielle Gegner der geheimen Abstimmung seien, entfalle für das Zentrum aber auch der letzte Scheingrund zur Preisgabe der direkten Wahl!

Vergebens! Der schamlose Schacher, durch den das Zentrum eine Verbesserung des Wahlrechts verriet, die selbst die Regierung in der Vorlage zugestanden hatte, war offenbar schon vorher beschlossene Sache!

Durch einen geschäftsordnungsmäßigen Trick sorgte das Zentrum dafür, daß die Abstimmung über die Eingliederung der ja bereits beschlossenen geheimen Wahl in das Gesetz zusammengeknüpelt wurde mit einem konservativen Antrag auf Verbeibehaltung der indirekten Wahl.

Die paragraphierte Spottgeburt, die die geheime Abstimmung nicht nur volksverräterisch, sondern obendrein auch noch sinnwidrig verbindet mit der Wahlmännerwahl, wurde dann

von Konservativen und Zentrum angenommen!

Und zwar mit 16 gegen 8 Stimmen!

Wir sind gewiß die Letzten, die den erreaktionären Charakter der Nationalliberalen und ihr volksfeindliches Verhalten in der Wahlrechtskommission beschönigen möchten. Forderte doch gerade auch der sozialdemokratische Vertreter in der Wahlrechtskommission das Zentrum in der energischsten Weise auf, sich dem Kampf der Sozialdemokratie nicht nur gegen die Konservativen, sondern auch die nationalliberalen Wahlrechtsfeinde anzuschließen.

Aber wenn schon die Nationalliberalen wegen ihrer Kompromißsucherei die ägende Kritik herausforderten — welche Kritik fordert dann erst die anfängliche Haltung des Zentrums heraus!

Die Nationalliberalen waren doch immerhin bedingungslos für die geheime Abstimmung. Sie waren für die direkte Wahl. Ihre Kompromißerei begann doch erst bei der Klasseneinteilung, die sie nicht beiseitigt, sondern nur in der unzulänglichsten Weise abgeschwächt wissen wollten!

Das Zentrum dagegen war nicht einmal für bedingungslose Gewährung des geheimen Wahlrechts! Unter der kläglichen Ausrede, die geheime Abstimmung sichern zu müssen, verband es sich auch in der Wahlrechtsfrage mit seinem Komplizen vom Schnapsblock, um die geheime Abstimmung durch die indirekte Wahl

zu verhunzen und zu entwerten!

Denn die Verknüpfung der geheimen mit der indirekten Wahl macht die geheime Wahl völlig wertlos für die entrechteten Massen!

Denn worin bestand denn der Wert der geheimen Wahl? Darin, daß die Wähler, geschützt vor dem Terror der Behörden und der Unternehmer, überall ihrer Ueberzeugung gemäß wählen konnten.

Die indirekte Wahl raubt diese Möglichkeit aber auf dem Lande auch bei der geheimen Wahl den Anhängern aller schärferen Oppositionsparteien, namentlich der Sozialdemokratie!

Denn das geheime Wahlrecht läßt sich bei der indirekten Wahl ja nur dann ausüben, wenn es den Oppositionsparteien möglich ist, die nötige Zahl Wahlmänner anzubringen. Das aber ist namentlich der Sozialdemokratie ganz unmöglich! Folglich nützt das geheime Wahlrecht infolge der Wiedereinschmuggelung der indirekten Wahl den Entrechteten auf dem Lande keinen Pappenspiegel!

In den Städten aber war ja bei dem den Arbeitern durch ihre starken Organisationen gewährleisteten Schutz die Gefahr der wirtschaftlichen Schädigung zum guten Teil ohnehin beseitigt!

Das geheime Wahlrecht, das der in der Wahlrechtsfrage neuerstandene Schnapsblock dem Volke bietet, ist also nichts als eine

erbärmliche Scheinkonzession!

Es ist im Grunde nichts als die auf einem Umwege erreichte Realisierung des bedürftigen Vorschlags, die bürgerlichen Wähler vor der Notwehr der sozialdemokratischen Wähler zu schützen, dagegen auf dem Lande den alten infamen Terror der reaktionären Gewalten aufrecht zu erhalten!

Denn die Wiedereinführung der Wahlmännerwahl sichert auf dem Lande und überall da, wo die Arbeiter keine festgeschlossene, wohlorganisierte Macht bilden, Behörden und bürgerlichen Parteien

jede terroristische Vergewaltigung!

Der Terror bleibt also bestehen, nur daß sich die vergewaltigten, entrechteten Massen seiner nicht mehr durch Notwehrkräfte erwehren können!

Und nicht nur, daß das Kompromiß der Schnapsblock-Parteien dem Proletariate jede Möglichkeit nimmt, auch nur den Einfluß, den ihm selbst die Dreiklassenschmach zuweist, in Gestalt von Abgeordnetenmandaten in die Wagschale zu werfen: das Proletariat ist nicht einmal in der Lage, seine Stimmen zählen zu können!

Ein raffinierter auf die Interessen der wahlrechts- und volksfeindlichen Reaktion zugeschnittenes Kompromiß läßt sich also gar nicht ausklügeln, als das, zu dem das Zentrum in frechster Wahlrechtsverräterei seine Hand geboten hat!

Am Donnerstag wird die erste Lesung beendet sein! Die zweite Lesung wird wohl in zwei Sitzungen durchgepeitscht werden, sodas in kaum 14 Tagen der Wahlrechtswechselbalg des Schnapsblocks dem Plenum zur Beratung vorgelegt werden dürfte!

Da gilt es, in der Agitation für das gleiche und wirklich geheime Wahlrecht die äußerste Latenzkraft zu entfalten!

Es gilt, mit den Wahlrechtsverrättern unerbittliche Abrechnung zu halten!

Nieder mit dem preußischen Schnapsblock, dem Anti-Wahlrechtsblock!

Demonstrationen.

Die Blutarbeit der Frankfurter Polizei vor den Stadtverordneten.

Frankfurt a. M., 22. Februar. (Privatdep. d. „Vorw.“)

In der Stadtverordnetenversammlung kamen heute die Vorgänge vom 13. und 17. dieses Monats zur Sprache. Die Sozialdemokraten wie die Freisinn-Demokraten interpellierten den Magistrat und Oberbürgermeister, wie er sich zu der Sache stelle, daß städtische Lokale den Schulern an beiden Tagen zur Verfügung gestellt wurden, daß weiter städtische Tramwaywagen dazu benutzt wurden, um die Schulleute von einem Punkt der Stadt zum andern zu fahren.

Genosse Quard sagte in der Begründung der Interpellation, es sei doch unerhört, daß der Magistrat im Gegensatz zu dem Magistrat der Stadt Berlin so einseitig Partei genommen habe für die Polizei. Er gab noch einmal eine Darstellung der Vorgänge, die sich mit der bereits im „Vorwärts“ gegebenen dort und schilderte weiter, was er selbst an beiden Tagen erlebt habe, wie brutal und gemein die Polizei gegen Unbeteiligte, ja selbst gegen Frauen und Kinder vorgegangen sei. Auch der Freisinn-Demokrat Wedel äußerte sich in sehr scharfer Weise über das Vorgehen der Polizei und verlangte, daß der Magistrat unbedingt Maßnahmen ergreifen müsse, um eine Wiederholung solcher Vorgänge zu verhindern. Er sprach mehrmals von beabsichtigtem Ueberfall der Polizei auf die friedlichen Demonstranten. Der Stadtverordnete Genosse Wittich erzählte, daß er einem Kommissar Vorfaltungen gemacht habe über das Vorgehen. Er habe selbst gesehen, wie der Kommissar vom 4. Revier einen harmlosen Menschen, der nicht einmal zu den Demonstranten zählte, gepöckelt und auf die Erde geworfen habe. Darauf habe er (Wittich) zu dem Kommissar gesagt: „Sind Sie sich denn nicht bewußt, daß Sie eben eine gefehlwidrige Handlung begangen haben?“ Die Antwort war: „Halten Sie die Schnauze!“ Und als Genosse Wittich sich dann vorstellte als Stadtverordneter, sagte der Kommissar: „Wir pfeifen auf alle Stadtverordneten!“

Der Oberbürgermeister suchte das Vorgehen der Polizei in milderem Lichte darzustellen. Die Vergabe städtischer Lokale und Straßenbahnwagen gab er jedoch in ziemlich unterschätztem Maße an und verlas eine Erklärung, die ihm offenbar von der Polizei diktiert worden war. Als dann auch der Stadtverordnete Kadenburg, ein Nationalliberaler, eine Erklärung der Nationalliberalen verlas, die sich in geradem provokierender Weise auf die Seite der Polizei stellte, wurde er von unseren Genossen und von einigen Freisinn-Demokraten mit minutenlangen stürmischen Pfeifen unterbrochen. Auch die Gallerie stimmte in diese Pfeife ein. Der ganze Rümer, das Sitzungslokal der Stadtverordneten, ist von einer dichten Menschenmenge umlagert.

Der Oberbürgermeister griff noch wiederholt in die Debatte ein und mühte sich vergebens ab, das Vorgehen der Polizei zu beschönigen. Als er dann die Bezeichnung der städtischen Straßenbahnwagen anders darstellte, als Genosse Quard, rief ihm der freisinnige Justizrat Helff zu: „Wenn es nicht wahr ist, so ist es guter Fund!“ Justizrat Helff erklärte dann noch, er habe gewiß nichts mit der Sozialdemokratie gemein und billige nicht alles, was die Sozialdemokratie mache, aber das müsse man doch sagen, daß die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften einen sehr erzieherischen Einfluß auf die Arbeiterschaft ausüben. Es sei ganz unerhört, wie die Polizei es wagen konnte, auf friedliche Menschen einzuhauen, einzureiten und zu schießen. Zum Schluß wurde dann der folgende dringliche Antrag der demokratischen und freisinnigen Fraktion mit übergroßer Mehrheit — auch die Sozialdemokraten stimmten dafür — angenommen:

„Mit Rücksicht darauf, daß das Verhalten der Polizeiorgane geeignet ist, sowohl die Sicherheit harmloser Passanten zu gefährden als auch den Fremdenverkehr zu beeinträchtigen, ersuchen wir den Magistrat, an der zuständigen Stelle Verwahrung einzulegen, damit die Wiederkehr solcher Vorgänge vermieden wird.“

Die Wahlrechtsinterpellationen der Sozialdemokraten und Freisinnigen wurden dann wegen der vorgerückten Stunde vertagt.

Rundgebungen außerhalb Preussens.

Die Schandvorlage Bethmann-Hollwegs und die sich häufenden Angriffe auf das Reichstagswahlrecht erregen bis weit über die schwarz-weißen Grenzgebiete hinaus lebhafteste Empörung. Ueberall empfindet das Proletariat, daß die preussische Wahlrechtsfrage die deutsche Frage ist, und allerorts fühlt es, daß die preussischen Arbeiter für das Proletariat des ganzen Reiches kämpfen. Und so nehmen denn die Proletarier Gesamtdeutschlands lebendigen Anteil am Kampf der preussischen Arbeiter und lassen es sich nicht nehmen, ihrer Sympathie den Kämpfern und ihrer Enttäuschung über die Anschläge der preussischen Reaktion deutlichen Ausdruck zu geben. So wird uns aus Nürnberg berichtet:

Gier tagten am Montagabend 15 Parteiversammlungen, in denen überall die preussische Wahlrechtsreform als erster Punkt auf der Tagesordnung stand. Im Landbezirk Nürnberg haben bereits am Sonnabend und Sonntag sieben Versammlungen stattgefunden. In allen 23 Versammlungen kam die lebhafteste Empörung über die preussische Reaktion zum Ausdruck, die auch für die übrigen Bundesstaaten eine schwere Gefahr bildet. Es wurde in allen Versammlungen einstimmig eine Resolution angenommen, in der dem für die Erringung des Wahlrechts kämpfenden preussischen Volkes Sympathie ausgesprochen und die Kämpfer ermutigt werden, nicht zu ruhen, bis das Volkrecht des verberblichen Junkerregiments, das schändliche Dreiklassenwahlrecht gefallen ist. Es wird ferner protestiert gegen das reichsverräterische Gebaren des Junkertums, wie es sich in den Worten Oldenburgs dokumentiert; entschuldigendster Protest wird erhoben gegen die Bedrohung des Reichstagswahlrechts durch den höchsten verantwortlichen Beamten des Reiches im preussischen Landtag. Es wird auf die geradezu reichsgefährdende Tendenz dieser Bestrebungen nach Verstärkung des Reichstagswahlrechts hingewiesen, und von der bayerischen Regierung wird gefordert, daß sie im Bundesrat diesen Umsturzplänen mit aller Entschiedenheit entgegentritt.

In Chemnitz tagte am Sonntag eine von über 2000 Personen besuchte Versammlung, in der Genosse Ed. Bernstein über

den Wahlrechtskampf in Preußen sprach. Der Polizei genüge das, um außerordentliche „Sicherheitsvorkehrungen“ zu treffen. Sämtliche dienstfreie Schulleute wurden eingezogen und mit Revolvern und scharfer Munition versehen! Die Versammlung nahm einen glänzenden Verlauf. Den preussischen Wahlrechtskämpfern wurde vollste Sympathie ausgesprochen und dann gingen die Rufen fröhlich nach Hause. Und die bereitstehenden Polizeimannschaften warteten vergeblich auf Arbeit.

Demonstrations-Nachkänge im Kieler Stadtverordnetenkollegium.

Bei der Beratung des Theateretats in der Sitzung der städtischen Kollegien in Kiel fragte der Stadtverordnete Genosse Adler den Oberbürgermeister, ob er davon unterrichtet sei, daß am Sonntag, den 30. Januar, im städtischen Theater vierzig Schulleute untergebracht worden sind, um von hier aus auf friedlich vorüberziehende Wahlrechtsdemonstranten losgelassen zu werden. Der Oberbürgermeister erklärte, daß dies mit seinem Wissen und Willen geschehen sei, und er würde auch künftig, wenn der Polizeipräsident darum antrage, die Unterbringung von Polizisten in städtischen Gebäuden gestatten. Dann erhob sich der Stadtrat Rissen, ein Bruder des zu trauriger Berühmtheit gelangten Stadtrats Rissen in Neumünster, und machte den Leitern der Demonstration den Vorwurf, daß sie sich hinter den Tintenfässern verheiden. Er erhob die unwahre Beschuldigung, daß in Kiel die Polizeibeamten von den Demonstranten mit Steinen und Flaschen geworfen worden seien und erklärte zum Schluß, die Wahlrechtsdemonstranten müßten von der Polizei „noch viel mehr auf den Kopf haben“. Der Genosse Adler verfuhr nicht, die Handlungsweise dieses Mannes, der im Privatleben ein sehr frommer Christ sein will, ins gehörige Licht zu setzen. Von den bürgerlichen Vertretern nahm niemand zu den Erklärungen des Oberbürgermeisters und des Stadtrats Rissen das Wort; selbst der freisinnige Landtagsabgeordnete Hoff nicht.

Wider die Neumünsterische Polizeileitung.

Die sozialdemokratischen Stadtverordneten in Neumünster haben an den Regierungspräsidenten das Gesuch gerichtet, die Herren Stadtrat Rissen und Polizeikommissar Gutschmann aus ihren Ämtern als Polizeibeamte zu entheben.

Der Wahlrechtskampf.

Zentrumsmanöver.

Aus dem Ruhrbezirk wird uns geschrieben: Angesichts der gewaltigen Wahlrechtsdemonstrationen der Sozialdemokratie scheint doch dem Zentrum der Boden unter den Füßen zu heiz zu werden. In Wodum haben sie sich hinter verschlossenen Türen zu einer platonischen Liebeserklärung für die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen aufgeschwungen. Dies geschah in einer Versammlung des katholischen Volksvereins. Von den anwesenden christlichen Arbeitersekretären Reife, Gilling und Schid wurde ganz energisch die Uebertragung gefordert! Schließlich nahm die Versammlung eine Entschließung in diesem Sinne an, fügte aber hinzu: „Sollte die Zentrumskolonie infolge der Uebermacht der Konservativen und Nationalliberalen diese Forderung nicht durchsetzen können, so sei unbedingt an der Forderung der geheimen Wahl festzuhalten.“ Der Arbeitersekretär Gilling stellte die freche Behauptung auf, das Zentrum habe seit Jahrzehnten die Forderung der Uebertragung des Reichstagswahlrechts vertreten, während die Sozialdemokratie erst seit einem Jahre den Kampf für diese Forderung aufgenommen habe.

Die Zentrumsarbeitersekretäre Rheinland-Westfalens haben eine ähnliche Erklärung wie die Versammlungsresolution an ihre Landtagsfraktion abgesandt.

Die Wahlrechtsvorlage und die Gemeindevertretungen.

Die liberalen Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung in Magdeburg haben einen Antrag eingebracht, durch den der Magistrat und die Stadtverordneten ersucht werden, an das Abgeordnetenhaus eine Petition um Ablehnung der Wahlrechtsvorlage zu richten.

Die Lage in England.

Die Thronrede hat endlich einige Klarheit über die Haltung der englischen Regierung geschaffen. Die Radikalen, die Freen und die Arbeiterpartei, die gefordert hatten, daß zuerst das Vetorecht des Oberhauses beseitigt werden müsse, bevor das Budget erledigt werde, sehen sich von Herrn Asquith im Stich gelassen. Asquith hatte zwar vor der Wahl feierlich versprochen, die Regierung nur zu übernehmen, falls er sichere Garantien gegen die Lords erhalten und alle Welt legte dies Versprechen dahin aus, daß Asquith nur regieren wolle, wenn er vom Könige die Vollmacht zu einem ausgiebigen Pairsschub erlange. Aber nach der Wahl fand sich eine andere Auslegung: Unter den Garantien hätte Asquith vor allem eine große Mehrheit verstanden; die Liberalen aber zählen nur 275 Mitglieder gegen 273 der Konservativen. Das erhaltene Mandat sei also nicht entschieden genug; deshalb müsse das Budget vorgehen. In Wahrheit kommen zu den 275 Liberalen noch 82 Freen und 40 Mitglieder der Arbeiterpartei, die eine überwältigende Majorität gegen die Lords ergeben. Aber Herr Asquith muß auf die einflussreiche Gruppe der gemäßigten Liberalen Rücksicht nehmen, die nach den Wahlen von der radikalen Taktik noch viel weniger wissen wollen als vorher. Deshalb muß das Budget zuerst an die Reihe kommen.

Zu der an die Thronrede anschließenden Debatte erläuterte der Ministerpräsident seine Haltung folgendermaßen:

Die Thronrede sei wohl die kürzeste, die es jemals gegeben, da sie sich in der Hauptsache nur mit den Beziehungen der beiden Häuser zueinander befaßt. Abgesehen von der nötigen Vorlage für die Finanzen sei dies die einzige Frage, an die die Regierung heranzutreten beabsichtige. Jedenfalls würde sie, wenn auch vielleicht einige Vorlagen von geringerer Bedeutung eingebracht werden sollten, keine Vorlage einbringen, über die es Streit geben könne. Es sei dies zwar ein ungewöhnliches Vorgehen, aber es sei auch ein ungewöhnliches Vorgehen, das die allgemeinen Neuwahlen veranlaßt habe. Was die Frage der sogenannten Garantien von der Krone anlangt, so habe er keine solche Garantien erhalten oder sie zu erhalten gewünscht. Denn es sei Pflicht des verantwortlichen Staatsmannes, dem Namen des Monarchen und die Prärogative der Krone bei der Politik möglichst aus dem Spiele zu lassen. (Weisfall bei den Oppositionellen.) Wenn sich Veranlassung bieten sollte, so würde er nicht zögern, der Krone zu raten, wie es die Umstände im öffentlichen Interesse angemessen erscheinen ließen. (Weisfall bei den Ministerialen.) Aber plain pouvoir für eine unbeschränkte Ausübung der königlichen Prärogative für eine Maßnahme, die dem Unterhaus noch gar nicht unterbreitet sei, zu verlangen, würde eine Forderung sein, die kein konstitutioneller Staatsmann aufstellen (Weisfall bei den Oppositionellen) und deren Gewährung man von keinem konstitutionellen Monarchen erwarten könne. Niemand könne bestreiten, daß im gegenwärtigen Unterhause eine überwältigende Mehrheit sich dafür verbürgt habe, die

Frage des Oberhausvetos zu regeln. Die Regierung schlage zunächst vor, mit Resolutionen bezüglich des Vetos vorzugehen, die später nach ihrer Annahme der Bill einverleibt werden sollten. Die Regierung sei der Meinung, daß dieses Verfahren sich rechtfertige durch die Wichtigkeit der Vorschläge, die eine Umformung des konstitutionellen Systems Englands bedeuteten. Dieses Verfahren würde das Haus insand setzen, möglichst früh seine Billigung oder Mißbilligung der Vorschläge der Regierung auszusprechen, und der Regierung es zu ermöglichen, zu sehen, ob sie die Billigung des Hauses habe.

Asquith wies dann auf die zahlreichen Ausgaben hin, für die vor Schluß des Finanzjahres am 31. März gefordert werden müßten. Die Regierung schlage daher nur eine kurze Vertagung zu Ostern vor. Das Haus würde dann weiter sitzen, bis es das alte Budget und die Resolutionen über die Lords erledigt hätte. Diese Periode würde sich vermutlich bis Mitte April ausdehnen, worauf das Haus große Ferien machen würde. Nach den Ferien würde man zu der auf den Resolutionen betreffend die Lords begründeten Bill übergehen. Das Budget würde den Lords in dessen nicht eher übersandt werden, als bis das Unterhaus Gelegenheit gehabt hätte, seine Meinung über die Lords-Resolutionen auszusprechen. Das frühere Budget sollte nur in einigen verhältnismäßig unwichtigen Punkten abgeändert und das Haus solle ersucht werden, das Gesetzentwurf nachträglich zu genehmigen, die vom letzten Unterhause genehmigten Steuern wieder zu erheben und den Bestimmungen des früheren Budgets bezüglich der Landabschätzung usw. die Genehmigung zu erteilen. (Weisfall bei den Ministerialen.) Hierfür würde es notwendig sein, ein summarisches Verfahren in Anwendung zu bringen.

Asquith schloß, die Regierung wüßte es klar zum Ausdruck zu bringen, daß sie mit dem Budget und den Resolutionen betreffend das Oberhaus stehe oder falle, da sie beide Punkte als einen integrierten Bestandteil ihrer Politik ansehe und ihre Existenz daran setzen müsse, um diese im Unterhause durchzubringen. (Weisfall bei den Ministerialen.) Wenn das Haus mit den Vorschlägen der Regierung nicht einverstanden sei, müsse die Entscheidung liegen. Obwohl die Lage reichlich Verunsicherung biete, irgendeinen leichten Ausweg zu finden, sei es Pflicht der Regierung, jede Anstrengung zu machen, um diese große fundamentale vorläufige Reform zustande zu bringen.

Herr Asquith verschiebt also die wirkliche Entscheidung auf den Herbst. Denn die Resolutionen, die das Unterhaus vorher annehmen soll, haben keine bindende Kraft; diese kommt nur der später zu beratenden Bill zu. Es ist nichts weniger als eine Vertagung der „brennendsten Frage“, die Herr Asquith seiner Majorität zumutet. Kein Wunder, daß die Freen und die Arbeiterpartei ihre Enttäuschung nicht verbergen. Der Führer der Freen, Redmond, kam unmittelbar nach Herrn Asquith zu Worte und erklärte, nachdem er die billige Unabhängigkeit seiner Partei nachdrücklich betont hatte:

Wenn die Regierung ihnen Sicherheit gäbe, daß eine Vetovorlage noch in diesem Jahre zum Gesetz erhoben würde, würden die Nationalisten für das Budget stimmen. Sie seien bereit, diesen Preis zu zahlen, aber nicht umsonst oder für etwas ganz Ungewisses. Sie hätten nicht den Wunsch, eine Krise herbeizuführen, aber in dieser Angelegenheit könnten sie nicht mit verbundenen Augen vorgehen.

Im Unterhause wurde die Rede Redmonds, der Sicherheit verlangte, kurz nach der Erklärung Asquiths, keine Sicherheit geben zu können, sehr pessimistisch gedeutet. Man sprach davon, daß spätestens im Juni Neuwahlen stattfinden würden. Derselben Meinung gibt die Presse Ausdruck. Die Morgenblätter halten, wie aus London telegraphiert wird, allgemein die Regierung für verurteilt, namentlich infolge der Rede Redmonds. Die konservativen Zeitungen erklären, das Fiasko sei vollständiger, als sie jemals zu glauben gewagt hätten. Die liberalen Blätter geben sehr trübe Kommentare und räumen ein, daß die Liberalen von der Erklärung Asquiths enttäuscht seien und daß der Sturz der Regierung sicher sei, wofür nicht ein Einverständnis mit den Nationalisten erzielt werde, die aber voraussichtlich nicht nachgeben würden.

Aber eben dies muß zweifelhaft erscheinen. Denn von Neuwahlen, die den Konservativen noch günstiger sein würden, haben die Freen nichts zu hoffen. Dagegen müssen sie dann fürchten, ihre den Ausschlag gebende Stellung zu verlieren. Der Sturz der Regierung ist also nicht ihr Interesse. Sie können nur eine Politik der Erpressung befolgen, deren Voraussetzung aber nur die Fortexistenz der von ihnen abhängigen Regierung bildet. So ist es wohl doch noch am wahrscheinlichsten, daß ein Kompromiß gefunden werden wird. Und daß ein solches vorbereitet wird, beweist ein Telegramm aus London, das folgendes meldet:

Eine Versammlung der irischen Parlamentsabgeordneten nahm heute einstimmig folgende Resolution an: In Anbetracht der außerordentlichen Wichtigkeit des jetzt zwischen beiden Häusern des Parlaments vor sich gehenden Kampfes und in der Ueberzeugung, daß es die erste Aufgabe dieses Parlaments ist, in Gemäßheit des durch die allgemeinen Wahlen erteilten Mandates zu handeln und sofort daran zu gehen, daß jetzt vom Hause der Lords über alle progressive Gesetzgebung ausgeübte Veto zu beschränken, beschließt die irische Partei, diese große Frage nicht durch Beantragung eines Amendements zur Adresse oder Anträge während der jetzigen Session verwickelter zu gestalten.

Der Beschluß erklärt sich also nochmals für die sofortige Quantgriffnahme der Oberhausfrage; aber er verzichtet darauf, die Regierung zu stürzen und schafft so Zeit für den Abschluß eines Kompromisses.

Mag aber auch die Regierung dadurch momentan gerettet sein, irgend längere Dauer verspricht dieser Zustand nicht. Das Cabinet verfügt über keine homogene Majorität. Wenn erst das Budget erledigt sein wird, wird es den Konservativen ein Leichtes werden, dem schwachen Ministerium die Fortregierung unmöglich zu machen.

Die Oberhausdebatte.

London, 21. Februar. Bei Besprechung der Adresse auf die Thronrede erklärte Lord Lansdowne, wenn das Budget vom Unterhause angenommen würde, so werde dies auch vom Oberhause geschehen. Er fragte die Regierung, ob sie das Mandat zu haben glaube, die Verfassung des Landes in Stücke zu zerschneiden, das Zweikammersystem aufzuheben und nur eine einzige Kammer einzuführen. Die Gegner des Oberhauses wollten ein Oberhaus einführen, das nur ein unvollkommenes Schattenbild von dem sein sollte, was das Zweikammersystem sein müßte. Zur Erwägung einer Reform, die das Oberhaus wirksamer machen, aber ein Stückchen der Gesetzgebung verfehlen würde, seien er und seine Freunde bereit.

Lord Rosebery machte sodann den Vorschlag, daß die Lords, die mit einer Reform einverstanden seien, einen Reformplan einbringen möchten, ohne die Vorschläge der Regierung abzuwarten, so daß dem Lande zwei Pläne unterbreitet würden. Die Freen müßten anerkennen, daß das Land sich gegen das Prinzip der Erbllichkeit ausgesprochen habe, und das Oberhaus habe jetzt eine gute Gelegenheit, sein eigenes Haus in Ordnung zu bringen. Nachdem Earl of Crewe noch darauf hingewiesen hatte, daß Lansdowne der auswärtigen Politik keine Erwähnung getan habe, und seine Freunde darüber ausgedrückt, daß die Verhältnisse in Europa dies nicht als notwendig hätten erscheinen lassen, wurde die Adresse angenommen.

Preßstimmen.

London, 22. Februar. Der *Parliamentary Observer* schreibt, es sei nun absolut gewiß, daß die Nationalisten für das Budget nur dann stimmen würden, wenn von der Regierung unbedingte Bürgschaften dafür gegeben werden, daß sie imstande sei, die das Veto des Oberhauses beschneidende Vorlage durchzubringen. In einem Leitartikel desselben Blattes wird der Meinung Ausdruck gegeben, daß der Streit, ob das Votum des Oberhauses oder das Budget zuerst behandelt werden soll, in geschickter Weise erledigt worden sei.

Morning Leader meint, als das Unterhaus gestern die Sitzung schloß, sei es klar gewesen, daß das Leben der Regierung an einem Faden hänge und daß die Entscheidung über ihren Fortbestand nur eine Frage von Stunden sein werde.

Eine Rede Balfours.

London, 22. Februar. Balfour hielt heute im Konstitutionsklub eine Rede, in der er u. a. erklärte, die Unionisten wollten der Regierung, soweit die Finanzfrage in Betracht komme, ihre schwierige Aufgabe nicht noch schwieriger gestalten, aber in prinzipiellen Fragen, wozu z. B. die Oberhausfrage gehöre, sei es für sie unmöglich, ein Kompromiß zu schließen. Die im Unterhause geschlossene Lage gefalle niemand, aber die Interessen des Reiches gingen allen anderen voran.

Fortsetzung der Adressdebatten.

London, 22. Februar. Im Unterhause wurde heute die Adressdebatten fortgesetzt. Der Führer der Arbeiterpartei, Barnes, erklärte, daß seine Partei die vollständige Abschaffung des Oberhauses wünsche, aber bereit sei, Schritt für Schritt vorzugehen, solange man auf das Ziel losziehe. Barnes schlug sodann vor, nach der Annahme des alten Budgets, die auch die Arbeiterpartei wünsche, gegen das Votum vorzugehen, bevor die Vorschläge für das nächste Finanzjahr und das neue Budget vorgelegt würden. Zum Schluß drängte Barnes die Regierung, diesbezügliche Zusicherungen zu geben. O'Brien, unabhängiger Nationalist, griff Redmond heftig an wegen seiner Stellungnahme gegenüber dem Budget und erklärte, er für seine Person würde der Annahme des Budgets, das für Irland verderblich sei, nicht zustimmen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 22. Februar 1910.

Zentrums-Diplomatie.

Die „Kölnische Volkszeitung“ gibt Herrn von Bethmann Hollweg gute Ratschläge, wie man es machen muß, ein Volk unbedenkt am Narrenfusse zu führen. Das Blatt schreibt:

Die Aufgabe des Landrats, des Regierungspräsidenten und des Oberpräsidenten ist es, Menschen zu lenken und das ist auch die spezielle Kunst und Pflicht des Reichskanzlers. In diesem Zwecke gibt es aber verschiedene Methoden. Die primitivste ist die des Kasernenhofs: man befiehlt und der Untergebene steht stumm, legt den Mittelfinger an die Hosennähe und gehorcht. Mit dieser einfachen Taktik kommt aber nicht einmal mehr ein Landrat aus, denn wenn er weiter nicht versteht, reicht seine Macht nicht weit. Für höhere Stellungen — und das gilt nicht bloß vom staatlichen, sondern auch vom politischen, kirchlichen und kommunalen Leben — ist nur der Beruf, der die Menschen zu Leuten versteht, ohne daß sie es merken. Er stellt sich nicht vor das Publikum hin und sagt: Ihr sollt, sondern er weilt hinter den Kulissen mit geschickter Hand eine „Bewegung“ ins Leben zu rufen, die zu dem angestrebten Zweck führt und wenn er dann so weit, nimmt er noch huldigen Dank entgegen für die Gütigkeit, mit der er einen „Wollwunsch“ erfüllt hat.

Das Blatt sagt dann seine Lehren für den Fall Bethmann Hollweg wie folgt zusammen: „Der Reichskanzler ist gewiß ein vorzüglicher Bureaukrat, aber er ist anscheinend zu sehr Bureaukrat, um staatsmännisch und diplomatisch zu sein. Er hält zu viel vom Befehlen und weiß nicht, daß man das Volk durch allerhand schlaue Tricks viel leichter leiten und zu freiwilliger Gefolgschaft veranlassen kann.“

Warum ist Herr v. Bethmann Hollweg, ehe er sich zum Reichskanzler für berufen hielt, nicht erst durch die Schule der Zentrumsdiplomaten gegangen? Aber noch ist die Hoffnung vorhanden, daß er im Umgang mit den Herren Spahn, Schäbler und Genossen lernt, hinter den Kulissen mit geschickter Hand eine Bewegung ins Leben zu rufen und „durch allerhand schlaue Tricks“ das Volk am Narrenfusse zu führen — vorausgesetzt, daß das Volk auf die „Tricks“ hineinfällt.

Die Herrschaft des Geldsacks.

Die „Kölnische Zeitung“ offenbart wieder einmal die realistische Gesinnung der Nationalliberalen. Das Blatt gibt Herrn v. Bethmann Hollweg recht, wenn er sagt, er glaube nicht an die absolute Richtigkeit des Dogmas vom allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht für alle Staaten und Verbände:

Man mag sich drehen und wenden wie man will, solange die bürgerliche Staatsordnung besteht, bleibt der Besitz ein Axiom, das bei der Verteilung der konstitutionellen Machtmittel den Ausschlag gibt. Dieses Axiom aber wird vorerst nur von den Industriearbeitern und der parlamentarischen Vertretung, die diese sich in der Sozialdemokratie geben, angefochten. Deshalb ist es durchaus verständlich, daß die Staaten, in denen die Industrialisierung in Deutschland am weitesten gediehen ist, nämlich Preußen und Sachsen, bemüht sind, sich ein Wahlrecht zu geben, das es hindert, die Entscheidung über die dem Besitz aufzuerlegenden direkten Staatslasten der beizulegenden Masse in die Hand zu geben, und das der Gefahr vorbeugt, daß der Besitz schließlich aus dem Lande getrieben wird.“

Genau wie die Junker! Wie diese verstanden auch die Nationalliberalen, daß sie das Fortemane des Reiches nicht ausliefern wollen einem Parlamente, das aus Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts zustande gekommen ist!

Zusammenstoß im elsass-lothringischen Landesauschuß.

Strasbourg, 22. Februar.

Im Landesauschuß kam es am Dienstag bei der zweiten Lesung des Etats zu stürmischen Szenen. Bei der Beratung der Begütigung des Statthalters warf der Abg. Klumenthal der Regierung vor, daß sie auf Umwegen eine vom Landesauschuß bereits abgelehnte Position wieder eingestellt habe und verlangte von ihr, daß sie die Beschlüsse des Hauses respektiere. In einem noch viel schärferen Tonfall sprach dann der Abg. Reich (B.). Er erklärte, es sei geradezu unerhörte, daß man vom Regierungssitze aus es wage, dem Landesauschuß diese Zustimmung zu machen.

Der Regierungsvizepräsident, Staatssekretär Freiherr Jörn von Bülach, wandte sich gegen diese Ausführungen. Abg. Reich sprach dann von „unlauteren Manipulationen“. Als der Staatssekretär erwiderte, daß Reich nur auf die Tribüne wirken wolle, rief der Abg. Reich: „Unverschämtheit!“ Es kam dann zu einem sehr erregten Disput, wobei der Staatssekretär den Abgeordneten aufforderte, ihn außerhalb des Hauses zur Rede zu stellen. (Zwischenruf: „Mit dem Florett in der Hand!“)

Diese Debatte nahm dann eine noch viel schärfere Gestalt an, als der Abg. Reich auf eine Neuherung des Staatssekretärs zu sprechen kam, daß er der Sproh eines alten Adelsgeschlechts sei. Reich erklärte, daß er von den Sprößlingen alter Adelsgeschlechter, ob sie Friseur, Kellner oder Minister seien, nur verlange, daß sie ihre Pflicht erfüllen. Gewisse Minister seien aber so international angelegt, daß sie imstande sind, jeder Regierung zu dienen, woher sie auch komme.

Eine womöglich noch gesteigerte Wiederholung dieser Debatten gab es bei dem Titel: Etat des Ministeriums. Abg. Wetterle, der erst vor einigen Tagen aus dem Gefängnis entlassen worden ist, in dem er eine zweimonatige Strafe verbüßt hatte, eröffnete das Gespräch, indem er behauptete, gewisse Angriffe auf den Staatssekretär seien aus den Kreisen der Beamten hervorgegangen. Er machte ziemlich deutliche Anspielungen auf einen in der Nähe des Staatssekretärs sitzenden Beamten. Diese Anspielungen wiederholte in viel deutlicherer Weise der Abg. Reich, als er auf Grund von Zeitungsnachrichten den Unterstaatssekretär Mandel aufforderte, zu erklären, ob er selbst nicht derjenige sei, der diese Epochen gegen seine Vorgänger in die Zeitungen lanciert habe, oder ob er nicht wisse, wer der Verfasser sei. Es kam zu sehr erregten Szenen, in deren Verlauf der Unterstaatssekretär und der Staatssekretär sich sehr entschieden gegen den Abgeordneten wandten. Der Abgeordnete Reich wiederholte aber seine Frage noch einmal und erklärte, daß er auf die Beantwortung bestehen müsse. Er wurde mehrfach zur Ordnung gerufen. Der Unterstaatssekretär lehnte es ab, auf die Frage zu antworten und bemerkte, man werfe ihm Treubruch vor. Der Staatssekretär Freiherr Jörn von Bülach erklärte, es läme so weit, daß die Mitglieder der Regierung von ihren Plätzen herabspringen würden, um dem Abgeordneten Reich die Antwort zu geben, die er verdiene.

In großer Erregung ging das Haus auseinander.

Herr v. Bethmann Hollweg kann an diesen erbaulichen Auseinandersetzungen, an diesen Drohungen seiner elsass-lothringischen Kollegen mit körperlicher Mißhandlung sehen, wie sehr das Récueil der politischen Auseinandersetzungen durch das nicht-demokratische Wahlrecht, das ja in den Reichslanden in ausgeprägtester Form existiert, „gehoben“ wird!

Lehrers Schicksal.

In Bremen ist am 21. Februar der Lehrer Holzmeier, der Führer des radikalen Flügels der bremischen Lehrerschaft, der vor geraumer Zeit schon vom Amte suspendiert und in Disziplinaruntersuchung gezogen wurde, vom Disziplinargericht zur schärfsten Strafe, zur Dienstentlassung verurteilt worden. Wir haben seinen nützlichen Kampf für die Reform der Schule und die Freiheit der Lehrerschaft hier schon mehrfach geschildert. Holzmeier war der Verleumdung seiner vorgelegten Behörde, des Senats, angeklagt, weil er in einer Resolution den früheren Vorstand des bremischen Lehrervereins beschuldigt hatte, er habe die „Würde“ des Vereins gegenüber der Behörde nicht genügend gewahrt. Die vorgelegte Behörde, der Senat, erblickte darin eine Verleumdung für sich, da sie niemand „unwürdig“ behandle. Weiter wurde Holzmeier beschuldigt, daß er nicht nach der Vorschrift den Schulunterricht morgens mit Gesang und Gebet eröffnet, es vielmehr als eine „würdelose“ Feste bezeichnet habe, wenn er das aufkommende tun müsse. Als dritter Anklagepunkt kam das Benehmen Holzmeiers in dem neu geschaffenen amtlichen Schulrat hinzu. Holzmeier hatte in einer Stimmabgabe eine Reihe von Anträgen gestellt, unter anderen einen, in dem verlangt wurde, daß der Lehrer nicht zur Teilnahme an den „sogenannten patriotischen Schulfeiern“ gezwungen werden dürfe, da der Zwang dazu zu politischer Heuchelei führe.

Dafür wird er nun seines Amtes enthoben, mit der Hungerpein bestraft. Und das passiert in der „Republik“ Bremen. Wie würde es dem Ratigen erst in Preußen ergangen sein!

Die finanzielle Notwendigkeit der „National-Zeitung“.

Zu der von uns bereits mitgeteilten Nachricht vom Absterben der „National-Zeitung“ an Abonnementgrund wird uns noch geschrieben:

Für den halbwegs Eingeweihten war es schon lange kein Geheimnis mehr, daß der an der „National-Zeitung“ finanziell am meisten interessierte Teilhaber, der sehr weit rechts stehende national-liberale Landtagsabgeordnete Kommerzienrat Hartling, es lange Zeit hatte, weiters Zuschüsse zu leisten. Denn obwohl Hartling ein sehr reicher Mann ist, so werden ihm die Opfer, die das Blatt erfordert, denn doch zu viel, schon weil sie — von seinem persönlichen Standpunkte aus — zwecklos gebracht werden. Außerdem ist er durch ein anderes Blatt seit einigen Jahren finanziell schwer belastet. Er hat nämlich den in Wiesbaden — seinem Wohnort — erscheinenden konservativen „Rheinischen Kurier“ angekauft und in ein nationalliberales Blatt umgewandelt. Das Blatt hat aber wie auch die „National-Zeitung“ viel zu wenig Abonnenten, um auch nur halbwegs existieren zu können. Zwei nationalliberale Blätter zu unterhalten ohne die geringste Aussicht auf Besserung der traurigen Verhältnisse, dessen weigert sich Hartling jetzt. Und da ihm das Geld näher ist als der Kopf, so wird er die Wiesbadener Zeitung halten und die „National-Zeitung“ ruhmlos verkaufen lassen. Bei ihrer jetzigen Bedeutungslosigkeit wird sie ja so wie so, wenn sie morgen eintritt, übermorgen von niemand vermehrt werden.

Brügelnde Schulleute.

Vor der Strafkammer in Darmstadt hatten sich Montag zwei Schulpöble und Offendbare wegen tätlicher Verleumdung und Mißhandlung zu verantworten. Sie haben an einem Tage im Juli vorigen Jahres zwei Arbeiter, durch die sie sich beobachtet glaubten, angerepelt. Ein Schulpöble zog den Säbel und schlug den einen der Arbeiter, der gerade von der Arbeit kam, mit dem Säbel über den Kopf, daß er längere Zeit arbeitsunfähig war.

Die beiden Schulpöble haben milde Richter gefunden. Der eine wurde zu 60 Mark, der andere zu 30 Mark Strafe verurteilt, trotzdem der Staatsanwalt das brutale, durch nichts gerechtfertigte Vorgehen der Schulpöble in den schärfsten Worten mißbilligte.

Ein sonderbares Militärgerichtsurteil.

Die Urteile der Militärgerichte geraten in immer schärferem Kontrast zu dem Rechtsempfinden des Volkes. Dafür ein neues Beispiel. Vor dem Kriegsgericht zu Nürnberg stand dieser Tage ein in dritten Jahre dienender Soldat des 1. Chevaulegerregiments. Er bekam von seinem Vertriebsführer, einem Unteroffizier, beim Stalldienst den Befehl, ein Heuband aufzuheben. Der Befehl wurde nach Ansicht des Stellvertreters Gottes nicht rasch genug ausgeführt, weshalb er ihm den weiteren Befehl erteilte, dreimal im Rauffschritt den Stollgang auf und ab zu laufen. Diesen Befehl ließ der Soldat unbeachtet, worauf der Unteroffizier ihn wiederholte und noch weiter verlangte, der Mann solle den Befehl nachsagen. Wiederum weigerte sich der Soldat, indem er erwiderte: „Herr Unteroffizier, das brauche ich nicht.“ Das brachte ihn wegen erschwerter Ungehorsams vor das Kriegsgericht. Der Mann ist schon dreizehmal wegen Ungehorsams verurteilt und hatte im Falle der Schuldigererkennung eine schwere Strafe zu gewärtigen. Er behauptete, der Befehl sei nur eine Schikane gewesen, er habe dem Unteroffizier nie etwas recht machen können.

Interessant war, was der Verleumdiger, ein Leutnant der Schwadron, der Unteroffizier und Angeklagter angehören, ausführte. Es zeigt, wie die Opfer militärischer Schandurteile manchmal zustande kommen mögen. Der Verleumdiger sagte: Der Angeklagte sei trotz seiner dreizehmaligen Verurteilung kein böswilliger Mensch, er sei nur ungeschickt und unbeholfen, übrigens

sei er noch nie von einem Offizier gemißdet worden, sondern stets von Unteroffizieren — er sei das Opfer seiner Unbeholfenheit. Der Unteroffizier sei ein höherer Mensch, der mehr aus einer Sache mache, als daran sei. Zur Erklärung des Umstandes, daß gerade dieser Unteroffizier den Mann früher noch nie gemißdet hat, führte der Leutnant an, dadurch sei die Angabe des Soldaten, von dem Unteroffizier ungerecht behandelt worden zu sein, noch nicht widerlegt. Durch keine Mittel könne man einen Mann besser züchteln und schwerer strafen, als wenn man ihn meldet. Der Befehl war eine Strafe, zu der der Unteroffizier nicht berechtigt war.

Das Gericht erkannte, daß der Soldat wegen Nichtbefolgung des Befehls, im Stall auf und abzulaufen, nicht bestraft werden könne, weil der Befehl unberechtigt gewesen sei. Der Unteroffizier habe sich in der Wahl der Mittel vergiffen. Weil der Soldat aber sich auch weigerte, den Befehl nachzusagen, sei er in diesem Falle schuldig und zu zwei Monaten Gefängnis zu verurteilen.

Fahrkartensteuer - Quacksalberei.

In der Budgetkommission des preussischen Landtages stellte der Eisenbahnminister fest, daß im Jahre 1908 durch die Fahrkartensteuer in wenigen Monaten ein Einnahmeausfall von 7—8 Millionen Mark entstanden sei! Die Ursache war die Abwanderung in die niedrigeren Klassen. Die Aufhebung der Fahrkartensteuer halte er für dringend notwendig! Leider sei aber nicht damit zu rechnen, daß man im Reichstage mit diesem Vorschlage durchbringen könne. Auch von einer Umänderung der Fahrkartensteuer dürfe man nichts erwarten.

Der Minister erwägt nunmehr die Frage, ob es nicht wenigstens angezeigt sei, den Fahrpreis für Benutzung der ersten Wagenklasse herabzusetzen, wodurch ja die Steuer in dieser Klasse ganz von selbst niedriger würde.

Frankreich.

Der Senat gegen die Wahlfreiheit.

Paris, 19. Februar. (Fig. Ver.)

Der Senat hat gestern wieder einmal den Freidrief der Wahlfreiheit bestätigt. Das von der Deputiertenkammer beschlossene Gesetz enthielt zwei wichtige Bestimmungen: Das Recht der Kandidaten, den Wahlakt durch drei Vertrauensmänner überwachen zu lassen und die obligatorische Einführung der Ballzelle. Beide Bestimmungen wurden abgelehnt: die eine mit 177 gegen 118 Stimmen, die zweite mit 173 gegen 115 Stimmen. Die Radikalen des Senats vollbrachten die Erwürgungsaktion mit reichlicher Taktfertigkeit. Sie diskutierten allerhand Details, als ob ihnen die Sicherung der Wahlfreiheit wirklich am Herzen läge und nahmen auch die Artikel an, die entweder geringfügig sind oder, in ihrer Abtönung von den Hauptbestimmungen, den bisherigen Zustand eher noch verschlechtern. Das letztere gilt von der Vorschrift, dem Stimmzettel in einem Umschlag zu stecken. Für die wirtschaftlich abhängigen Wähler, die mit dem von ihrem Arbeitgeber vorgezogenen Stimmzettel zur Urne geführt werden, erschwert diese Vorschrift noch seinen Austausch gegen den Stimmzettel, der ihren eigenen politischen Anschauungen entspricht. — Die Gegner der Reform überboten sich in heuchlerischem Interesse für die Wahlfreiheit. So erklärte z. B. Herr Bérard, die Anwesenheit von Vertrauensmännern bedeute eine Bevorzugung vermöglicher Kandidaten, Großgrundbesitzer und Kapitalisten, die so durch bezahlte Agenten die Wahl übermachen lassen könnten. In Wahrheit handelte es sich aber doch darum, die Gesetlichkeit des Wahlrechts durch die an ihm interessierten politischen Parteien kontrollieren zu lassen, wegen gerade die Freiheit der Abstimmung durch die Wahlzelle gewährleistet werden sollte. Wegen diese aber wurden die albernsten Einwände erhoben, z. B. was man mit den Wählern machen würde, die absichtlich lange in der Zelle bleiben, um den Wahlakt aufzuhalten. Der genannte Herr Bérard meinte auch, bei zahlreichem Wählerstrom würden viele Wähler aus Mangel an Zeit wieder umkehren, ohne gewählt zu haben. Auch seien in Frankreich die Sitten und Gewohnheiten verschieden von denen der Länder, die die Wahlzelle eingeführt haben. — Vermutlich wäre die Reform dennoch zu reiten gewesen, wenn sich die Regierung mit einigem Eifer dafür eingesetzt hätte. Aber sie gab sich gar keine Mühe, dem wiederholt ausgesprochenen Willen der Deputiertenkammer zur Durchführung zu verhelfen. Im Zwiepsalt zwischen Oberhaus und Unterhaus entscheidet der französische Regierungsrat zugunsten der Vertretung der Staatsinteressen.

Spanien.

Amnestie.

Sevilla, 22. Februar. Der König hat ein Dekret unterzeichnet, durch welches allen wegen politischer Delikte verurteilten Personen völlige oder teilweise Wagnadigung gewährt wird.

Rußland.

Herr v. Oldenburg in der Duma.

Die Staatsstreichdrohung Herrn v. Oldenburgs im Deutschen Reichstag hat nicht nur auf den Bänken der Konservativen lebhaften Beifall gefunden, auch ihre russischen Gesinnungsgenossen, die Bogromisten, sind über die Offenherzigkeit des Januschauers entzückt. Der Dumastandalt Purißkewitsch, den Herr v. Oldenburg im vorigen Jahre mit Schmeicheleien überschüttete und in die Arbeiten und Parteiverhältnisse des Reichstages „einweihte“, erklärte vor einigen Tagen bei der Beratung eines Antrages des Barons Meyendorffs, monach skandalöse Ausritte und unzulässige Schimpferien von Abgeordneten mit Selbstzeten belegt werden sollen, laut dem stenographischen Bericht folgendes:

In einem der besten Parlamente, im Deutschen Reichstag, ist das angesehenste (!) Mitglied dieses Parlaments, Graf Oldenburg, ein hervorragender Krieger (!) Mann, der an der Spitze seiner Fraktion steht, herorgetreten und hat gesagt, der Deutsche Kaiser brauche nur zehn Grenadiere den Befehl zu erteilen, um diese ganze Sippe auseinanderzujaugen. . . Ich wiederhole, meine Herren, ich hoffe, daß wir nicht genötigt sein werden, das zu vollziehen, was im Deutschen Reichstage erwähnt wurde (Lachen links), aber ihre Strafen werden jedenfalls kein Demnis für uns sein, da hier nicht einmal Grenadiere nötig sein werden, sondern die Mitglieder unserer Fraktion und der Verband des russischen Volkes genügen werden. (Lachen links. Rufe: Oh!)

Purißkewitsch wäre nicht das, was er ist, wenn er nicht verjagt hätte, Herrn v. Oldenburg noch zu übertrumpfen und die Underschwärztheit seines preussischen Kollegen zu echrussische Manier zu verschärfen.

Türkei.

Eine neue Partei.

Konstantinopel, 22. Februar. 43 Deputierte, meist unzufriedene Komitemitglieder, haben eine neue Partei mit dem Namen *Wolfspartei* gegründet. Das Programm der *Wolfsouveränität* basiert auf dem Prinzip der Stärkung der *Wolfsouveränität* und tritt somit den von Ferid Paşa verfolgten, angeblich von einigen einflußreichen Komitemitgliedern begünstigten konservativen Tendenzen entgegen.

Gewerkchaftliches. Christliche Schwindeleien.

Anlässlich des vorjährigen Streiks der Spiegelglasmacher in Bayern, bei dem die christliche Organisation eine so königliche Rolle spielte, wurden die Leiter der Bewegung, die Genossen Weich, Kirzbig und Dirschel von den christlichen Agitatoren in ihrer Presse fortgesetzt in der gefährlichsten Weise verdächtigt, so daß sie gerichtlichen Schatz in Anspruch nehmen mußten. Die Verdächtigen mußten nun in der letzten Nummer der christlichen „Keram- und Steinarbeiterzeitung“ folgenden Widerruf erlassen:

„In Nr. 20 dieser Zeitung war die Behauptung aufgestellt, daß der Gewerkschaftssekretär Weich in Markredwitz beim Maschinistenstreik im Jahre 1906 für seine Dienstleistungen gegen das Interesse der Arbeiter bei der Firma Kupfer einen Posten angetragen erhalten habe und daß er im Jahre 1909 als Spionageführer und Versammlungsarangeur hervorragend sich betätigt habe. In der Schöffengerichtsverhandlung am 14. Januar 1910 in Köln habe ich mich überzeugt, daß diese Behauptungen der Begründung entbehren und nehme sie daher mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück.“

M. Fromm.

Fromm mußte sich außer zu diesem Widerruf auch zur Tragung sämtlicher Kosten verpflichten.

Das „Bamberger Volksblatt“, ein Zentrumsblättchen, brachte die Mitteilung, daß der dortige Vertrauensmann des (freien) Bauhilfsarbeiterverbandes 80 M. unterschlagen und für sich verwendet habe, die Sache habe bereits der Staatsanwalt in Händen. Das „wahrheitsliebende“ Blatt mußte sich später zu folgendem Widerruf bequemen:

„(Untrue.) Wir haben unter dieser Spitzmarke in Nr. 83 des „Volksblatt“ die Nachricht gebracht, daß der Vertrauensmann des hiesigen sozialdemokratischen Bauhilfsarbeiterverbandes die einkassierten Gelder im Betrage von etwa 80 M. für sich verwendet habe und die Sache der Staatsanwaltschaft angelegt sei. Diese Nachricht ist in allen Teilen irrtümlich und unwahr und nehmen wir sie mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück.“

In Bamberg entfaltete der Deutsche Textilarbeiterverband unter den dortigen schlecht organisierten und elend bezahlten Textilarbeitern gegenwärtig eine lebhafteste Agitation, um sie für die Organisation zu gewinnen. Das erregte — wie immer — den Neid der christlichen Organisation. Durch isoliertes Ausschneiden und Schwindeln wollten sie den Deutschen Textilarbeiterverband als leistungsfähig hinstellen und in Mißkredit bringen. Sie brüsteten sich, durch ihr Eingreifen die Zurückziehung einer Feuerungszulage verhindert zu haben. Diesen Schwindeleien setzte nun die Mechanische Seilerwarenfabrik, wo die christliche Organisation diese großen Erfolge erreicht haben wollte, einen recht unangenehmen Dämpfer auf, indem sie im dortigen Zentrumsblatt erklärte:

„daß die Beibehaltung der einmal eingeführten 10prozentigen Feuerungszulage feststehende Grundregel ist und deren Zurückziehung weder von der Direktion noch vom Aufsichtsrat angetrieben wurde. Es ist also nicht zutreffend, daß die Weiterbewilligung dieser Feuerungszulage erst der Tätigkeit des Christlichen Textilarbeiterverbandes zu verdanken sei.“

Die Christlichen bleiben ihrem alten Grundsatz treu: sie lügen wie die Teufel und schwindeln aus Prinzip.

Berlin und Umgegend.

Die Tarifbewegung in der Holzindustrie.

In einer am Montag abgehaltenen sehr stark besuchten Vertrauensmannerversammlung des Holzarbeiterverbandes erprobte Glöde Bericht über die Ergebnisse der mit den Unternehmern Berlins und der Vororte gepflogenen Verhandlungen. Seinen Ausführungen ist zu entnehmen, daß die Verhandlungskommission in 9 Sitzungen lange und teils heftige Debatten geführt hat, in denen die Vertreter der Arbeiter mit großer Energie ihre Forderungen vertraten. Diese sind jedoch nur zum Teil von den Unternehmern bewilligt worden. In einigen wesentlichen Punkten sind die Zugeständnisse der Unternehmer hinter den Forderungen der Arbeiter zurückgeblieben. Eine Verkürzung der Arbeitszeit ist nicht zugestanden worden, doch ist in dem neuen Vertragsentwurf festgelegt, daß Wespertagen nicht stattfinden, wodurch ein in manchen Werkstätten bestehender Streitpunkt beseitigt ist. Hinsichtlich der Bestimmung, daß Lohn- und Akkordarbeit nebeneinander als ordentlich gelten, ändert der Entwurf nichts. Die geforderte Lohnhöhung von 5 Proz. ergab lange und heftige Debatten. Schließlich gestanden die Unternehmer nach mehrfachen vergeblichen Versuchen des Abhandels die Erhöhung von 5 Proz. zu, doch soll die Zulage nicht sogleich, sondern erst am 1. Dezember d. J. in Kraft treten. Bezüglich der Akkord-Abschlagszahlung sind Verbesserungen der bisherigen Bestimmungen zugestanden, die jedoch hinter den Forderungen der Arbeiter zurückbleiben. Auch hinsichtlich der allgemeinen Bestimmungen über Akkordarbeit sind Verbesserungen zugestanden, ebenso hinsichtlich einer Reihe anderer Vertragsbestimmungen. Die Anträge, welche der Verband zum Geschäftsgang der Schlichtungskommission gestellt hat, sind alle angenommen worden. Hinsichtlich des paritätischen Arbeitsnachweises heißt es in dem neuen Entwurf, daß in den beiderseitigen Organen wöchentlich auf die Benutzung des Arbeitsnachweises hinzuwirken sei und Mängel desselben geprüft werden sollen, um ihn für beide Teile befriedigend zu gestalten. — Diesen Entwurf, der aus den bisherigen Beratungen hervorgegangen ist, legte Glöde der Versammlung vor mit dem Bemerkens, daß die Ortsverwaltung und eine kombinierte Sitzung derselben bereits besprochen und sich dahin entschieden haben, daß der Entwurf den Wünschen der Arbeiter nicht weit genug entgegenkommt und deshalb versucht werden soll, ihn in erneuten Verhandlungen mit den Unternehmern zu verbessern.

In der ausgedehnten Diskussion fand sich niemand, der mit dem Entwurf zufrieden gewesen wäre. Alle Redner übten scharfe Kritik an demselben. Sie verlangten, unterstützt durch lebhafteste Kundgebungen der Versammlung, daß die Wünsche der Arbeiter wenigstens so weit erfüllt werden, daß die obligatorische Benutzung des paritätischen Arbeitsnachweises zur Pflicht gemacht werde, daß die Lohnhöhung bei neuen Akkordarbeiten gewährt wird, daß die Arbeitszeit verkürzt wird und daß die fünfprozentige Lohnhöhung sofort mit dem Beginn des neuen Vertrages in Kraft tritt. — Der Entwurf wurde als unannehmbar bezeichnet. Ein Redner stellte ihn auf eine Stufe mit der preußischen Wahlrechtsvorlage. So wie diese, so lasse auch der Vertragsentwurf unter dem Anschein einer Reform alles beim alten. Es sei ein Hohn, wenn eine Lohnhöhung am 1. Dezember geboten werde. Zu diesem Zeitpunkt würde es den Unternehmern ein Leichtes sein, die Lohnhöhung zu umgehen. Sie würden die Löhne vorher soweit herabdrücken, daß sie trotz der fünfprozentigen Erhöhung schließlich noch ein gutes Geschäft machen. Wenn die Lohnhöhung nicht sofort eintrete, fehle jede Kontrolle darüber, ob sie später wirklich gewährt wird. — Auch der Ortsverwaltung wurden Vorwürfe gemacht, weil sie die Verhandlungen nicht beschleunigt habe und weil sie, wie behauptet wurde, sich zu sehr dem Hauptverhandlungsbeeinflussen lasse. Die Verhandlungen müßten jetzt so schnell wie möglich zu Ende geführt werden. Jetzt sei die Konjunktur günstig. Jede Verzögerung bedeute eine Verschlechterung der Position der Arbeiter. Wenn die Unternehmer keine weiteren Zugeständnisse machen, dann müßten die Verhandlungen sofort abgebrochen werden, ehe noch die Konjunktur abflaut. Daß die Kollegen kampfbereit seien und nur auf das Signal zum Losschlagen warten, beweise der Umstand, daß die Extrabereitstellung mit einer Einmütigkeit bezahlt werden wie im vorigen. Ein Vertrag,

der den berechtigten Wünschen der Arbeiter nicht weiter entgegenkomme wie diese Vorlage, habe keinen Wert. Also mehr Zugeständnisse oder Kampf.

Das waren die Grundgedanken, die in den Ausführungen eines jeden Redners wiederkehrten und von der Versammlung mit stürmlichem Beifall aufgenommen wurden.

Glöde nahm die Ortsverwaltung gegen den Vorwurf der Verzögerung in Schutz und gab zu bedenken, daß die Berliner Kollegen doch nicht ohne Rücksicht auf den Gesamtverband handeln könnten. Es seien doch 42 Städte an der Tarifbewegung beteiligt, auf die Rücksicht genommen werden müsse. Ohne ausdrücklichen Beschluß und ohne Zustimmung des Hauptvorstandes könne der Kampf nicht proklamiert werden. Eine Neigung zum Kampfe scheine ja die Unternehmer nicht zu haben; doch sei es nicht ausgeschlossen, daß sie die Aussperrung verhängen, wenn die Arbeiter den Vertrag ablehnen. Sollte diese Eventualität eintreten, dann sei es an der Zeit, Beschlüsse über das weitere Vorgehen zu fassen. Zunächst würde es sich empfehlen, weiter zu verhandeln und zu versuchen, ob noch Verbesserungen zu erlangen seien. — Die Versammlung faßte einstimmig den Beschluß:

„Die aus den bisherigen Verhandlungen hervorgegangene Tarifvorlage kommt den Wünschen der Kollegen bezüglich des Arbeitsnachweises, der Arbeitszeit, der Lohnhöhung und der Lohnsicherung bei neuen Aufträgen nicht weit genug entgegen. Die Verhandlungen sind deshalb mit möglicher Beschleunigung fortzusetzen und die Ergebnisse derselben einer demnächst einzuberufenden Versammlung vorzulegen.“

Die Lohnbewegung in der Herrenkonfektion.

Eine öffentliche Versammlung der Herrenkonfektionschneider füllte am Montag den großen Saal in der Neuen Königstraße 26. Der Bericht über den Stand der Lohnbewegung in der Branche stand auf der Tagesordnung. Kunze, der den Bericht geben sollte, war verhindert, weil er am selben Tage in Frankfurt a. M. an Verhandlungen mit dem Hauptvorstand des Arbeitgeberverbandes für das Schneidergewerbe teilzunehmen hatte. Statt seiner sprach der frühere Filialleiter Ritter. Einleitend erinnerte er an den großen Kampf der Konfektionsarbeiterschaft Berlins vor nunmehr 14 Jahren. Damals wurde vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts festgestellt und protokolliert, daß die Löhne in der Konfektion, auch in der Herrenkonfektion, einen solchen Tiefstand erreicht hätten, daß sie nicht mehr als anständig gelten konnten. Die Konfektionäre versprachen damals, allgemeine Tarife einzuführen, haben aber, wie ebenfalls vor dem Einigungsamt festgestellt wurde, ihr Versprechen gebrochen. Die Konfektionsarbeiterschaft hat damals in ihrer großen Masse ebenfalls nicht die Charakterfestigkeit und Ausdauer gezeigt, die notwendig gewesen wäre, um die Arbeitgeber zu Tarifverträgen zu zwingen. Im allgemeinen betrachten die Konfektionäre es noch heute als ihr Privilegium, die Löhne selbstherrlich festzusetzen. Sie behaupten, daß die Arbeiten in der Konfektion dermaßen verschieden seien, daß eine tarifliche Regelung überhaupt unmöglich sei. Dasselbe sagten früher mit derselben Sicherheit auch die Arbeitgeber der Herrenmaßschneiderei, in der bekanntlich nun schon seit längerer Zeit Tarifverträge bestehen. Uebrigens ist auch für die Herrenkonfektion bereits in verschiedenen Städten des Reiches, und zu einem guten Teil auch in Berlin, durch das Bestehen von Tarifverträgen bewiesen, daß die tarifliche Regelung durchaus möglich ist. Die Unternehmer suchen nun in manchen Fällen bei der aufsteigenden Konjunktur durch keine Lohnzulagen einer dauernden tariflichen Regelung vorzubeugen. Läßt sich die Arbeiterkraft dadurch fördern, so wird sie es erleben, daß bei schlechtem Geschäftsgang die Löhne wieder um so mehr herabgedrückt werden. Es kommt eben auf den Mut und die Tatkraft der Arbeiterschaft an, will sie eine dauernde Verbesserung ihrer Lebenslage erreichen. Bei verschiedenen Firmen wird gegenwärtig und in den nächsten Tagen wiederum verhandelt. — Der Redner schilderte ferner die Zustände und Mißstände bei verschiedenen Firmen, wies auch auf die in letzter Zeit erzwungenen Vorteile hin und schloß mit der Aufforderung an die Versammelten, die günstige Konjunktur mit ganzer Kraft auszunutzen. — Die Versammlung bewies durch lebhaften Beifall, daß diese Mahnung nicht vergebens sein soll. Es wurde noch besonders betont, daß zahlreiche Besuch der Werkstatthaltungen ebenfalls vor allem notwendig ist, um die Bewegung vorwärts zu bringen.

Die Berliner Malermeister und der Reichstarif.

Die Malermeister versammelten sich am Montagabend in der „Neuen Philharmonie“, Köpenicker Straße, zusammengerufen vom „Verband der Malereigewerkschaften von Berlin und den Vororten“. Die Meister sollten über die einzelnen Positionen des neuen Reichstarifs aufgeklärt werden. Der Verbandsvorsitzende, Herr Kruse, entledigte sich dieser Aufgabe in einem längeren Vortrage. Herr Kruse sprach mit Anerkennung von dem Tarif und fand auch den lebhaften Beifall der Anwesenden. Manche Positionen würden freilich noch zu allerlei Bedenken Anlaß geben, aber der Tarif sei unter schweren Kämpfen mit den Vertretern der Gewerkschaften zustande gekommen, und im allgemeinen sei er zu begrüßen als Förderung im Geschäftsleben, denn man brauche ihn notwendig, um geregelte Verhältnisse im Beruf herbeizuführen. 300 Meisterversammlungen in Deutschland haben sich damit einverstanden erklärt, und die Berliner Versammlung vom 14. Januar habe einstimmig auch die Lohnhöhung von 5 Pf. gutgeheißen, denn man sei froh gewesen, daß endlich die Ungewißheit aufhörte und daß man nun etwas Bestimmtes hätte, woran man sich halten könnte. Wenn in Berlin eine Mehrheit der Gewerkschaft sich gegen den Tarif erklärt habe, so sei das den Gewerkschaften nicht zu verdenken, solange diese eben an die Möglichkeit glaubten, bessere Bedingungen zu gewinnen. Herr Kruse erklärte es als Pflicht der Meister, die Gewerkschaften zu unterstützen und sich genau an den Tarifvertrag zu halten, da dadurch das Malereigewerbe nur gewinnen könnte.

Achtung, Tapezierer, Ledermöbelarbeiter! Die Firma Stephan u. Helbig in der Frankfurter Straße 14 ist wegen Lohn Differenzen gesperrt.

Achtung, Wagenfahler! In der Maschinenfabrik „Gykon“, Alt-Vorhagen 17-18, wird eine eigene Sattlerei unterhalten, deren selbständiger Leiter der Sattlermeister Hr. Varan ist. Dieser Meister verlangte von den dort beschäftigten Kollegen, daß sie an Stelle der bisher üblichen 9stündigen Arbeitszeit wieder 10 Stunden täglich arbeiten sollten. Da in der gesamten Maschinenfabrik die 9stündige Arbeitszeit durchgeführt ist, so lehnten die Kollegen dieses Ansinnen ab, worauf sie kurzerhand entlassen wurden. — Wir ersuchen sämtliche Kollegen, diesen Betrieb auf jeden Fall zu meiden.

Die Ortsverwaltung Berlin des Verbandes der Sattler und Portefeuillier.

Achtung, Friseurgehilfen! Wegen Differenzen für Verbandsmitglieder gesperrt: Arndt, Alexanderplatz 2 und Bergmannstraße 112. Verband der Friseurgehilfen.

Deutsches Reich.

Reghäuserische „Wahrheit“.

Die Angriffe des nationalliberalen Abgeordneten Dr. Görde auf den „Vorwärts“-Betrieb veranlaßten bekanntlich den Genossen Fischer in der Sitzung des Reichstags vom 12. Februar zahlreichere Angaben über die wirklichen Verhältnisse der „Vorwärts“-Angelegenheiten zu machen. Genosse Fischer wies dabei — nach unserem Gefühl überflüssigerweise — noch auf Herrn Reghäuser als Quelle der Verleumdungen hin. Herr Reghäuser ist, wie bekannt, ein Mann in seiner Nummer 22 vom 22. Februar muß das unglückselige Organ der „Vorwärts“-Redaktion, wie schon so oft, wieder einmal herhalten, das endlich an diesem Feuer gar gewordene Produkt der Reghäuserischen Privat-Eudelmühle aufzunehmen. Tatsächlich bringt der Reghäuserische Artikel nicht. Dagegen enthält er den lächerlichen Satz:

„Sollte Herr Dr. Görde über den „Vorwärts“-Betrieb lächerliche und genaue Angaben aus dem „Korr.“ gemacht haben, so hat Dr. Görde nur die Wahrheit gesagt.“

Wir möchten doch niemand raten, sich daraufhin die von Herrn Reghäuser angeführten Nummern des „Korrespondent“ zu verschaffen und nun daraus fröhlich zu zitieren. Die Reghäuserische „Wahrheit“ ansieht, dafür nur ein Beispiel. Die Nummer des „Korrespondent“ vom 3. November 1906 mißbrauchte Herr Reghäuser zu einem „Bild in den Zukunftstaat“. In dem so überschriebenen Artikel wurde Fischers Name wohl 20 bis 25 mal genannt. Und dann hieß es:

„Von einem anderen Kollegen wurde uns dieser Tage mit Namensangabe geschrieben: Lassen Sie sich durch den „Vorwärts“-Artikel nicht stören. Theorie und Praxis ist da zweierlei. Die Maschinenmeister erhalten schlechtes Papier und 7. 1000 M. für guten Papierabfuhr extra. Ja, Bauer, das ist ganz etwas anderes.“

Die Stelle war nicht anders zu deuten, als auf Fischer gemünzt und sollte auch nicht anders gedeutet werden. Ihre Hineinbringen in den Artikel ohne diese Absicht wäre sinnlos gewesen. Herr Reghäuser wurde denn auch von der Presse, u. a. von der „Post“, so verstanden und gedeutet, wie er verstanden und gedeutet sein wollte. Man beschuldigte Fischer im Vertrauen auf Reghäuser glatte Weg der Verschleierung. Und was stellte sich bei der Gerichtsverhandlung gegen die Redaktion der „Post“ heraus? Dort mußte Herr Reghäuser unter seinem Eide bekennen, daß nicht Fischer, sondern der Oberfaktor Raahn auf der Postkarte gemeint sei. Und da ihm die Karte ausweislich seines Artikels „mit Namensangabe“ (?) zugegangen ist, hat er sie nicht etwa in Unkenntnis dieser Tatsache, sondern in verübter Absicht in den Artikel gegen Fischer hineingebracht, freilich in einer Form, die ihm im Falle einer Klage immer noch die Ausrede ließ, Fischer sei nicht gemeint. Als alle Welt die Karte auf Fischer deutete, ließ sich Herr Reghäuser beileibe nicht zu einer nur für den Fall einer Klage gegen ihn bereitgehaltenen Erklärung herbei. Erst sein Zeugeneid zwang ihn dazu; wenngleich er auch vor Gericht zunächst die Wahrheit trotzdringenden Anstrengungen und als er gefragt wurde, warum er die nach den Angriffen auf Fischer nicht öffentlich gesagt habe, gestand er unter Eid, sein intensiver Haß gegen Fischer habe ihn gehindert, der Wahrheit die Ehre zu geben!

Und nun das Letzte: Reghäuser verwandte eine anonyme Postkarte gegen Fischer, die auf Raahn gemünzt war. Aber auch diese Beschuldigung gegen Raahn war falsch, wie noch in derselben Verhandlung festgestellt wurde, in der Reghäuser sein Gehändnis von dem intensiven Haß gegen Fischer machen mußte.

Herr Reghäuser kündigt nun eine Broschüre über „Theorie und Praxis in der Partei“ an. Man darf darauf gespannt sein. Wenn man weiß, daß die Genossen Fischer und Geine, die er in Nr. 22 des „Korrespondent“ in seiner Weise angreift, zu denen gehören, die ihm von Sozialdemokraten noch am sympathischsten sind, und wenn man seine von ihm beiläufige Praxis kennt, die Wahrheit im intensiven Haß zu erkunden, dann muß die neue Broschüre ein Meisterwerk eiserner Verächtlingskunst werden.

Hoffentlich übernimmt der Reichsverband von vornherein die Kosten der Drucklegung. Der Buchdruckerverband dürfte sich ebenfalls dafür bedanken, Herrn Reghäuser für diese Extratur zur Befriedigung seines eigenartigen privaten Wahrheitsdranges die Steigbügel zu halten.

Tabakarbeiterausstand. Bei der Firma H. Helms & Co. in Kirchlingern (Westfalen) haben die Zigarrenmacher und Sortierer die Arbeit eingestellt, weil sie mit den von der Firma beabsichtigten Lohnreduzierungen nicht einverstanden sind. Die Verhandlungen verliefen resultatlos. Es sind der Deutsche Tabakarbeiterverband, der Zigarrenfortiererverband und der Christliche Tabakarbeiterverband beteiligt. Vor Zugzug nach Kirchlingern, Sedlengern und Eilshausen wird gewarnt.

Ausland.

Generalkonferenz in Philadelphia.

Der Präsident der Central Labour Union hat den allgemeinen Ausstand proklamiert als Sympathiebeweis für die ausländigen Straßenbahnangestellten. Man glaubt, daß 100 000 Mann dieser Aufforderung nachkommen werden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Folgen der Tabaksteuer-Erhöhung.

Breslau, 22. Februar. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) In O Hlau sind 1000 Tabakarbeiter ganz oder teilweise arbeitslos. Am Montag nachmittag zogen 500 durch die Stadt zum Rathaus, um eine Verschleierung in der Abfertigung der Unterfertigungsgesuche zu erreichen. Der Bürgermeister hat versprochen, sein Möglichstes zu tun.

Die Abrechdebatte im Unterhaus.

London, 22. Februar. (B. L. S.) Im Weiteren Verlauf der Verhandlungen bekämpfte Handelsminister Churchill die Auffassung, als dürfe man die Aufschübung des Budgets als Hebel zur Herbeiführung einer Verfassungsänderung benutzen. Es sei ein törichtes Auskunfts-mittel, den Versuch zu machen, auf die Lords in der Betrofsage dadurch einen Druck auszuüben, daß man ihnen drohe, sie sollten das Budget überhaupt nicht mehr erhalten. Die Regierung betrachte die Annahme des Budgets als notwendigen Beweis ihres Sieges bei den Wahlen. (Gelächter bei der Opposition.) Das Haus habe indessen ein Recht darauf, bezüglich der das Vetorecht des Oberhauses betreffenden Resolution informiert zu werden, bevor die endgültige Abstimmung über das Budget erfolge. Die durch dieses Vorgehen bedingte Verzögerung sei, so weit es sich um die finanzielle Lage handele, unbedeutend. Es sei nutzlos und töricht, einen bestimmten Aktionsplan anzustellen, bevor nicht der Premierminister sagen könne, daß er über eine große Majorität verfüge, welche die das Oberhaus betreffenden Vorschläge unterstütze. Wir werden unsere ganze Existenz dafür einsetzen, um diese Vorschläge zum Geschehen zu machen.

Feuer im Kinematographentheater.

Kaiserlautern, 22. Februar. (B. L. S.) In Raedeisheim geriet ein Kinematographentheater in Brand, wodurch eine Panik unter den Zuschauern entstand. Viele Kinder wurden ohnmächtig und verletzt, einige starben in Erstickungsgefahr.

Einsturz eines Staatsgebäudes.

Laibach, 22. Februar. (B. S.) Das aerrarische Gebäude in Kronau, einem Marktflecken in Oberkain, in welchem sich das Bezirksgericht befindet, ist in der Nacht auf Montag unter dem Druck der auf dem Dache gelegenen Schneemassen eingestürzt. Ob Menschenverluste zu beklagen sind, ist bisher nicht bekannt geworden.

Mord und Selbstmord.

Budapest, 22. Februar. (B. S.) Ein Gastwirt namens Weiner übergab sein Geschäft seinem Schankburschen namens Adler. Weiner erkrankte heute bei dem letzten und forderie eine endgültige Abrechnung. Adler erwiderte, er solle zunächst mit ihm den Keller besichtigen. Dort angelangt, erhob Adler einen Revolver, schuß Weiner nieder und durchschmitt ihm außerdem mit einem Küchenmesser die Kehle. Erschrocken über seine Tat schuß sich Adler ebenfalls eine Kugel in die Brust. Als das lange Ausbleiben der Weiden auffiel, begab man sich in den Keller und fand dort die beiden Personen in einer Blutlache vor.

Aus der Partei.

Bebel's Geburtstag.

Zahllos drängen sich die glückwünschenden Besucher in Bebel's bescheidenen Wohnung, die durch die Geschenke in einen Blumenhain vermandelt erscheint.

Vorstand, Generalkommission und Reichstagsfraktion veranstalteten am Abend eine Feier im engeren Kreise, zu der Delegierte der zentralen Instanzen der Berliner Partei- und Gewerkschaftsbewegung...

Bebel, dessen Bescheidenheit sich all den Ehrungen am liebsten entzogen hätte, nahm selbst zu kurzem Dank das Wort. Er war jugendfrisch und lebendig wie in seinen besten Tagen.

Die Feier der Partei findet am Freitag in der Neuen Welt statt.

Eine Bebel-Fest in Paris.

Paris, 22. Februar. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Der Geburtstag Bebel's wurde hier in einer großen Versammlung gefeiert, die der deutsche sozialdemokratische Leseklub heute in den Saal des Grand-Orient einberufen hatte.

Die Reden hielten Genosse Abgeordneter Dr. Frank, der über „Bebel als Mensch und Politiker“ und Genosse Jaurès, der über „Bebel und die Internationale“ sprach.

Bebelfeier in der Parteischule.

Auch die Parteischule, als deren hauptsächlichster Begründer und Förderer Bebel gelten muß, feierte heute auf angemessene Weise den 70. Geburtstag Bebel's.

Die erste Gemeindevertreterkonferenz für den Wahlkreis Erfurt-Schleusingen-Regenrid

wurde am Sonntag in Erfurt abgehalten. Es waren 11 Orte durch 25 Delegierte (darunter 17 Gemeindevertreter) vertreten.

Kleines feuilleton.

Ein wichtiger Goethe-Fund. In Zürich hat Professor Willeter die alte Fassung der vier ersten Bücher von Wilhelm Meister's Schicksal entdeckt, das heißt die vollständigen sechs Bücher von Wilhelm Meister's theatralischer Sendung.

Das 600 Seiten starke Manuskript, das außer dem „Wilhelm Meister“ u. a. auch noch einen Monolog aus dem vernichteten bildlichen Drama „Welfazet“ enthält, ist eine Abschrift, die Goethe seiner Züricher Freundin Barbara Schultze gefandt hatte.

Der Hr. Wilhelm Meister scheint in allem ein Seitenstück zum Hr. Faust zu sein, den der Literarhistoriker Erich Schmidt entdeckte.

über die Landgemeindeförderung wurden gehalten. An beide Referate schloß sich eine längere Debatte u. a. über die Auslegung künftiger Wahlrechtsbestimmungen.

Eine sozialdemokratische Gemeindevertreter-Konferenz

für den niederheinischen Agitationsbezirk tagte am 20. Februar in Eberfeld. Aus 32 Gemeinden waren 70 Gemeindevertreter erschienen.

Genosse Gewehr-Eberfeld, der die Konferenz leitete, wies in seiner Begrüßungsansprache auf die Fortschritte der Partei auch auf kommunalem Gebiete hin und betonte die Notwendigkeit solcher Konferenzen.

Die Organisation der Volksschule und für die Unterrichtsverteilung lediglich als rechtliche Grundlage das Allgemeine Preussische Landrecht und die Verfassung in Frage kommen.

Auch mit dem Geschichtsunterricht, der zwar im Prinzip nicht in die Schule hinein gehöre, doch nicht so sehr schädigend wirke, wie das immer behauptet werde.

Die Kinder der besitzenden Klassen seien körperlich und geistig weiter fortgeschritten, wenn sie das Schulalter erreicht haben.

Die Kinder der besitzenden Klassen seien körperlich und geistig weiter fortgeschritten, wenn sie das Schulalter erreicht haben.

Eine orientierende Drohschüre soll binnen kurzem, eine definitive Ausgabe des Bundes zum Sommer erscheinen.

Die Ausrottung des Elefanten. Um die Kulturmenschenheit mit Willardfugeln, Stockknöpfen, feinen Ärmchen und Fächern und ähnlichen ungeheuer nützlichen Gegenständen zu versehen, werden nach den neuesten Berechnungen des Pariser Forschers Tourmer 800 000 Kilogramm Eisenbein jährlich verarbeitet.

Die Gullotine von Rom. In der römischen Viktor-Emanuel-Viktothel ist forden eine interessante historische Reliquie aufgestellt worden, die die Erinnerung wieder aufleben läßt an die Tage der päpstlichen Herrschaft, die der Befreiung Roms vorausgingen.

Die Gullotine von Rom. In der römischen Viktor-Emanuel-Viktothel ist forden eine interessante historische Reliquie aufgestellt worden, die die Erinnerung wieder aufleben läßt an die Tage der päpstlichen Herrschaft, die der Befreiung Roms vorausgingen.

Man solle das Programm als Ziel im Auge behalten, im übrigen aber schrittweise auf Grund der gegebenen Verhältnisse zu erreichen suchen, was im Bereiche der Möglichkeit liege.

Die Ausführungen riefen eine ausgedehnte Diskussion hervor. Die auf wenige Ausnahmen traten fast sämtliche Diskussionsredner dem Referenten teilweise recht scharf entgegen sowohl wegen der Auffassung des Genossen Lande über die Wirkung von Religions- und Geschichtsunterricht als auch wegen der Meinung über die Mitarbeit der bürgerlichen Vertreter an der Volksschule.

Dann referierte Genosse Großerndt über: „Die Staatsberatungen in den Gemeinden“. Er forderte übersichtliche und einfache Etats und Beseitigung aller Nebeneinrichtungen, welche wie Staatsverflechtungen aussehen, genaue Kontrolle der einzelnen Titel, Spezialberatungen und Kritik vom prinzipiellen Standpunkte an den Einzelstats und Zulassung unserer Vertreter zu allen Kommissions.

Soziales.

Vom Sklavenmarkt der Agrarier.

Die Deutsche Feldarbeiter-Zentralstelle Berlin, dieser von der Regierung mit so großen Vorrechten ausgestattete agrarische Arbeitsnachweis, hat in Deutschland eine ganze Reihe Filialen, von denen aus den Agrariern die Landarbeiter in ganzen Scharen aus dem Auslande zugeführt werden.

Zur die mindestens zwölfstündige Arbeitszeit ausschließlich der Essenspausen wird nach dem Prospekt an Lohn den Arbeitern bezahlt:

Für Wanderarbeiter aus Rußland (fast ausschließlich Polen)

Tage Lohn wöchentlich oder zweiwöchentlich zahlbar

Table with 3 columns: Category, Daily Wage, Weekly Wage. Includes rows for 'a) für Vorarbeiter', 'b) bei Trupps von über 25 Personen', etc.

Ein kräftiger Mann erhält also wöchentlich 8,40 M. an Barlohn. Dazu hat der Agrarier dem Arbeiter an Naturalien wöchentlich zu liefern 25 Pfund Kartoffeln, 7 Liter Magermilch oder 8 1/2 Liter Vollmilch (täglich 1/2 Liter), ein Pfund Mehl.

Doch wird ausgestellt, den der Henker stets bei sich trug, um nötigenfalls durch einen Gnabenstoß die Reiden seiner Opfer zu verfürzen.

Humor und Satire.

Nach berühmten Mustern. In der russischen Duma hat ein Deputierter der äußersten Rechten seine Verwunderung über die hervorragenden deutschen Abgeordneten Lindenburg ausgesprochen.

Aus dem Tagebuch eines Philosophen. Unser ganzes Leben setzt sich aus Abhängigkeiten zusammen. Die Erde ist abhängig von der Sonne, der Reisser ist abhängig vom Wirt.

Weshalb soll ein Arbeiter geheim wählen dürfen? Darf ich etwa heimlich reden?

Preußen soll keine Vorzugsstellung haben vor anderen Bundesstaaten. Deshalb muß das Reichstagswahlrecht so lange gebessert werden, bis es so gut ist wie das preussische Landtagswahlrecht.

Ein Wahlrecht muß, wie schon der Rame sagt, so beschaffen sein, daß möglichst wenige Menschen zur Wahl und zu ihrem Recht kommen.

Notizen.

Porträge. Im Wissenschaftlichen Theater der Urania wird am Sonnabend, den 26., und Montag, den 28. Februar, nachmittags 5 Uhr, Photograph Hans Hildenbrand aus Stuttgart einen Vortrag über das Lumière-Verfahren (Photographie in natürlichen Farben) mit Vorkführung von Aufnahmen halten.

Die drei Janfschen Reichstagsbilder, die bekanntlich von unseren patriotischen Vananen für den Sitzungssaal als ungeeignet befunden wurden, sollen ein Unterkommen im großen Schreibräuel des Reichstages finden.

Zwar erhält der Landarbeiter auch noch eine freie Lagerstatt. Wie aber diese zumeist beschaffen ist, weiß jedermann, der solche Leute schon einmal in ihrer Behausung besucht hat.

Von dem Zimmerlohn kann nach dem Vertrage der Arbeitgeber — dem Gesetze zuwider! — wöchentlich und zwar 10 Wochen lang 3 M., bis zum Betrage von 30 M. wegen Kontraktbruch zurückbehalten.

Die Wanderarbeiter aus dem Itzich von Thorn belegenen Grenzgebirgen Russlands erhalten noch geringere Löhne; kräftige Männer bekommen nur 90 Pf. bis 1 M. Tagelohn, also 6 M. Wochenlohn, von dem die Hälfte 10 Wochen lang als Kautionsrückbehalt wird. Naturalien erhalten diese Leute wöchentlich im Werte von 4,30 M.

Wanderarbeiter, starke Männer aus Galizien, werden zu einem Wochenlohn von 6 M. und einem Naturallohn von 3,20 M., also zu einem Gesamtlohn von 9,20 M. angeboten; Wanderarbeiter aus Oberungarn (Deutsche und Slowaken gemischt) zu einem Wochenlohn von 6,00 M. und einem Naturallohn von 3,50 M.

Rein slowakischen Arbeitern — immer starken Männern — aus Oberungarn wird ein Wochenlohn von 6 M. und ein Naturallohn von 4,30 M., bei Wanderarbeitern aus Südungarn ein Wochenlohn von 7,20 M. und ein Naturallohn von 3,30 M. gezahlt.

Die Lohnzahlung ist dabei je nach der Rationalität der Arbeiter sehr verschieden. So erhalten die Arbeiter aus Oberungarn ihren Lohn überhaupt erst nach Beendigung der Arbeitszeit im Herbst. Abschlagszahlungen sind den Leuten nur wöchentlich oder zweiwöchentlich zu gewähren, aber nur bis zur Hälfte des verdienten Lohnes. In den ersten 4 Arbeitswochen erfolgt überhaupt keine Abschlagszahlung. Die Kautionsrückbehalt wird in allen Fällen erst im Herbst zurückgezahlt.

Die Feldarbeiterzentrale scheint bei ihrer Arbeitsvermittlung schon reiche Erfahrungen gesammelt zu haben. Sie weiß genau, welche ausländischen Arbeiter am meisten kontraktbrüchig werden. Die slowakischen Arbeiter sind ihr anscheinend am sichersten. Denn nur bei diesen verpflichtet sich die Zentrale, Erfahrer für Kontraktbrüchige, frei Bahnstation des Arbeitsortes zu stellen, während sie diese Verpflichtung frei Grenze bei den übrigen Nationalitäten nur dann einget, wenn die Arbeiter in den ersten 14 Tagen kontraktbrüchig werden. Ueberstunden sind in allen Fällen mit fünfzehn Pfennig (!) für Männer und mit 10 Pf. für Frauen, Mädchen und Puschken zu bezahlen.

Die „Verpflegung“ der Landarbeiter auf der Reise wird wie folgt berechnet:

Für einen halben Tag unterwegs in der Herberge 30 Pf., für den ganzen Tag 60 Pf., für ein Nachtlois 25 Pf. Zehrgeld wird zugestanden: bis zum Grenzamt überhaupt nichts, von hier auf 100 Kilometer bis zur Arbeitsstelle wieder nichts;

von 100 Kilometer bis 300 Kilometer	25 Pf.
300 „ „ 600 „ „	50 „
über 1000 „ „	1,— M.

Diese Verpflegungs- bzw. Zehrgelder werden — wieder entgegen dem Gesetze — den Arbeitern aber noch ebenso als Lohnvorschüsse angerechnet, wie eine Legitimierungsgebühr an der Grenze im Betrage von 2 M. für jeden Arbeiter und werden vom Lohn wieder in Abzug gebracht. Als Vermittlungsgebühr haben die Landwirte für jede Arbeitsperson nach einem spezialisierten Tarif 1—5 M. zu entrichten, je nach dem Lande, auf dem Arbeiter bezogen werden und je nach der Zahl der verlangten Arbeitskräfte.

Diese Sorte Stellendermittlung der Feldarbeiterzentrale und der Landwirtschaftskammer schreit zum Himmel. Und doch schafft das dem Reichstag vorgelegte Stellendermittlungsgesetz nicht den geringsten Schutz gegen diesen Menschenhändler, durch den die Feldarbeiterzentrale alljährlich Millionen einfaßt. Hoffentlich gelingt es unseren Genossen in der Reichstagskommission die Räder auszufüllen.

Aus der Blumenkonfektion.

In der Blumenkonfektion werden in Berlin bei außerordentlich niedrigen Arbeitslöhnen und einem ausgedehnten Zwischenmeister-system fast ausschließlich weibliche Arbeitskräfte beschäftigt. Ein nicht unerheblicher Teil der Blumenfabrikanten sucht die an sich schon außerordentlich starke Ausbeutung durch Anwendung verschiedener Kniffe noch in geradezu maßloser Weise zu steigern. Der Umstand, daß die Waren nur in der Heimindustrie hergestellt werden, hat zur Folge, daß der Arbeitslohn nicht nach der aufgewendeten Zeit, sondern fast durchweg für das Stück berechnet wird. Dieser Umstand, in Verbindung mit einer irrigen, dem Arbeiter ungünstigen Rechtsprechung, gibt dem Fabrikanten leider sehr viel Handhaben, die Arbeiterin um ihren Lohn zu bringen. Fast gang und gäbe ist die äußerst knappe Zurechnung der zu verarbeitenden Stoffe. Geht es der Arbeiterin nicht, die verlangte Stückzahl daraus herzustellen, so muß sie gewärtig sein, daß ihr der nachzuliefernde Stoff in Rechnung gestellt und am kommenden Tag vom Lohn gekürzt wird. Häufig wird deshalb versucht, mit dem Stoffe auszukommen. Fallen die Blumen dabei nur ein wenig kleiner aus, so wird die Arbeit wiederum oft als völlig verdorben und unbrauchbar bezeichnet. Sie wird allenthalben abgenommen, aber kein Lohn dafür gezahlt. Gibt die Arbeiterin die Ware in solchem Maße nicht ohne Lohn heraus, so wird Bezahlung der ihr übergebenen Stoffe verlangt. Das veranlaßt in der Regel die Arbeiterinnen, die fertigen Blumen auch ohne den vereinbarten Lohn erhalten zu haben, dem Fabrikanten zu überlassen. Einige solcher Fälle beschäftigten erst am Montag wieder die 1. Kammer des Gewerbegerichts.

1. Die Blumenmacherin A. erhielt am 25. Januar vom Fabrikanten Gerling als erste Arbeit drei Duzend Blumen in Arbeit. Vereinbarung war ein Arbeitslohn von 8,25 M. Bei der Ablieferung am 29. Januar wurde die Arbeit moniert. Die Einsätze waren etwas zu kurz geraten, weil, wie die Klägerin behauptete, der dafür bestimmte Stoff zu knapp war, um die Einsätze in der vorgeschriebenen Länge machen zu können. Obwohl die Arbeit abgenommen worden ist, wurde ihr doch nicht ein Pfennig Lohn dafür gezahlt, weil diese total unbrauchbar sein sollte. Deshalb klagte die Arbeiterin. Der Beklagte behauptete natürlich, daß der Stoff für die Einsätze reichlich bemessen worden sei. Doch selbst die Arbeitgeber beiführer waren der Ansicht, daß bei dem in Frage stehenden geringwertigen Stoff nicht anzunehmen ist, daß die Klägerin, nur um sich von diesem Stoff ein Stückchen zu ersparen, die Einsätze so knapp gemacht hat. Der Stoff müsse doch wohl etwas sehr knapp gewesen sein. Da die Klägerin aber eine Mitteilung an den Beklagten unterlassen und die Arbeit nicht vorchriftsmäßig gemacht habe, dadurch aber diese an Wert wesentlich verringert sei, könne sie auch auf den vereinbarten Lohn keinen Anspruch machen! Die Arbeit wurde vom Gericht mit 4,25 M. bewertet. Die Parteien verlegten sich daraufhin auf diesen Betrag.

2. Die Blumenmacherin St. verlangt vom Blumenfabrikanten J. Bachmann für 95 Stück gelieferte Blumen 71,75

Mark Arbeitslohn. Der Beklagte bemängelt die Arbeit, will aber schließlich nach längerer Verhandlung 50 M. Arbeitslohn anerkennen, er erhebt aber sofort Widerklage auf Zahlung von 51 M. Schadenersatz für die Stoffe, die der Klägerin zwecks Anfertigung von weiteren 30 Blumen übergeben, aber trotz wiederholter Mahnung noch nicht geliefert seien. Die Klägerin machte demgegenüber geltend, daß sie die Stoffe, die bereits bei der ersten Aufforderung zugeschnitten waren, sofort ablieferte wollte. Die Stoffe seien aber nicht abgenommen, weil sie verschmitten sein sollten; tatsächlich seien sie jedoch keineswegs verschmitten. Durch den Umzug und Krankheit ihres Mannes sei sie an der Fertigstellung dieser Blumen behindert worden. Nachdem das Gericht die bemängelten fertigen Blumen besichtigt und beraten hatte, empfahl es einen Vergleich dahingehend, der Klägerin sofort für die fertigen Blumen 50 M. zu zahlen, während die Klägerin die bereits zugeschnittenen 30 Blumen zunächst fertigstellen und liefern soll. Etwaige Ansprüche aus der Herstellung und Lieferung dieser 30 Blumen behalten sich beide Parteien vor. Das Gericht begründete seinen Vorschlag damit, daß erst wenn die 30 Blumen fertiggestellt seien, zu beurteilen sei, ob die Arbeit verdorben und die Wiederklage berechtigt ist. Die für die fertigen Blumen bereits anerkannten 50 M. sind für die bemängelten fertigen Blumen als angemessen betrachtet worden. Die Parteien akzeptierten darauf diesen Vorschlag.

In beiden entschiedenen Fällen sind bedauerlicherweise durch den Vergleich und die Vergleichsannahme die Arbeiterinnen erheblich in ihrem Recht gekürzt. Der Vertrag mit den Heimarbeiterinnen ist nicht nach den Regeln des Werkvertrages, sondern nach denen des Arbeits-(Dienst-)Vertrages zu beurteilen. Danach hat die Arbeiterin für die besondere Güte der Arbeit nicht einzustehen, vielmehr hätte der Beklagte eventuell zu beweisen, daß die Arbeiterin total unbrauchbare Arbeit vorsätzlich oder grobfahrlässig geliefert hat. Davon kann in keinem der verglichenen Fälle die Rede sein. Endlich sollte sich aber das Berliner Gewerbegericht zu der von und wiederholt angeführten Praxis des Stutzgarter Gewerbegerichts aufschwingen und Vereinbarungen wie die erwähnten über die Höhe der Vereinbarung als ungültig erklären, weil mit den guten Sitten unvereinbar, und an ihrer Stelle angemessene Löhne setzen. Ist der Heimarbeitervertrag, wie auch Lotmar annimmt, kein Werk-, sondern ein Dienstvertrag, so sind auch die versuchten Aufrechnungen, Widerlagen usw. unzulässig. Ein gut Teil Schuld an der sprichwörtlich gewordenen Ausbeutung in der Berliner Konfektion tragen die Gewerbegerichte, die mit dem alten, dem Arbeiter ungünstigen Schlenkrian nicht endlich brechen. Kommt bei der Lohnvereinbarung für qualifizierte Arbeit — in Zeilohn umgerechnet — weniger heraus als der ortsübliche Lohn für gewöhnliche Lohnarbeiter beträgt, so ist solche Vereinbarung stets ein Verstoß gegen die guten Sitten und deshalb nach § 134 des Bürgerlichen Gesetzbuchs ungültig. Gerade den anständigen Arbeitgebern des Gewerbegerichts mühte daran liegen, durch rücksichtslosen, dem Gesetze entsprechenden Gebrauch des § 134 des Bürgerlichen Gesetzbuchs dem schlechten Ruf ein Ziel zu setzen, in den besonders ausbeuterische Arbeitgeber die Berliner Konfektion gebracht haben. Sind doch in Berlin infolge der lüderlichen Ausbeutung der Heimarbeiterinnen eine große Zahl Heimarbeiterinnen auf Bezug von Armegehalt angewiesen. Ein Lohn, der trotz der fleißigen Arbeit der Heimarbeiterinnen nicht einmal zur Befriedigung ihrer bescheidenen Lebensbedürfnisse ausreicht, ist ein wucherischer, zum mindesten ein gegen die guten Sitten verstoßender. Also — mögen endlich die Gewerbegerichte von dem § 134 dem gefunden Rechtsempfinden und dem Anstandsgesühl auch der Arbeitgeber entsprechenden Gebrauch machen. Das Gesetz hindert nicht, solcher Ausbeutung entgegenzutreten, sondern verlangt es.

Aus Industrie und Handel.

Unter falscher Flagge.

Bei den Bestrebungen der Kapitalisten, den Staat noch extra zum Nachwächter ihrer Profitinteressen zu machen, muß selbstverständlich die alte Phrase vom „Schutz der nationalen Interessen“ als Aushängeschild dienen. In Wirklichkeit stehen die beiden Gruppen, die sich in dem Kampfe um ein Reichstagesgesetz gegenüberstehen, einzig und allein für kapitalistische Interessen. Das Allgemeinwohl, das sogenannte vaterländische Interesse, ist ihnen ganz gleichgültig. Die Schmidtmann-Gruppe handelt aus genau denselben Motiven, die auch das Syndikat bestimmen. Wenn dieses, sich patriotisch gebend, die „Bevorzugung“ des Auslandes entwirft, verurteilt, dann kommt es ihm nicht darauf an, die inländischen Konsumenten zu schützen, es will sich einfach die Plünderung dieser durch Preisdruck nicht schmälern lassen. Sein Patriotismus ist von Portemonnaieinteressen bestimmt. Und wenn Schmidtmann für Preisherabsetzung auf dem Inlandsmarkt eintritt, dann nicht aus Allgemeininteressen, sondern nur, weil das seinen besonderen Eigeninteressen dient. Aber über Motive wird nicht abgestimmt! In der Wirkung nähern die Schmidtmannschen Bestrebungen der Gesamtheit, darum sind sie zu unterstützen. In recht plumper Weise mandoriert dagegen der „Börsen-Courier“ als Interessenvertreter des Kapitalismus. Er schreibt (Nr. 84):

„In der Wahrnehmung der Auslandsinteressen, die Herr Schmidtmann durch seine maßgebende Stellung bei der International Agricultural Corporation und durch seine wachsende Abhängigkeit von der Morgangruppe vertreten muß, entfaltet Herr Schmidtmann gegenüber der Reichstagskommission eine fieberhafte Tätigkeit, über deren Details wir voll informiert sind.“

Herr Schmidtmann präpariert ein Lozmittel, von dem er hofft, daß die Reichstagsabgeordneten darauf fliegen. Dieses Lozmittel ist die Inanspruchnahme einer wesentlichen Verbilligung der Inlandpreise. Jedoch wird ein Hinweis genügen, um diejenigen Abgeordneten, die Herr Schmidtmann mit seinen Informationen beehrt, stübzig zu machen. Herr Schmidtmann ist nämlich schon einmal vor Jahren mit dem Lozantrog einer Herabsetzung der Inlandpreise hervorgetreten; aber wie feststeht, nachdem er für Sollsticht in Verträgen bis zum Jahre 1917 mehr als seine Produktion an das Ausland ausverkauft hatte. Aus der Haut der anderen also wollte Herr Schmidtmann die Kiemen zu einer Verbilligung der Inlandpreise schneiden. Er selbst hat sich in seiner ganzen bisherigen Kalipolitik auf das ängstlichste gehalten, niemals auch nur einen Doppelzentner billiges Kali dem Inland zugute kommen zu lassen. Nur nach Amerika und nach Frankreich hat Herr Schmidtmann bisher billige Kalisalze verschifft. Er kann sich somit das Verdienst zurechnen, der Schrittmacher geworden zu sein für eine vorteilhafte Konkurrenz der amerikanischen Agrarkultur gegen unsere heimische Landwirtschaft.“

Die patriotische Logik des „B. C.“ hat ein gewaltiges Loch. Wenn Schmidtmann noch dem Auslande zu niedrigeren als Inlandpreisen lieferte, dann hat er damit den Beweis erbracht, daß eine Reduktion der Inlandpreise möglich ist. Weil das Syndikat seine Verbilligung hat entreiten lassen, gebührt ihm der Anspruch, „Schrittmacher“ der Auslandskonkurrenz zu sein. Ob Schmidtmann nach dem Inlande oder nach dem Auslande zu billigeren Preisen verkaufte, ist für die Entscheidung der Frage, ob der Anspruch auf Preisermäßigung sachlich berechtigt ist oder nicht, vollständig nebensächlich. Die Tatsache, daß es billiger verkauft wurde, beweist, daß die

Produktionsbedingungen eine Preisermäßigung erlaubten. Trotz dem eine Ermäßigung verhindern zu wollen, was ja die Absicht des Syndikats und der Zweck des Reichstagesgesetzes ist, das hat mit Wahrscheinlichkeit von Allgemeininteressen nichts zu tun, das ist der Ausfluß der nacktesten Profitgier, die nicht verdeckt wird, wenn sie die nationale Phrase als Deckmantel benützt.

Die Gewerkschaft „Deutscher Kaiser“, die über Kalisalzböhrungen am Niederrhein verlegt, hat sich mit folgender Begründung gegen das beabsichtigte Zwangssyndikat ausgesprochen:

„In dem neuen, vom Bundesrat genehmigten Gesetzentwurf ist zwar eine große Reihe von Härten vermindert worden, er hält aber an dem Grundsatze fest, daß in Zukunft nur noch Kalisalze durch die Betriebsgemeinschaft verkauft werden dürfen, und daß alle Kaliverwerke, auch die neu entstehenden, sich dem von der Regierung einzurichtenden Zwangssyndikat anschließen müssen. Wir halten es nach wie vor für richtiger, wenn von einem Eingreifen der Gesetzgebung in die noch in der Entwicklung begriffene Kalindustrie vollständig Abstand genommen wird. Für die von der Regierung begehrte Befürchtung, daß ohne Zwangssyndikat eine Verschleuderung der Kalisalze zu unangemessen niedrigen Preisen in das Ausland eintreten würde, ist kein stichhaltiger Grund vorhanden, auch ist für die Zukunft eine Verschleuderung nicht zu erwarten, da es wohl kaum einem Kaliverksbesitzer ernsthaft einfallen wird, unter den Gestehungskosten Kalisalze abzugeben. Wir können lediglich mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten, die der Kalindustrie durch Amerika erwachen, ein Eingreifen der Gesetzgebung für den Fall und insoweit billigen, als die Auslieferung der deutschen Kalinteressen an das Ausland in anderer Weise nicht gehindert werden kann. Dem Gesichtspunkte, daß alle Deutschen in der Vertretung deutscher Interessen zusammenstehen müssen, treten wir rücksichtslos bei. Daraus kann aber logischerweise nur folgen, daß ganz Deutschland in der Ablehnung des Entwurfes und einer Zwangssyndizierung überhaupt einmütig sein müßte, denn eine solche kann nicht nur nicht nützlich sein, sondern muß unter allen Umständen schädlich wirken. Das Interesse des spezifisch deutschen Erwerbszweiges, des Kaliberbaues, erfordert eine uneingeschränkte Entwicklungsmöglichkeit. Eine Gründung der Kalindustrie und eine Hebung des nationalen Wohlstandes durch sie kann nicht mittels einer künstlichen Hinderung des Abbaues und einer entsprechenden Steigerung der Preise erzielt werden, sondern nur dadurch, daß der Absatz gesteigert und der Preis im Interesse der Allgemeinheit entsprechend ermäßigt wird. Schon heute beträgt der Produktionswert eines Arbeiters in der Kalindustrie nach den Verkaufspreisen berechnet 100 M. täglich; die Verkaufspreise übersteigen die Gestehungskosten um 150 bis 400 Proz. Diese Ausnutzung der in- und ausländischen Landwirtschaft ist nicht nötig zur gezieligen Entwicklung der Kalindustrie; diese Ausnutzung würde aber nach Wegfall des vorgeesehenen Reichstagesgesetzes noch schlimmer werden. Der gesunde, freie Wettbewerb zwischen heimischen und ausländischen Abnehmer wäre aber im Interesse der Kalindustrie, der Landwirtschaft und der Arbeiter nur zu wünschen.“

Robenindustrie in Brasilien. Eine unter dem Namen „Empresa Carbonifera Brasileira“ bekannte brasilianische Korporation hat in Bom Jardim, im Staate Minas Geraes, eine gut ausgestattete Anlage zur Herstellung von Bricketts aus Torf und Braunkohle, wozu sich in der Nähe ausgedehnte Lager befinden, eingerichtet. Der dortige Torf enthält 7½ Proz. Asche, 8 Proz. Wasser und 63 Proz. Robenstoff pro Kilogramm, eine Zusammensetzung, welche seinen Wert für die Industrie erkennen läßt. Man nimmt an, daß die Fabrik, sobald sie gänzlich eingerichtet ist, 200 Tonne Bricketts zu liefern imstande sein wird, wozu noch mannigfache Nebenprodukte treten.

Aus der Frauenbewegung.

Nationalliberale Frauen über das Frauenstimmrecht.

Frau Elisabeth Krulenberg, die Führerin des Rheinisch-Westfälischen Frauenbundes und Mitglied der nationalliberalen Partei, macht es sich zur Aufgabe, in die Augenblichkeit auch bei den bürgerlichen Frauen hohe Wellen schlagende Stimmrechtsbewegung zu veranlassen. Gleich der Partei, der sie angehört und deren Anhänger im Reichstago den bezeichnenden Namen „Fraktion Dreißigste“ führen, lehnt auch Frau Krulenberg in der letzten Kammer des „Zentralblattes des Bundes deutscher Frauenvereine“ jede Bindung auf ein bestimmtes Wahlrecht ab und fordert auf zum Beitritt in den neubegründeten Stimmrechtsverband für Westdeutschland, dem Anhängerinnen aller Richtungen angehören könnten, gleichviel, ob sie für oder gegen das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht eintreten.

Auch hier wird wieder der Versuch gemacht, mit dem Mantel der Unparteilichkeit die Volkseindlichkeit zu verdecken. Wenn überhaupt, so sei das Frauenwahlrecht nur dann zu erreichen, wenn es die sogenannten staatsrechtlich haltenden Parteien stützt. Zur Stärkung der Umsturzparteien niemals! Infolge dessen sei es auch falsch, ein anderes Wahlrecht zu verlangen, als es heute schon die Männer besitzen. Damit will Frau Krulenberg auch diejenigen Frauen gewinnen, die nicht Anhängerinnen des Reichstagswahlrechts sind. Sie stellt in den Vordergrund die Erwinnung des Wahlrechts für die Frau, weil ein an den Besitz geknüpft Wahlrecht zur Unterdrückung der Massen geeignet ist. Und trotz aller in dem Artikel von Frau Krulenberg zutage tretenden Unklarheit ist eines daraus klar ersichtlich: nicht nur die nationalliberalen Männer, nein, auch die nationalliberalen Frauen sind Feinde des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts, und damit Feinde der Arbeiterklasse.

Ein weiblicher Bankdirektor. Der erste weibliche Bankdirektor wurde am Sonnabend in Ungarn gewählt, und zwar für die rumänische Bank Progressul in Marosfölye. Die Dame heißt Eleonora Lemenyi und war als Professorin in der Schule „Astra“ tätig.

Dienstmädchenmishandlung. Die sozialdemokratische Presse Norwegens veröffentlichte dieser Tage Artikel über schwere Mishandlungen eines norwegischen Dienstmädchens in Amerika. Es handelt sich um eine Richte des norwegischen Störchingabgeordneten With, die bei einem Millionär Standobst Cool in New York in Stellung war. Der noble Herr hat das Mädchen eines Abends, weil es bei der Bedienung nicht stink genug gewesen sein sollte, demachen vor den Leib getreten, daß es zusammenbrach. Es mußte sofort ins Krankenhaus gebracht werden und kam, wie berichtet wird, in eine Anstalt, wohin die Herrschaften ihre infolge von Mishandlungen erkrankten Dienstboten immer zu schicken pflegen, um vor Anklagen und Schadenersatzklagen sicher zu sein. Durch die Vernühtungen einiger Landsleute gelang es jedoch, die Mishandlung in ein anderes Krankenhaus zu überführen. Die Ärzte behaupten, daß das 22jährige Mädchen dauernden Schaden an seiner Gesundheit davontragen werde. Wegen den brutalen Schanden, der zu seiner Entlassung anführt, daß er an jenem Abend betrunken gewesen sei, ist Schadenersatzklage erhoben worden.

Antwärtend an diese Geschichte wird berichtet, daß norwegische, schwedische und auch deutsche Dienstmädchen in großer Anzahl bei reichen Familien in New York Stellung finden und dort häufig Mishandlungen ausgehtet seien. Wenn auch ein Teil der eingewanderten Dienstmädchen es gut hat, so sollen doch die Amerikaner im allgemeinen mit einer großen Mißachtung auf die „Greenhorns“, die frisch Eingewanderten, blicken und sie dementsprechend schlecht behandeln.

Lesende.

Charlottenburg. Am Mittwoch, den 23. Febr., abends 8½ Uhr, im „Vollshaus“.

Ein königlicher Domänenpächter, Simulant und Staatsflücht.

Welcher feigen und rohen Brutalität Landarbeiter mit ihren Familien ausgeht, illustriert in drastischer Weise eine Gerichtsverhandlung vor der Strafkammer in Breslau. Auf dem Gute Kottwitz (Kreis Breslau) war der Futtermann Schibid bei dem königlichen Domänenpächter Pohl bis Ende Juli vor. J. in Stellung gewesen. Infolge Differenzen arbeitete er von da an auf dem Nachbargute. Da seine Frau die Wohnung noch benutzte, arbeitete diese noch einige Zeit auf dem Gute weiter. Am 7. August wollten sie beide das Gut ganzlich verlassen und begaben sich zu Pohl, um den noch ausstehenden Lohn für die Frau in Empfang zu nehmen. Pohl verweigerte jedoch denselben, worauf Schibid erwiderte, daß er bei dem Gericht seine Rechte suchen werde. Als nun die Eheleute das Schloß verließen und durch den Park nach dem Gutsbesitzer gingen, gab Pohl hintereinander drei Schüsse in die Luft ab. — Vielleicht hatte er gehofft, daß sich die Leute darüber aufregen und er so „aus Notwehr“ von der Waffe ernstlichen Gebrauch machen könne. Der Futtermann und seine Frau gingen jedoch ruhig weiter. Jetzt folgte ihm Pohl mit allerhand Drohungen, wobei er fortwährend vom Lottschießen redete, schließlich schoß er auch, ohne daß der geringste Grund vorlag, dem Schibid eine Kugel in den Rücken. Schibid wurde nach Breslau in das Krankenhaus gebracht. Dort ist er inzwischen entlassen, ohne daß es gelang, die Kugel zu entfernen. Am 15. November v. J. sollte sich Pohl wegen schwerer Körperverletzung und Bedrohung verantworten. Er erschien indes nicht zur Verhandlung und sandte ein Attest, nach welchem er schwer krank sei. Die Verhandlung wurde vertagt und inzwischen wurde festgestellt, daß Pohl in der fraglichen Zeit, trotz des Attestes, der Jagd obgelegen und in Breslauer Weinrestaurants gesehen worden sei. Dieses Manöver versuchte er mehrmals, bis der nach dem Schloße entsandte Gerichtsarzt feststellte, daß Pohl seine Krankheit mit künstlichen Mitteln herbeiführe. Nunmehr wurde er verhaftet und hatte sich dieser Tage vor der Breslauer Strafkammer zu verantworten. Hierbei stellte es sich heraus, daß der königliche Domänenpächter bereits zweimal wegen ähnlicher Vorfälle verurteilt ist. Einmal hatte er eine Arbeiterin mit einem Peitschenstock über die entblößten Arme geschlagen, daß blutunterlaufene Striemen und Flecken entstanden. Das anderemal hat er ein Dienstmädchen verprügelt, das seinen geschlechtlichen Wünschen nicht zugänglich war. Die Schickerei mit dem Revolver suchte er so darzustellen, als habe die Waffe sich von selbst entladen, auch sei es möglich, daß ihn Frau Schibid gestochen habe, im übrigen sei er sehr nervös! Nach langer Beratung verurteilte das Gericht den königlich preussischen Simulanten und hinterlistigen Raufbold zu der insbesondere mit Rücksicht auf die Vorstrafen äußerst niedrigen Strafe von sechs Monaten Gefängnis, 20 Mark Geldstrafe und einer Buße von 500 Mark an Schibid.

Ein Arbeiter wäre schwerlich so billig fortgelommen, vielmehr wegen Mordversuchs oder Totschlagversuchs angeklagt und schließlich mit einer Strafe unter 3 Jahren fortgelommen. Aber — der Täter war eine königlich preussische Staatsflücht.

Bärtliche Verwandte.

Auf die Anklage der verurteilten Erpressung gegen ihre eigene Stiefschwester hatten sich gestern vor der I. Strafkammer des Landgerichts II der Referendar a. D. Otto Marggraf und dessen Schwäger, die uneheliche Luise Marggraf aus Oßersleben zu verantworten. Die als Belastungszeugin auftretende Schwester der Angeklagten, Anna Marggraf, war fast 20 Jahre hindurch Stütze bei der verwitweten Frau Mittmeister v. Aßeburg, die im Dezember 1908 verstorben ist. Frau v. Aßeburg hatte in ihrem Testament die Anna Marggraf als Belohnung für treu geleistete Dienste zur Universalerbin eingesetzt. Der Wert des Nachlasses betrug etwa 170 000 M.; dazu gehörte das Grundstück in Berlin, Sürfürstendamm 283, ferner die ganze Wäsche und das gesamte Mobiliar. Nachdem Anna Marggraf in den Besitz der Erbschaft gelangt war, ist sie nach ihrer und eines ihrer Brüder Behauptung von ihren Stiefgeschwistern stark ausgenutzt worden. Diese behaupteten unter anderem, daß die Anna Marggraf es eigentlich ihnen zu verdanken habe, daß sie Universalerbin geworden sei. Denn Frau v. Aßeburg habe kurz vor ihrem Tode das Testament widerrufen wollen und nur den Vermählungen der Angeklagten sei es gelungen, dieses Vorhaben zu durchkreuzen. Anna Marggraf wurde auch durch die Behauptung eingeschüchelt, daß angeblich der Nachlaß um 40 000 M. zu gering taxiert worden sei und sie den Staat um die Erbschaftsteuer betrogen habe. Im Jahre 1908 hatte Anna Marggraf an ihren inzwischen verstorbenen Vater zum Zwecke des Ankaufs eines Hauses 7500 M. und auch einen Teil der ererbten Möbel nach Oßersleben geschickt. Der Ankauf des Hauses hat auch stattgefunden, Anna Marggraf war aber höchst erfreut, nach dem Tode ihres Vaters zu erfahren, daß nicht sie selbst, wie sie glaubte, als Eigentümerin eingetragen war, sondern die Angeklagte Luise Marggraf. Diese trat mit der Behauptung auf, daß ihre Stiefschwester Anna Marggraf ihr das Haus und die Möbel geschenkt habe, weil sie etwa 8 Wochen lang die Frau v. Aßeburg gepflegt und sehr viel Mühe dabei gehabt habe. Zwei Verwandte der Angeklagten wollten von der Anna Marggraf Neuherungen in diesem Sinne gehört haben; letztere bestritt dies mit aller Entschiedenheit und berief sich zum Beweise des Gegenteil auf zwei andere Verwandte. Diese Hauskauf- und Erbschaftsangelegenheit hat zwischen den Geschwistern zu sehr erbitterten Kämpfen geführt, die einen sehr häßlichen Charakter angenommen haben. Der Angeklagte Otto Marggraf ist in einem Stadium dieser Kämpfe wegen einer gegen seine Stiefschwester Anna Marggraf begangenen schweren Urkundenfälschung zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden. Er wird jetzt von der Anna Marggraf beschuldigt, versucht zu haben, sie zur Hergabe von Geld durch Drohungen zu bewegen. Er sei eines Tages in der Wohnung Sürfürstendamm 283 erschienen und habe dringend Geld oder Geldwert verlangt. Als dieses Ansuchen abgelehnt wurde, soll er die Herausgabe eines wertvollen Oelgemäldes von Zenier gefordert und dabei gedroht haben: Wenn er das Bild nicht bekomme, dann würde er nach Oßersleben fahren, und den anderen Geschwistern beistehen. Sie solle sich dann nur nach einer Stelle umsehen, denn in drei bis vier Tagen würde das Haus nicht mehr ihr gehören und sie würde noch einmal um ein Stück Bettelbrot ihn anehen müssen. — Der Angeklagten Luise Marggraf fällt ein Brief zur Last, den sie an ihre Stiefschwester Anna geschrieben hat. Dieser enthält neben groben Beschimpfungen das Verlangen nach Ausstellung einer Sühnensurkunde über die freigegebenen 7500 M. und die nach Oßersleben geschickten Möbel. Die Angeklagte drohte gleichzeitig, eventuell die Anna der Staatsanwaltschaft anzuzeigen, weil sie die rechtmäßigen Erben der Frau v. Aßeburg um ihre Rechte gebracht und dem Staate Erbschaftsteuer hinterzogen habe. — Otto Marggraf bestritt entschieden, seine Stiefschwester irgendwie bedroht zu haben. In der Verhandlung traten zwei Gruppen von Zeugen auf, deren eine für

die Angeklagten, die andere für die Belastungszeugin Anna M. eintraten. — Staatsanwalt Assessor Sydow hielt beide Angeklagte im Sinne der Anklage für schuldig und beantragte gegen Otto Marggraf 9 Monate, gegen Luise M. 6 Monate Gefängnis. — Rechtsanwalt Dr. Alberg beantragte dagegen die Freisprechung beider Angeklagten. Gegen Otto M. sei der Vorwurf seiner angeblich bedrohlichen Äußerung überhaupt nicht festzustellen gewesen und was die Angeklagte Luise M. betrifft, so falle die verdächtige Erpressung — wie man auch über den übrigen Inhalt des Briefes denken möge — aus dem Grunde weg, weil die Briefschreiberin ihrerseits sicher der Uebereizung gewesen sei, daß ihr ein Recht auf die 7500 M. und die Möbel zustehe. — Das Gericht kam aus gleichen Erwägungen zur Freisprechung der beiden Angeklagten.

Briefträgerpflicht.

Aus Bequemlichkeit hat sich der Briefträger Otto Reichert verleben lassen, schwere dienstliche Verstöße zu begehen. Wegen Urkundenfälschung verhandelte gestern die Strafkammer des Landgerichts III unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Liebenow gegen den bisher völlig unbescholtenen Angeklagten. — Die in Wartenberg wohnhafte Milkereibesitzerin Frau Baldow erhielt häufig von den Siemens-Schuckertwerken, an welche sie Milch und Sahne zu liefern hatte, größere Geldbeträge per Postcheck oder auch durch Postanweisung zugesandt. Es war ihr hierbei schon wiederholt aufgefallen, daß das Geld gewöhnlich erst eine Woche später eintraf, nachdem sie von den Schuckertwerken längst eine Mitteilung erhalten hatte, daß das Geld abgesandt worden sei. Um die Ursache dieser Verzögerung zu ergründen, wandte sie sich an den zuständigen Postinspektor, als eine ihr bereits angekündigte Geldsendung von 27 M. wiederum mehrere Tage ausblieb. Zu ihrem Bedauern teilte ihr der Beamte mit, daß sie das Geld doch schon längst erhalten haben müsse, da er ihre Quittung schon vor mehreren Tagen weitergegeben habe. Ihr Erstaunen wurde noch größer, als der Angeklagte dann am nächsten Tage bei ihr erschien und prompt das Geld auszahlte, ohne jedoch eine Quittung zu verlangen. — Die Postbehörde stellte sofort Ermittlungen an, die folgendes Resultat hatten. Der Angeklagte hatte wiederholt die häufig nicht anwesende Frau Sch. in ihrer Wohnung nicht getroffen. Um sich nun das ihm unbedeuten Umschreiben und nachmalige Eintragen zu ersparen, hatte er die Geldanweisungen einfach mit dem Namen der Frau unterschrieben und ihr dann das Geld, wenn er sie zufällig traf, ausgezahlt. Außerdem hatte er sich verschiedene andere Unregelmäßigkeiten zuschulden kommen lassen. — Der Staatsanwalt hielt eine schwere Urkundenfälschung für vorliegend und beantragte eine Gefängnisstrafe von neun Monaten. Das Gericht nahm jedoch nur einfache Urkundenfälschung an und erkannte auf nur drei Wochen Gefängnis, da der Angeklagte durch den Verlust seiner Stellung schon genug bestraft sei.

Ein überanfrengter Gerichtsdienner.

Auf einem sehr schwierigen Posten steht der Gerichtsdienner Berndt in Alt-Landsberg, der sich vorgestern auf die Anklage des Amtsmissbrauchs vor der Strafkammer des Landgerichts III Berlin zu verantworten hatte. Der Angeklagte vereinigt in seiner Person drei verschiedene Funktionen: die eines Kassiers, eines Gerichtsdieners und eines Gefängniswärters, und ist bei dieser dreifachen Beschäftigung etwas nervös geworden. Dazu haben die recht mangelhaften räumlichen Verhältnisse des dortigen Gefängnisses und die darauf zurückzuführenden wiederholt vorgekommenen Fluchtversuche von Gefangenen ihr gut Teil beigetragen. In der Nacht zum 2. November hatte ein in der Gefängniszelle sitzender 18jähriger Fürsorgezögling den Versuch gemacht, mit einem harten Gegenstand hinter dem Ofen ein Loch herzustellen und ins Freie zu entkommen; der Plan war ihm jedoch nicht geglückt. Am nächsten Morgen verstand es der Häftling, bei dem Aufbruch der Gefangenen sich zunächst zu verbergen und auf den Vorratshoden zu gelangen, wo er sich in einem Vorratskasten versteckte. Man suchte ziemlich lange nach ihm, bis man ihn endlich in dem Kasten entdeckte. Da er trotz wiederholter Aufforderung keine Miene machte, herauszukommen, geriet der Angeklagte in gewaltige Erregung. Ohne Rücksicht auf die Anwesenheit des ihm vorgesetzten Amtsdirektors Krieger zu nehmen, sprang er auf den Gefangenen zu, packte ihn kräftig am Hals und schüttelte ihn hin und her. Die Umklammerung des Halses war so stark, daß der hinzuspringende Amtsdirektor alle Kraft anwenden mußte, um die Hände des Angeklagten loszumachen. In seinem Zorn gab der Angeklagte dem Gefangenen noch einen Stoß vor die Brust. — Berndt gestand ein, sich in dieser Weise verhalten zu haben, bat aber, Rücksicht auf die schwierigen Verhältnisse zu nehmen, unter denen er in Alt-Landsberg seines Amtes zu walten habe. Der Staatsanwalt erkannte letzteres an und hielt auch die Erregung des Angeklagten für begreiflich. Er beantragte trotzdem 50 M. Geldstrafe. Das Gericht billigte dem Angeklagten, der sein Amt sonst tadellos versieht, in diesem Falle alle Milderungsgründe zu und verurteilte ihn nur zu 10 M. Geldstrafe.

Ein Opfer behrlicher Fahrlässigkeit.

In das Aconitohaus zu Schönlanke (Posen) wurde der an Epilepsie leidende Arbeiter Nomad eingeliefert. Da alle Räumlichkeiten besetzt waren, mußte er das Zimmer mit dem geisteskranken einundsechzig Jahre alten Oisormen Manthey teilen. Da Nomad oft an Wutanfällen litt, wurde er an den Händen gefesselt. In der Nacht löste er jedoch auf unaufgestellte Art die Fesseln und stürzte sich auf den alten Manthey, den er verarztete, daß ihn der Krankenwärter am anderen Morgen als Leiche vorfand. Der Krankenwärter hatte sich wegen fahrlässiger Lösung vor der Strafkammer in Schneidemühl zu verantworten, wurde aber freigesprochen, da ihm eine direkte Pflichtverletzung nicht nachgewiesen werden konnte.

Weshalb wurde statt des untergeordneten Wärters nicht die Verwaltung des Krankenhauses angeklagt?

Verfammlungen.

Die Hiesenseiter hielten ihre Generalversammlung am Freitagabend im Gewerkschaftshause ob Waldheim erstattete den Jahresbericht des Vorstandes. Der Anfang des Jahres stand noch unklar dem vollen Einfluß der Krise. Die Arbeitslosigkeit war außerordentlich groß. Am 20. Februar vorigen Jahres wurde festgestellt, daß von den Mitgliedern der Sektion 182 arbeitslos waren; nur 70 standen in Arbeit. Zum Frühling zeigte sich eine Besserung der Lage, man zählte 80 bis 40 Arbeitslose, und im Mai begann eine günstige Konjunktur. Zahlreiche Beschwerden wurden beim Vorstand erhoben, da viele Unternehmer die Löhne zu kürzen suchten und Schwierigkeiten in bezug auf Bewilligung des Fahrgeldes machten. Verschiedene Sperren wurden verhängt, einigemal mußte die Arbeit niedergelegt werden. Die Bewegung gegen die Subunternehmer nahm besonders das Interesse der Organisation in Anspruch. Im Mai und Juni beschäftigten sich die Hiesenseiter in öffentlichen Versammlungen mit dieser Frage und bald begann ein sehr energiegeladener und einmütig geführter Kampf, der auch die gewinnlichsten Erfolge brachte. Das Subunternehmertum, das sich zu einem schweren Schaden im Gewerbe ausgewachsen hatte, wurde niedergebunden und zum größten Teil ausgeschaltet. — Dann folgte die Lohnbewegung; die verschiedenen Organisationen traten zusammen, um gemeinsame Forderungen zu erheben. Die Verhandlungen mit den Unternehmern begannen, gestalteten sich aber sehr schwierig; die Unternehmer wollten von einer Lohnerhöhung zuerst nichts wissen, machten aber dann einige Zugeständnisse und ein Tarifvertrag wurde aufgestellt.

Ueber die Lohnbewegung und den Tarifvertrag kam es in der Versammlung am Freitag zu einer ausgedehnten und manchmal sehr heftig geführten Diskussion. Die Mitglieder übten scharfe Kritik an dem Verhalten des Vorstandes und waren mit der Führung der Lohnbewegung in verschiedener Beziehung unzufrieden.

Waldheim beleuchtete noch durch das folgende Zahlenmaterial die Tätigkeit der Sektion: Es fanden im Berichtsjahre statt: 9 Sektionsversammlungen, 6 Essenden und 6 Bezirksversammlungen, 17 Sitzungen des Sektionsvorstandes und zahlreiche Kommissions- und andere Sitzungen in Verbindung mit der Führung der Verhandlungsgeschäfte. 26 Verkaufstruppen wurden vorgeordnet, 12 Verhandlungen mit den Unternehmern, 4 Verhandlungen vor dem Gewerbegericht fanden statt, 41 Lohnklagen wurden eingereicht. Der Mitgliederbestand betrug Ende des Jahres 234 gegenüber 202 Mitgliedern Ende des vorhergehenden Jahres. In der Reisezeit beteiligten sich 107 Mitglieder. — Der Bericht wurde in der Diskussion nur wenig berührt, mit Ausnahme der jüngsten Lohnbewegung, die, wie schon bemerkt, sehr aufgeregt diskutiert wurde.

Sozialdemokratischer Leses- und Diskussionsklub „Friedrich Heine“.

Heute abend 8 1/2 Uhr: Sitzung bei Volze, Rodenbergstraße 8. Gäste willkommen.

Vermischtes.

Water, Mutter und Bruder ermordet.

Aus Oldenburg wird vom gestrigen Tage gemeldet: In vergangener Nacht ist hier eine dreifache Mordtat verübt worden. Der 24jährige Hilfsarbeiter Denker hat seinen Vater, seine Mutter und seinen älteren Bruder mit einem Weile erschlagen. Denker sollte heute morgen wegen eines Diebstahls verhaftet werden und wurde zur Polizei geführt, wo er die ersten Angaben über die Mordtat machte. Die Polizeibeamten fanden sodann in der Wohnung die drei Leichen vor. Denker will bei der Tat noch zwei Komplizen gehabt haben und behauptet, daß der eine von ihnen die Mordtat begangen habe.

Zugzusammenstoß. Amlich wird aus Köln gemeldet: Die am 22. d. Mts. 8 Uhr 30 Minuten nachmittags in Berlin fällige Post aus Frankreich ist zum Teil ausgeblieben. Grund: Zugzusammenstoß in Frankreich.

Dreifacher Selbstmord. Nach einer Meldung aus Pforzheim wurde dort der 44jährige Fabrikant Friedrich Schwemmler jun., dessen 41jährige Frau und 15 Jahre alte Tochter vorgestern früh, mit Phosphor vergiftet, tot in ihren Betten aufgefunden. Die Ursache des Selbstmordes ist geschäftlicher Niedergang und Vermögensverfall.

Verwundliche Ratten. Wie aus Hamburg gemeldet wird, ist der von Bombay dort angelommene englische Dampfer „Wooda“, in dessen Ladung pestverdächtige tote Ratten gefunden wurden, unter Quarantäne gelegt worden.

Drei Arbeiter vernicht. Eine Meldung aus Sitten (Ranton Wallis) zufolge werden seit Freitag drei Arbeiter, ein Franzose und zwei Italiener, vernichtet, die den Großen Bernhard überfahren wollten. Vermutlich sind sie von einer Lawine fortgerissen worden.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Simeonsstraße 3, zweites Obergeschoss, vier Treppen, 10 1/2 Uhr abends bis 10 1/2 Uhr nachmittags, wochentags abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends, 10 1/2 Uhr abends bis 12 Uhr mittags, am 6. Uhr. Jeder Anrufer ist ein Besuch und eine Zahl als Bescheinigung beizubringen. Briefliche Antworten werden nicht erwidert. Bis zur Bescheinigung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Alle Fragen setzen man in der Sprechstunde vor.

M. Z. 14. Allgemeine Haus- und Grundbesitzer-Vereinigung, Karl v. S. Schulmann, Esmeraldstr. 4. — M. Z. 15. M. S. 86. Das hängt von der Ananlage der Stadt ab; in nächster Zeit nicht zu erwarten. — M. Z. 24. 1. Eine Zeitbestimmung ist nicht vorgeschrieben. Es kann Verzeigerung, nach vorheriger Androhung erfolgen. Zwischen der Androhung und dem Verzeigerungstermin muß mindestens 1 Monat liegen. Der die Verzeigerung bewirkende Gerichtsvollzieher muß die §§ 1285 und folgende des Bürgerlichen Gesetzbuches beachten. 2. Fragen Sie bei dem Reichsnotariatsamt, Wilhelmstr. 82 an; bezeichnen Sie aber die Kolonie nicht so groß sein, daß die Möglichkeit der Vermögensverbesserung ausgeschlossen werden kann. Der Antrag auf Vermählung des Armeemutters wird innerhalb des Jahres, für welches die Veranlagung zur Steuer erfolgt ist, zu stellen sein. — M. Z. 200. Ja, die Rechtsverfolgung ist aber mit Kosten verbunden, da Sie sich eines Wiener Advokaten bedienen müssen. — O. 34. In Berlin erndigt das Schuljahr mit dem 31. März; es werden auch nur Kinder, die vor dem 1. April ihr sechstes Lebensjahr vollendet haben, zum 1. April eingeschult. Für Ihren Sohn, bei dem wir annehmen, daß er in einem anderen Orte eingeschult ist, würde daher die Einschulung erst im Herbst erfolgen. Es ist aber auf Antrag Dispens möglich; ein solcher Antrag ist an die Schuldeputation zu richten. — M. Z. 36. 1. Wenn wegen des Ehebruchs die Ehe geschieden ist, so besteht das Scheidungsrecht aus § 1322 des Bürgerlichen Gesetzbuches. Es kann durch den Justizminister Verzeigung bewilligt werden. Ein solcher Antrag ist an dasjenige Landgericht, das die Ehe geschieden hat, zu richten. — Weiter 25. 1. Für solchen Fall ist eine Lohngrenze nicht gegeben. Der Unterhalt der Ehefrau und der ehelichen Kinder geht vor. 2. Bei gleichzeitigen Ansprüchen: den 28.5 M. wöchentlich übersteigenden Betrag. Uebrigens ist der Raum des „Bormüts“ und die Arbeitskraft der Mitarbeiter zum Ausmaß von Renten nicht da. — O. Z. 58. 1. Die ganze Gesetzbestimmung können wir im Briefkasten nicht abdrucken. Sie handeln von der Kostenverteilung für den Fall, daß jede Partei teilhaftig ist, teilhaftig ist. 2. Sind Sie für nichtschuldig erklärt, so steht Ihnen das Recht der Sorge für die Person der Anwesen an, falls Sie das sechste Lebensjahr vollendet haben. Das Vormundschaftsgericht kann eine anderweitige Anordnung treffen, sofern das Interesse des Kindes es erfordert.

Künftiger Marktbericht der hiesigen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Freitag. Zufuhr genügend, Geschäft lau, Preise für dänisches Bullenfleisch nachgehend, sonst unverändert. Wild: Zufuhr knapp, Geschäft zage, Preise fest. Hühner: Zufuhr genügend, Geschäft ziemlich lebhaft, Preise beschleunigt. Fische: Zufuhr reichlich, Geschäft ruhig, Preise im allgemeinen wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise verändert. Gemüse, Obst und Obstfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft ruhig, Preise gedrückt.

Witterungsbericht vom 22. Februar 1910, morgens 8 Uhr.

Table with columns: Stationen, Barometerstand, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temperatur. Rows include: Simeons, Waldheim, Berlin, Frankfurt a. M., München, Wien.

Wetterprognose für Mittwoch, den 23. Februar 1910.

Zunächst kühl, vielfach heiter bei ziemlich trübem Nebel; später wieder zunehmende Erwärmmg, Trübung mit etwas Regen. Berliner Wetterbureau.

Schutz gegen Influenza. Häufig wird eine Erkältung unbeachtet gelassen und die Influenzabakterien finden einen vorzüglichen Nährstoff in dem kranken Blut des erkälteten Körpers. Kraft-Rotwein a Flasche 1.50 u. 2.00 vor jeder Mahlzeit genossen, gibt kräft. Wärmegefühl und wirkt äußerst anregend. Wer eine leichte Erkältung spürt, trinke vor dem Schlafengehen 1 Glas erwärmten Santa Lucia Kraft-Rotwein. Käuflich in allen Apotheken, Drogen- und Delikatessgeschäften.



A. WERTHEIM

G. m. b. H.



LEIPZIGER STR.

ROSENTHALER STRASSE

ORANIEN-STRASSE

BÜCHER

Adler-Bibliothek:

Publikationen der deutschen Gesellschaft zur Verbreitung guter Jugendschriften und Bücher.

Eine neue preiswerte illustrierte Jugendbibliothek berühmter Autoren, wie Wilbrandt, Dahn, Rosegger, Ganghofer, Selma Lagerlöf, Sven Hedin, Otto Ernst, Hirschfeld u. a. Jede Nr

10 Pf.

Bibliothek moderner deutscher Autoren

Restauflagen.

Bierbaum, Otto Julius. Das höllische Automobil.
Busse-Palma, Georg. Das große Glück.
David, J. J. Wunderliche Heilige.
Dörmann, Felix. Alle guten Dinge ..
Hartleben, Otto Erich. Das Ehefest.
Hauptmann, Karl. Einfältige.
Hirschfeld, Georg. Erlebnis.
Hirschfeld, Georg. Michael Lewinoffs deutsche Liebe.

Hofmannsthal, Hugo von. Das Märchen der 672. Nacht.
Hollaender, Felix. Der Pflugesohn.
Kahlenberg, Hans v. Ein Mann von Geist.
Kahlenberg, Hans von. Jungfrau Marie.
Land, Hans. Ja — die Liebe.
Mann, Heinrich. Schauspielerin.
Trebitsch, Siegfried. Das verkaufte Lächeln.

Jeder Band broschiert früher Mk. 1.—, jetzt **35 Pf.**
 elegant gebunden früher Mk. 2.—, jetzt **70 Pf.**

Freiherr von Schlicht's humoristische Romane

Aus der Schule geplaudert
 Die Regiments-Walküren
 Graf Udo Bodo
 Am 10. März erscheint:
 Ein Kampf.
 Leutnantsleben
 Die von Gründingen
 Leutnant Kraft
 Ein Manöver-Gast

Jeder Band broschiert **1.00**
 eleg. gebund. **1.50**

Bulwer, Rienzi. — Nacht und Morgen . . .
Dostojewski, Die Brüder Karamasow . . .
Dumas, Der Graf von Monte Christo . . .
 Die Totenhand. — 20 Jahre nachher
 Die drei Musketiere . . .
Hackländer, Der letzte Bombardier . . .
 Europäisches Sklavenleben . . .
Hugo, Glöckner von Notre Dame . . .
Manzoni, Die Verlobten . . .
Tolstoi, Anna Karenina. — Krieg u. Frieden

Jeder Band broschiert **1.25**
 elegant gebund. **2.00**

Bulwer, Die letzten Tage von Pompeji . . .
Dostojewski, Rasholnikow . . .
Georgy, Gottes Mühlen . . .
Hackländer, Handel und Wandel . . .
Jockal, Narren der Liebe . . .
Kapitän Marryat, Verschiedene Romane . . .
Nurgen, Zigeunerleben . . .
Mark Twain, Die Abenteuer Tom Sawyers . . .
 Die Abenteuer Huckleberry Finns . . .
Renan, Das Leben Jesu . . .
Wallace, Ben Hur. — Zola, Nana . . .

Jeder Band broschiert **90 Pf.**
 elegant gebund. **1.50**

Restauflagen.

Salzmann, Im Sattel durch Zentral-Asien, mit 185 Bildern und 8 Karten, elegant geb. . . früher M. 5.—, jetzt M. **2.50**
Lieven, Hurra Bansa! Erlebnis eines Arztes während des russisch-japanischen Feldzuges, mit 269 Illustrationen und 4 Karten, eleg. geb. . früher M. 10.—, jetzt M. **3.50**

Angebot von Restauflagen, antiquarischen Werken, Gelegenheitsexemplaren, soweit der Vorrat reicht.

Alt-Berlin Anno 1740, mit Abbildung und 1 Plan. Ein Rückblick in vergangene Zeit, kartoniert, früher M. 3.00, jetzt 60 Pf., in altem Stil, geb., früher M. 4.00, jetzt **75 Pf.**
Feldmarschall Moltke, Sein Leben und Wirken, elegantes Geschenkwerk, reich illustriert, früher M. 10.00, jetzt **3.75**
Meyers großes Konvers.-Lexikon, Neucate Auflage 1904—1909, 21 Bände schw. Einband, statt M. 210.00, jetzt **125.00**
 Kleine Ausgabe, 6 Bände 1908, schwarzer Einband statt M. 72.—, jetzt **55.00**
Hippolyte Taine, Napoleon herausgeg. von Hans Landsberg, elegant gebunden, früher M. 2.50, jetzt **1.40**
Napoleon - Briefe, gesammelt und herausgegeben von Hans Landsberg, eleg. geb., früher M. 5.50, jetzt **2.65**
Eise Jerusalem, Der heilige Skarabäus, gelesene Exemplare, früher M. 7.50, jetzt **3.75**

Graetz, Die Elektrizität und ihre Anwendung, Ausgabe 1907, elegant. Geschenkwerk, mit 590 Abbildungen, früh. Pr. 8 Mk., jetzt **4.75**
Der preussische Assessor und anderes, von W. v. Rummel, mit Titelbild von Reznicek, eleg. geb., früher M. 2.—, jetzt **25 Pf.**
Rammers Universal-Briefsteller, geb., Musterbuch für Briefe, Dokumente und Aufsätze, früher M. 3.75, jetzt **1.90**
Fritz Reuters Werke in Bildern, gr. Prachtausgabe, 32 Kunstblätter mit Text, in Leinenband, früher M. 25.00, in Leder, früher M. 40.00, jetzt M. 15.00 **10.50**

Friedr. Fürst Wrede, Berühmte Romane.

1. **Liebesleben des Menschen, broschiert, früher M. 4.00, jetzt **90 Pf.****
 2. **Evoo, broschiert, früher M. 3.00, jetzt 75 Pf., eleg. geb., früher M. 4.00, jetzt **1.25****
 3. **Durchlaucht III, broschiert, früher M. 2.50, jetzt **25 Pf.****

Kollektion Otto Janke. Restauflagen.

Otto Franz Gensichen, Blutschuld, jed. M. fr. M. 2.00, jetzt **50 Pf.**
Ernst Georgy, Morgenröte
Gertrud Blestorff, Wen du nicht verlässest, Genius
Walther Nissen, Der verzauberte Philister, jed. Bd.
Julius Raub, Zwei von den Armen, früher M. 1.00,
Rose Raunau, Ich will dir viele Schmerzen schaffen, jetzt
Oscar Mysing, Ein werdender Gott, **28 Pf.**

Die neue Rundschau (Verlag von S. Fischer) Jahrgang 1904, 1905, 1906. In 2 Bänden gebunden, früher Mk. 26.00, jetzt M. **8.75**

Aus dem Inhalt heben wir hervor: Gerhard Hauptmann: Elga, Drei Sonette, Das Hirtenlied. Rich. Dehmel: Um Ibsens Schatten, Thomas Mann, Florence, Friedr. Huch, Mao. Selma Lagerlöf: Die Legende von der Christmas, sowie Beiträge von: Bernhard Shaw, Otto Erich Hartleben, Liliencron, Oscar Wilde, Maeterlinck, Otto Bierbaum u. a.

10 000 Bände Internationale Novellenbibliothek berühmter Autoren jeder Band 10 Pf., 6 Bände nach Wahl 50 Pf.

MUSIKALIEN

Führer durch Richard Wagners Musikdramen Erläuterungen der Dichtung u. Musik von Wagners Musikdramen mit 300 Musikbeispielen von Dr. Max Burkhardt, gebunden . . M. **1.00**
Führer durch die Konzertmusik. Volkstümliche und allgemeinverständliche Ausführungen über 1500 Werke von 114 Komponisten, 300 Musikbeispiele, von Dr. Max Burkhardt, elegant gebunden M. **1.00**

Für frohe Kreise. 2.65
 Musikalisches Elite-Album der bekanntesten und beliebtesten Operetten-Schlager, Tänze und Kabarett-Lieder usw. 222 Seiten stark, enthaltend 50 Piecen, elegant gebunden M. antiquarische Exemplare M. 1.90, soweit der Vorrat reicht.

Richard-Wagner-Album für Klavier mit Text.

Band I
Die Meistersinger von Nürnberg
 Am stillen Herd (mit unterlegtem Text)
 David und die Lehrbuben
 Hans Sachs und Eva (II. Akt) (Beckmesser)
 Sachs Schusterlied und Ständchen von Monolog von Sachs und Auftritt von Walther Sachs und Eva (III. Akt)
 Quintett
 Tanz der Lehrbuben
 Aufzug der Zünfte
 Walthers Preislied (mit unterlegtem Text)
Rheingold
 Die Rheintöchter
 Elzang der Götter in Walhall
Die Walküre
 Siegfrieds Liebeslied
 Siegmund u. Brünnhilde (Todverkündigung)
 Wotans Abschied und Feuerzauber
Siegfried
 Mime: Als zullendes Kind
 Siegfried: Aus dem Wald fort
 Siegfried und der Waldvogel
Götterdämmerung
 Siegfried und Brünnhilde
 Gesang der Rheintöchter
Parzifal
 Grals-Szene
 Karfreitagssauber
Lohegrin, Potpourri enthaltend:
 Vorspiel (Akt III)
 Lohegrins Ankunft: Nun sei bedankt
 Braxator usw.
Tristan, Potpourri enthaltend:
 Vorspiel, Kurwenals Spotlied
 Liebesduett: O sink herab!
 Liebestod usw. usw.

Band II mit überlegtem Text.
Lohegrin
 Vorspiel.
 Elsas Traum. „Einsam in trüben Tagen.“
 Lohegrins Ankunft. „Nun sei bedankt.“
 Gebet. „Mein Herr und Gott.“
 Felerlicher Zug zum Münster.
 Elsas Gesang an die Lüfte.
 Duett zwischen Elsas und Ortrud. „Euch Löhnen, die mein Klagen.“
 Elsas Ermahnung an Ortrud.
 Begrüßung der Edlen und Burghewohner.
 Einleitung zum 3. Akt.
 Brandlied. „Treuherzig geführt ziehet dahin.“
 Lohegrins Verweis an Elsas.
 Lohegrins Ermahnung an Elsas. „Höchstes Vertrau'n hast du mir.“
 Lohegrins Herkunft. In fernem Land.
 Lohegrins Abschied. Mein lieber Schwan!
 König Heinrichs Aufruf. „Ist Dank.“
 Lohegrin-Marsch.
Tristan und Isolde
 Vorspiel.
 Kurwenals Spotlied. „Darf ich die Antwort sagen.“
 Isolde's Erzählung an Brangäne. „Erföhrest du meine Schmach.“
 Tristans und Isolde's Liebesduett. „O sink hernieder, Nacht der Liebe.“
 Tristans Frage an Isolde. „O König, das kann ich dir nicht sagen.“
 Isolde's Antwort an Tristan. „Als für ein fremdes Land.“
 Isolde's Verklärung. „Mild und leise.“
 Tristans Gesang.
 Menuett aus der Senate B-dur.

Band III mit überlegtem Text.
Der fliegende Holländer:
 Lied des Steuermanns.
 Arie des Holländers. „Die Frist ist um.“
 Spinnerlied. „Sonne und brunn.“
 Ballade der Senta.
 Lied des Matrosen: „Steuermann lass' die Wacht.“
 Karavane des Erik. „Willst jenes Tag's.“
Kienzli:
 Chor der Friedensboten. „Ihr Römer, hört die Kunde.“
 Marsch der Gesandten.
 Schleichrymme. „Auf, Römer, auf.“
 Friedensmarsch.
 Gebet des Kienzli. „Allmächt'ger Vater.“
 Karavane. „Ich liebe glühend.“
Tannhäuser:
 Erster Gesang der Venus. „Zieh' hin, Bethörter.“
 Zweiter Gesang der Venus. „Hat Kebrtost du mir nie zurück.“
 Tannhäusers Lied. „Dir stoes Lob.“
 Lied des Hirtenschenen. „Frau Hulda kam.“
 Arie der Elisabeth. „Dieb, teure Halle.“
 Marsch und Chor (Einzug der Gäste)
 Erster Gesang Wolframs. „Blick' ich umher.“
 Zweiter Gesang Wolframs. „O Hummel!“
 Gesang Wolframs von der Vogelweide. „Den Brunnen, den uns Wolfram nannte.“
 Einleitung zum dritten Aufzug
 Gesang der Pilger. „Beglückt darf nun dich Gebet der Elisabeth. „Allmächt'ge Jungfrau“
 Fantasie Wolframs. „Lied an den Abendstern.“
 Tannhäuser's Erzählung. „Ibrunst im Herzen.“

Jedes Album eleg. kartoniert **3.50**
 Band I—III im Kart. **10.50**
 eleg. gebunden **5.00**
 Band I—III im Kart. **15.00**

„Donnerwetter-tadello“, Revue von P. Lincke.
 „Dollarpinzessin“, Operette von Leo Fall.
 „Der fidele Bauer“, Operette von Leo Fall:
 Heinerle, Heinerle, hab' kein Geld!
 Fidele Bauern-Walzer.
 Bauern-Marsch.
 „Die Förster-Christi“, Operette von G. Jarno.
 „Ein Herbstmanöver“, Operette von E. Kálmán:
 Küllied. — Mein Freund, der Lobl.
 „Miss Dudelsack“, Operette von Rud. Nelson:
 Eine dunkle Rose.
 „Der Liebeswalzer“, Operette von C. M. Ziehrer:
 Liebeswalzer nach Motiven der Operette.
 Kabarettlieder u. Complets. Lieder für Konzert u. Salon. Tänze, Salenstücke, Märche.

„Die Sprudelfee“, Operette von H. Reinhardt:
 Bienschau-Duett.
 „Brüder Straubinger“, Operette von E. Eysler:
 Küssen ist keine Sünd'.
 „Berlin bleibt Berlin“, Posse:
 Die Schöne von allen. Von Erik Meyer-Helmund. — Das Madel comme il faut. Von S. Translatour.
 „Bis früh um fünf“, von Paul Lincke:
 Heimlich still und leise! Gavotte.
 „Der Jockey-Club“, Operette von V. Hollaender:
 Monbijou u. Sanssouci, Tanaduet.
 Ach öffne dein Kämmstiehl.
 Lautensorenenade.
 „Wo wohnt sie denn?“, von Victor Hollaender:
 Rullis, Rullis u. . . Couplet.
Soeben erschienen!
 Zwei mittelschwere Transkriptionen a. d. Oper Tannhäuser von Richard Wagner.
 „O du mein holder Abendstern“, mit überlegtem Text, für Klavier zu zwei Händen von E. D. Wagner.
 Marsch und Chor. „Freudig begrüßen wir die edle Halle“ für Klavier zu 2 Händen von E. D. Wagner. Jedes Heft **95 Pf.**

Strauss-Album (Restauflage).
 Sammlung der beliebtesten Tänze von Johann (Vater), Johann (Sohn) Josef und Eduard Strauss.
 12 Tänze für Violine mit Begleitung des Pianoforte, früher **2 M.** jetzt **95 Pf.**

Ca. 5000 Moderne Musikstücke Lieder, Salonstücke und Tänze bekannter Komponisten, z. B. Leo Fall, Victor Hollaender, Georg Jarno, Wilhelm Kienzli, Fritz Lehner, Camillo Morena, Rudolf Nelson, Oskar Strauss, (Restauflagen) statt Ladenpreis M. 1.00 bis 1.80 jetzt jedes Heft **20 Pf.** 12 nach Wahl: M. 2.00.

LEIHBIbliothek

Leipziger Strasse und Rosenthaler Strasse

für	1 Band	2 Bände	3 Bände	4 Bände	1 Band monatlich
1 Monat	1.00	2.00	2.75	3.50	1.00 Mark. Die Bände können täglich gewechselt werden.
3 Monate	2.50	4.50	6.00	7.00	
6 Monate	3.50	6.50	8.50	10.00	
12 Monate	5.00	8.50	11.00	13.50	

In der Bücher-Abteilung: Ständiger Verkauf gelesener Werke zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Das Lokal Brauerei, Spandauer Berg, steht der Arbeiterschaft von jetzt ab zu allen Versammlungen zur Verfügung.

Lankwitz. Heute abend 8 1/2 Uhr findet die Mitgliederversammlung des Wahlvereins bei Gbel, Mühlstr. 9 statt. Tagesordnung: Die Sturm- und Drangperiode von 1848. Referent: Genosse M. Schütte. Diskussion. Wahl der Delegierten zur Kreisgeneralversammlung und Groß-Berlin. Aufstellung des Kandidaten zur Gemeindevertreterwahl. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Der Vorstand.

Friedrichshagen. Am heutigen Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokale von Witte Verge, Friedrichstr. 112, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Sonnenburg sen. über: Die Sozialdemokratie in der Gemeinde. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

Nieder-Schöneweide. Am Mittwoch, den 23. d. Mtz., abends 8 1/2 Uhr, findet beim Genossen Schulz, Brückenstr. 15, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Gemeindevahlangelegenheiten. 3. Wahl des Schriftführers. 4. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung von Groß-Berlin. 5. Aussprache zur Gewerbeprüfungswahl. 6. Verschiedenes. Der Vorstand.

Oranienburg. Der Bezirks-Wahlverein für Oranienburg und Umgegend hält heute, Mittwoch abends 8 Uhr im Lokal von E. Schumann seine Mitgliederversammlung ab. Tagesordnung: 1. Bericht über die Tätigkeit des letzten halben Jahres. 2. Welche Lehren ziehen wir aus den letzten Stadtverordnetenwahlen? Referent Genosse Paris. 3. Parteiangelegenheiten.

Berliner Nachrichten.

Regierung, Lehrerschaft und Sozialdemokratie.

Der Regierung ist es recht unangenehm, daß die sozialdemokratischen Vertreter in den Kommunen es sich haben angelegen sein lassen, anlässlich der Regelung der Beförderungsverhältnisse der Lehrpersonen die Interessen der Lehrer wahrzunehmen. Das geht aus einer Verfügung hervor, die die Regierung zu Potsdam, Abteilung für Kirchen- und Schulwesen, erlassen hat; es heißt darin:

Es ist zu unserer Kenntnis gekommen, daß zu den Beratungen der Gemeindeförperschaften über die Durchführung des Lehrerbeförderungsgesetzes die Lehrerschaft an einigen Orten eine Stellung eingenommen hat, die mit den Interessen und dem Ansehen des Lehrstandes nicht mehr für vereinbar gehalten werden kann. Wenn es auch zu verstehen ist, daß die Regelung der Gehaltsfragen eine lebhafteste Anteilnahme beansprucht, so kann es nicht die Billigung außerhalb der Lehrerschaft stehender Kreise finden, wenn zur Erreichung höherer Gehaltsätze die Mithilfe solcher Gemeindevorsteher erbeten und zugesagt wurde, deren politische Stellung zu den erzieherischen und staatlichen Grundfragen, wie sie ein Lehrer zu vertreten berufen ist, in direktem Gegensatz steht.

Auch ist hier und da den Gemeindevorstellern, die abweichend von der Mehrheit für höhere Ortszulagen gestimmt haben, der besondere Dank von Lehrervereinen ausgesprochen worden. Dies ist namentlich in einer Gemeinde vorgekommen, in der eine sozialdemokratische Minderheit für höhere Gehälter gestimmt hatte, als sie von der Gemeindevorstellung bewilligt wurden. Wir müssen darauf hinweisen, daß die betreffenden Beratungen innere Angelegenheiten der Gemeindeförperschaften sind, bei deren Beschlußfassung es selbstverständliche Voraussetzung ist, daß jeder einzelne nach bestem Wissen und auf eigene Verantwortung hin Stellung zu nehmen hat. Dem Ansehen und der Würde des Lehrstandes kann mit einem derartigen Verhalten nicht gedient sein. Schließlich müssen wir es entschieden mißbilligen, wenn die auf Erhöhung der Gehaltsätze zielenden Bestrebungen in der Presse der Öffentlichkeit unterbreitet werden und zu einer abschätzigen Haltung der Gemeindeförperschaften geführt haben.

Aus dieser Verfügung ist interessant die regierungsfeldige Feststellung, daß sozialdemokratische Gemeindevorsteher für die Lehrer eingetreten sind. Daß das der Regierung unangenehm ist, glauben wir ihr. Damit haben aber die Sozialdemokraten den Beweis geliefert, wie ernst es ihnen um die Erziehung und die Bildung der Jugend ist. Indem sie für möglichst gute Bezahlung der Lehrpersonen eintraten, wirkten sie in erster Linie im Interesse einer guten Schule, eines gedeihlichen Unterrichts. Ein schlecht bezahlter, verärgelter Lehrer wird nicht so erfolgreich unterrichten können wie eine von allen materiellen Sorgen befreite Lehrperson.

Was die im Schlußsatz der Verfügung gemachten Bemerkungen betrifft, in denen es gemißbilligt wird, daß die Lehrer ihre auf Verbesserung ihrer Lage zielenden Bestrebungen in der Öffentlichkeit und in der Presse vertreten haben, so kennzeichnet diese Auslassung die ganze Lehrerfreundlichkeit der Regierung. Der Lehrerschaft wird es danach verdacht, daß sie sich gerührt hat, um möglichst gute Anstellungsverhältnisse zu erzielen.

Ob die Lehrer aus dieser Verfügung allerdings die erforderlichen Konsequenzen ziehen werden, steht dahin.

Der Herr Stadtkämmerer und die Berliner Lehrer.

In einer persönlichen Auslassung im „Berl. Tageblatt“ hat kürzlich Herr Dr. Steiniger die Notwendigkeit der Erhöhung der Gemeindesteuern auf 105 Proz. mit den vermehrten Ausgaben für Lehrergehälter und den gesteigerten Arbeitslöhnen gerechtfertigt. Daß mit der Steigerung der Löhne städtischer Arbeiter kein Staat zu machen ist, haben wir des öfteren nachgewiesen. Mit den erhöhten Lehrergehältern scheint es ähnlich zu stehen. Jedenfalls haben die Ausführungen des Herrn Stadtkämmerers die Berliner Lehrer durchaus nicht angenehm berührt. Wir sind aus den Kreisen der Berliner Lehrer gebeten worden, darauf hinzuweisen, daß Berlin an Aufbesserungen für etwa 6000 Lehrpersonen 1.800.000 M., dagegen für zierla 4000 Beamte 2.100.000 M. aufgewendet hat. Auch diesen letzteren Ausgabeposten erkennen die Lehrer gern als notwendig an, möchten aber aus Gründen der Billigkeit nicht, daß ihn Herr Dr. Steiniger vor der Öffentlichkeit so ganz vergißt. Ueberhaupt könnte man im Roten Hause etwas bescheidener sein, wenn von den Ausgaben der Reichshauptstadt für die Gemeindefürsorge die Rede ist. Die kostspieligste Maßnahme der Reichshauptstadt ist die Errichtung des Reichsschulhauses, die kleinen Höfe in fertigen und projektierten Schulgebäuden sowie neuerdings die Beseitigung der geteilten Grundstücke reden eine zu deutliche Sprache. Mit der Berliner Gemeindefürsorge ist nicht erfolgreich zu parodieren. In einigen Zweigen der Verwaltung scheint diese Erkenntnis schon etwas Raum zu gewinnen. Man erzählt sich nämlich in der Berliner Lehrerschaft mit großer Bestimmtheit, bei der mit soviel Aufwand veranstalteten Feier zur Einweihung der 300. Gemeindefürsorge seien den Anwesenden von der Gemeindefürsorge außer der Kula, wo die Feier stattfand, nur die Garderoben gezeigt worden, dann habe man die Räume der im selben

Gebäude untergebrachten höheren Schulanstalten präsentiert. Das läßt auch für die Finanzverwaltung der Stadt besseres erhoffen.

Die Explosion eines Lokomotivessels ereignete sich gestern früh auf dem Bahnhof Weußelstraße in Berlin. Antilich seitens der Eisenbahndirektion Berlin über den Vorfall berichtet: Als ein vom Bahnhof Wedding abgelassener Nordringzug heute morgen um 6 Uhr 50 Minuten in den Bahnhof Weußelstraße einlief, erfolgte plötzlich eine Explosion des Lokomotivessels. Der Lokomotivführer erlitt schwere Brandwunden und mußte nach dem Krankenhaus Moabit gebracht werden. Der Heizer ist mit leichteren Verletzungen an den Armen davongekommen. Der Bahnverkehr konnte aufrecht erhalten werden. Die Eisenbahndirektion Berlin hat sofort eine Untersuchung des Falles eingeleitet.

Als Ursache der Explosion wird von anderer Seite Wassermangel angegeben. Der Nordringzug 1727, der vom Bahnhof Wedding kam, sei infolge Wassermangels mit sechs Minuten Verspätung auf dem Bahnhof Weußelstraße eingetroffen. Da eine Weiterfahrt unter diesen Umständen nicht möglich war, sollte die Maschine erst neues Wasser einnehmen. Sie wurde daher abgelockert und fuhr zum Wasserkran, der sich in einiger Entfernung unterhalb der Straßenbrücke befindet. Als dann das Wasser eingelassen wurde, erfolgte die Explosion. Die Siederöhre platzte, und der heiße Wasserdampf strömte vorn und hinten aus der Lokomotive. Im Augenblick der Explosion standen in der Nähe der Maschine auch einige Bahnbeamte und Fahrgäste, die aber unverletzt blieben. Sie machten sich sofort an die Rettung des Lokomotivführers und Heizers. Nach wenigen Minuten konnten beide aus der Lokomotive herausgeholt werden. Der Lokomotivführer Hermann Verhahn, der verheiratet ist und in der Potsdamer Straße 17 zu Charlottenburg wohnt, war am schwersten verletzt. Er hatte am Oberkörper Brandwunden davongetragen und mußte nach Anlegung von Rotverbänden sofort nach dem Krankenhaus Moabit geschafft werden. Der Heizer Rehsfeldt war glimpflicher davongekommen. Er hatte durch den ausströmenden heißen Wasserdampf nur leichte Brandverletzungen an den Armen erlitten und begab sich selbst nach der Unfallstation in der Gutfenkestraße, um sich dort verbinden zu lassen. Auf der Unfallstelle trafen bald Ingenieure und Beamte der Maschineninspektion und der zuständigen Betriebsinspektion ein, um die nötigen Feststellungen zu machen. Die verunglückte Maschine wurde nach den Eisenbahnwerkstätten in Charlottenburg geschafft. Auch der Nordringzug 1727 wurde außer Betrieb gesetzt. Die folgenden Nordringzüge erlitten Verspätungen bis zu einer halben Stunde.

Eine Trauerfeier für den verstorbenen Reichstagspräsidenten fand gestern in der Dreifaltigkeitskirche in der Bauerstraße statt. In Anbetracht daran wurde die Leiche im feierlichen Zuge nach dem Lehrter Bahnhof mit dem in den Gesellschaftskreisen, welchen der Verstorbenen angehört, üblichen Pomp übergeführt. Die Trompeten des Regiments der Garde du Corps eröffneten den Zug, darauf folgten die Unterbeamten des Reichstages, der Verein der ehem. Garde du Corps, zwei Offiziere aus dem genannten Corps mit den Orden des Verstorbenen. Hinter dem Leichenwagen gingen die nächsten Leidtragenden, der erste Vizepräsident des Reichstages, der Stellvertreter des Reichskanzlers und zahlreiche Abgeordnete. Ein kaiserlicher Galawagen und Kranzwagen schlossen den Zug. Die Beteiligung der Abgeordneten wurde voraussichtlich größer gewesen sein, wenn nicht in letzter Minute noch die Anordnung wäre getroffen worden: Für Zivil: Kleine Uniform oder Frack, weiße Binde, schwarze Handschuhe. Die Familie des Verstorbenen und der Direktor des Reichstages, Geheimrat Jungheim, die gemeinschaftlich die Anordnungen getroffen haben, dürften sich mit Rücksicht auf die Feier, die durch den kaiserlichen Galawagen ein etwas höfliches Gepräge erhielt, zu einer solchen Kleidervorschrift verpflichtet gefühlt haben. Dabei haben sie aber übersehen, daß alle die Abgeordneten, die sich nicht mit einem Frack in Berlin versehen haben oder die, wie wohl die allermeisten sozialdemokratischen Abgeordneten für ihren gesellschaftlichen Verkehr eines Fracks überhaupt nicht bedürfen, durch diese Vorschrift von der Beteiligung ausgeschlossen wurden. Wir wissen von mehreren Abgeordneten, die im dunklen Gesellschaftszug an dem Leichenzug teilnehmen wollten und die sich auch bereits entsprechend gekleidet hatten, daß sie, nachdem ihnen diese Kleiderordnung zu Gesicht gekommen war, diese Absicht sofort aufgegeben haben. Sie wollten nicht ausfrönglich erscheinen.

Es wird es mit Ausländern gemacht! Diese Leckerung tat am Sonntag ein vor dem Zirkus Busch stationierter Schutzmann — einige Leute behaupten, es handle sich um einen Wachtmeister — einem Artisten gegenüber, der in das Zirkusgebäude gehen wollte. Bekanntlich fand am Sonntag im Zirkus Busch eine Versammlung der Drehbuben statt, die so stark besucht war, daß abgesperrt wurde. Da kommt ein Artist, der im Zirkus mit seinen dressierten Gunden auftritt, und will in das Gebäude, in dem er geschäftlich zu tun hat. Er wendet sich an den Leutnant und stellt ihm vor, daß er in das Zirkusgebäude — nicht zur Versammlung — müsse. Der Leutnant antwortet ihm, er habe nichts dagegen, wenn ihn der Portier hineinlasse. Bis zum Portier aber kommt der Mann erst gar nicht. Auf seinem Wege dahin tritt ihm ein Beamter entgegen, und ohne den Mann erst anzuhören, wozu er wolle, stößt er ihn zurück und tritt ihm auf die Füße. Der Fremde fragt: „Das ist wohl Ihr neuester Trick?“ und erhält als Antwort: „So wird es mit Ausländern gemacht!“ In das Gebäude ist der Artist in der Tat nicht hineingelangt.

Ausländer können dieses Benehmen unserer Polizeibeamten nicht begreifen. Das wird vielen Ausländern so gehen! Die Folge ist, daß Preußen in immer größerem Verruf im Auslande kommt.

Schutzmännchen auf dem Bürgersteig wurden gestern nachmittags in der Wilmstraße, Ecke Bäckerstraße, beobachtet. In der Gegend war eine nach Hunderten zählende Menge zusammengeströmt, die zum Teil die Schloßwache begleitet hatte und nun auseinanderzugehen beabsichtigte. Das muß den Beamten nun wohl nicht schnell genug gegangen sein, und so sprengten sechs Reiter unter die Menge, um sie auseinanderzubringen. Dabei genierten sie sich nicht, mit ihren Pferden auch auf den Bürgersteig zu reiten. Als ob der Bürgersteig für Schutzmännchen da sei!

Durch einen umfälligen Geldschrank schwer verletzt wurde gestern der 29jährige Arbeiter Rudolf Pawlow aus der Wuttmanstraße 2. P., der in der Geldschrankfabrik Arnheim beschäftigt ist, hatte mit anderen Arbeitern in der Kantstraße in Charlottenburg einen Geldschrank abzuliefern. Als die Arbeiter den Geldschrank vom Wagen herabheben wollten, geriet derselbe ins Ausweichen und die zwei Pentner schwere Last fiel dem P. auf das linke Bein. Der Arbeiter erlitt eine schwere Wunde am Unterschenkel, an dem das Schienbein bloßgelegt wurde, und einen doppelten Knochenbruch. Der Schwerverletzte wurde nach der Unfallstation am Kurfürstendamm gebracht, wo er Rotverbände erhielt, und von dort nach dem Krankenhaus Moabit übergeführt.

Mit Hofal vergiftet hat sich am Sonnabend abend das Dienstmädchen Barta, das bei einer Herrschaft in der Badstraße 47, Ecke Wuttmanstraße bedienstet war. Sofort wurde der in Hause wohnende Arzt Dr. Kleite herbeigerufen, der dem Mädchen Milch

einflößte. Dabei soll Herr Kleite geäußert haben: „Den Rummel kennen wir schon“ und sich entfernt haben mit den Worten: „Lassen Sie sie nur in der Erde liegen!“ Weil aber die Umstehenden trotzdem die Gefahr für das Leben des Mädchens größer hielten, als der Arzt Dr. Kleite, wurde nach der Unfallstation in der Hochstraße um Hilfe geschickt, die auch sofort gemährt wurde. Von dem Vertreter der Unfallstation wurde Gefahr im Verzuge festgestellt und sofortige Krankenhausüberführung angeordnet. Das Mädchen dürfte kaum mit dem Leben davonkommen.

Ein niederträchtiger Bursche ist doch manchmal der Druckfehler. In unserer Sonnabendnummer berichteten wir von einem Lotterieschwindler, der im Westen Berlins und in Charlottenburg sein Wesen treibe. Der sicher auftretende junge Mann nenne sich Willi Koch und gebe an, in Schöneberg, Neurichter, 6, zu wohnen; die Angabe sei aber falsch. Dann heißt es in der Notiz: „Für die schon in wenigen Tagen stattfindende Ziehung offeriert der Schwindler Loe, die meistens von Verkäuferinnen, Dienstmädchen usw. zum Preise von 3 M. gekauft werden.“ In dem Worte „Loe“ fehlt das „i“, so daß es „Lose“ heißen muß. Und weil dieser Buchstabe fehlt, erjucht uns ein Herr Loe, der in der Gubrystraße wohnt, um die Feststellung, daß er kein Schwindler sei.

Von einer Droschke überfahren und getötet wurde vorgestern abend um 8 1/2 Uhr eine unbekannte Frau vor dem Hause Leisingstr. 19. Ein Schutzmann brachte die Verunglückte nach dem Krankenhaus Moabit, wo sie bald nach der Aufnahme starb. Sie ist etwa 50 Jahre alt, 1,57 Meter groß und unterseht, hat graugemischtes Haar und trug eine rote Bluse mit kleinen schwarzen Feldern, einen schwarzen Rock, einen dunklen Umhang und hatte keine Kopfbedeckung.

Ein ganz gefährlicher Schlafstellerschwindler ist von der Polizei verhaftet worden. Der angebliche Sekretär Paul Wendt pflegte von einer Schlafstelle zur anderen zu wandern und dort dreißig Diebstähle auszuführen. Er stellte sich als Sekretär vor und führte, sobald er allein in der Wohnung war, Diebstähle aus. Ebenso pumpte er seine Wirtheute auch noch an und in den allermeisten Fällen mit Erfolg. Auf Veranlassung einer in der Banghansstraße wohnhaften Vermittlerin, die der Gauner um 20 M. geprellt hatte, wurde W. festgenommen. Bei seiner Vernehmung entpuppte er sich als ein schon längst gesuchter gewerblicher Schlafstellendieb, der sein Gewerbe in großem Umfange betrieb.

Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich vorgestern abend gegen 7 Uhr vor dem Hause Alexanderstraße 19. Dort trat die 42jährige Frau Karoline Wendt aus Werder a. S., die hier bei Verwandten zu Besuch weilte, unmittelbar vor einem herannahenden Straßenbahnwagen der Linie 35 auf das Gleis und wurde umgehoben. Die Frau geriet unter den Vorderperren des Bahnwagens und erlitt einen Bruch beider Schlüsselbeine sowie Schulterluxationen an Gesicht und Händen. Die Verunglückte erhielt auf der Unfallstation in der Alten Schönenstraße die erste ärztliche Hilfe und wurde dann nach ihrer Wohnung übergeführt.

Ein anderer Straßenbahnunfall trat sich in der Karlsruher Straße 21 in Rixdorf kurz vor einem Zuge der Linie 32 auf die Schienen und wurde zu Boden gerissen. Er geriet unter den Schuttrahmen und erlitt mehrere Kopfverletzungen. Er erhielt in der Charité einen Rotverband und konnte sich allein nach seiner Wohnung begeben.

Ein dreijähriger Knabe wurde in Treptow umherirrend aufgefunden und auf der dortigen Polizeiwache abgeliefert. Der Knabe ist blond und beseidet mit blauem Mäntelchen, weißer Mütze, braunen Schuhen, braun und grün gestreiften Strümpfen, weißem Schal und dunkelblauem Sweater. Er kam aus der Rixdorf Gegend gelaufen.

Städtische Kochschule, N. 59, Dunderstr. 65/66. Das Sommerhalbjahr beginnt Anfang April. Die gute, bürgerliche Küche wird gelehrt. Es findet Vor- und Nachmittagsunterricht statt. Bei einmaligem wöchentlichen Besuche der Kochschule beträgt das Schulgeld 6 M., bei zweimaligem Besuche 12 M. Das Schulgeld berechtigt zur unentgeltlichen Teilnahme an einem Praktikum und Schneidkursus in einer städtischen Fortbildungsschule. Anmeldungen werden in der Kochschule Dunderstr. 65/66 ausschließlich der Ferien von 1 1/2 — 2 1/2 Uhr entgegengenommen.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Die Schöneberger Stadtverordnetenversammlung gegen die Wahlrechtsvorlage.

In der letzten Sitzung, die von unserem Genossen Rottenbuhz geleitet wurde, kamen die beiden Anträge der sozialdemokratischen und liberalen Fraktion gegen die preussische Wahlrechtsvorlage zur Beratung. Wir haben dieselben vor acht Tagen in ihrem Wortlaut wiedergegeben. Der Unterschied der beiden Anträge lag darin, daß der sozialdemokratische Antrag das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für alle Erwachsenen ohne Unterschied des Geschlechts forderte, während der liberale Antrag die Einführung des Reichstagswahlrechts für Preußen verlangte.

Den Antrag der liberalen Fraktion begründete Stadtv. Gottschall keine Vorlage der preussischen Regierung hat so viel Erregung hervorgerufen wie die Wahlrechtsvorlage. Die Stadtverordnetenversammlung mußte sich mit derselben beschäftigen, wobei jedes Parteinteresse auszuschleichen habe. Die Zuständigkeit könne nicht bezweifelt werden. Die Bürgerchaft Schönebergs sei daran interessiert, daß sie eine ihrer Einwohnerzahl entsprechende Vertretung im Abgeordnetenhaus hat. Das Wahlgesetz entspreche nicht den Grundfragen der Gerechtigkeit. Wollte die preussische Regierung keine Parteiregierung sein, so müssen die Stimmen der Kommunen gehört werden.

Stadtv. Wernstein (Soz.) führte in der Begründung des sozialdemokratischen Antrages etwa folgendes aus: Unsere Fraktion hält es für notwendig, daß in der Petition auf die Versprechungen in der Thronrede von 1908 hingewiesen wird, in welcher in Aussicht gestellt wurde, daß die organische Fortentwicklung des Landtagswahlrechts der wirtschaftlichen Entwicklung, der Ausbreitung der Bildung und des politischen Verständnisses sowie der Erklarung des staatlichen Verantwortlichkeitsgefühls entsprechen soll. Zunächst muß eine Neueinteilung der Landtagswahlkreise gefordert werden. Aus der jetzigen Einteilung hat Schöneberg noch ganz besondere Nachteile. Ist denn der Ausbreitung der Bildung dadurch Rechnung getragen, wenn z. B. den 8148 Wählern des Kreises Holland-Wohrungen dieselben Rechte eingeräumt werden wie den 78 300 Wählern des Wahlkreises Schöneberg-Rixdorf? Ist denn dort die Intelligenz um so viel höher als in Schöneberg? Wenn etwa die Gesetzgeber der Ansicht sein sollten, so muß die Bürgerchaft Schönebergs ihre Gegenansicht kundgeben und zwar so energisch wie möglich. Wenn die jetzige Wahlrechtsvorlage Gesetz werden sollte, so verteilen sich die Wähler auf die einzelnen Abteilungen nicht einmal in dem Maße, wie es bei der Aufzählung der bestehenden Wahlrechts von den damaligen Regierungsvorlegern berechnet worden ist. Das soll nun der große Fortschritt sein, der in zwei Generationen erreicht worden ist. Die ganze Zusammenfassung des Landtages entspricht in keiner Weise dem

Wahlrechtsverhältnissen. Denjenigen, die ihre Bildung lediglich aus den Kreisblättern entnehmen, steht der größte Einfluß auch fernherhin zu. Man könnte fast auf die Wahlrechtsvorlage den Satz anwenden: „Je dämmer, desto größer das Stimmrecht!“ Die Mehrheit der Bevölkerung wird künstlich in die Minderheit versetzt. Ist es nicht eine direkte Verleumdung der Bevölkerung, wenn den Militäranwärtern ein größeres staatliches Verantwortungsbewußtsein zugesprochen wird? Die Sozialdemokratie verlangt die Ausdehnung des Stimmrechts auf alle Mündigen ohne Unterschied des Geschlechts. Durch die jetzige wirtschaftliche Entwicklung werden die Frauen immer mehr in die Berufstätigkeit hineingezogen. Die sozialdemokratische Fraktion ist jedoch davon überzeugt, daß die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung dem sozialdemokratischen Antrage, auch den Frauen das Stimmrecht zu gewähren, nicht zustimmen wird. Um nun aber einen möglichst einheitlichen Protest gegen die Wahlrechtsvorlage zustande zu bringen, wird die sozialdemokratische Fraktion ihren Antrag zurückziehen und geschlossen für den liberalen Antrag stimmen. Der Antrag wäre nur noch dahin abzuändern, daß die Petition an beide Häuser des Landtags zu richten ist. Wir haben auch nicht zu bitten, sondern zu fordern.

Stadtv. Luleh (Lib. Vereinig.) sprach seine Genehmigung darüber aus, daß die Sozialdemokraten ihren Antrag zurückgezogen haben. Seine Fraktion werde ebenfalls geschlossen für den Antrag der liberalen Fraktion stimmen, damit auch in Schöneberg ein nachhaltiger Protest gegen die Vorlage eingelegt wird.

Stadtv. Schneider (Unabh. Vereinig.), der mit allgemeinem Gelächter empfangen wurde, erklärte, daß seine Fraktion nur für die geheime Wahl ist, sonst könne alles beim alten bleiben. Es sei nötig, daß die Wähler vor dem von einer gewissen Seite ausgehenden Terrorismus geschützt werden. Seine Fraktion werde dem liberalen Antrage nicht zustimmen, damit es nicht auch in Schöneberg heißt, der Protest gegen die Wahlrechtsvorlage ist einstimmig erfolgt.

Stadtv. Ritter (Soz.) wies darauf hin, daß Herr Schneider am allerwenigsten Ursache hat, sich über Terrorismus zu beklagen. Wenn er Anhänger des Dreiklassenwahlrechts sei, so helfe er damit einen Terrorismus auf die übergroße Mehrheit der Bevölkerung ausüben. Auch beschleibe sich Herr Schneider persönlich eines ausgebeuteten Terrorismus seinen untersten Beamten gegenüber. Das Grundprinzip des Herrn Schneider sei eben, gegen alle vorwärtsstrebenden Anträge zu stimmen und sich gegen jede Vernunft und Gerechtigkeit zu wenden.

Der Antrag der liberalen Fraktion wurde darauf mit der vom Stadtv. Vornstein (Soz.) empfohlenen Aenderung mit 52 gegen 6 Stimmen angenommen.

Die Versammlung beschäftigte sich dann weiter mit den Beratungen der Einzelrats. Genehmigt wurden ohne wesentliche Aenderungen der Etat der Hoch- und Tiefbauverwaltung und der Kanalbauverwaltung. Bei der Rieselgutverwaltung wurde der Magistrat aufgefordert, Mitteilungen darüber zu machen, warum die Erträge der Jagd zurückgegangen sind.

Eine ausgedehnte Debatte entspann sich um den Untergrundbahnetat, der für das erste halbe Betriebsjahr einen Aufwand von 258.115 M. erfordert. Vom Magistrat wurde eine Vorlage verlangt, worin die Grundstücksanleger an der Bahn zu besonderen Abgaben herangezogen werden sollen. Der Magistrat erklärte, daß es jetzt unmöglich sei, solche Beiträge zu erheben; es müßte erst Klarheit über die Fortführung der Bahn geschaffen werden. Die Abstimmung über diesen Etat wurde ausgesetzt.

Einigen Aenderungen der Gefährtenordnung für die Benutzung der städtischen Krankentransportwagen wurde nach der Vorlage des Magistrats zugestimmt. Bei dieser Gelegenheit glaubte Stadtv. Starke (lib. Frakt.) der Ortstrankenkasse Schöneberg Unzulanz dem Magistrat gegenüber vorwerfen zu müssen. Stadtv. Magnan (Soz.) erwiderte aber, daß die Ortstrankenkasse nur pflichtgemäß gehandelt habe.

Bei Beratung eines Anstellungsvertrages mit dem Schmelz des Rieselgutes wendet sich Stadtv. Hoffmann (Soz.) gegen verschiedene darin enthaltene Bestimmungen. Der Vertrag wurde aber nach den Beschlüssen des Ausschusses genehmigt.

Zu der letzten Sitzung der Gewerkschaftskommission gab der Obmann zunächst den Jahresbericht für das Jahr 1909. Der Kommission sind 24 Organisationen mit circa 6000 Mitglieder angeschlossen.

Die Arbeiten der Kommission wurden in 18 Ausschüssen und 18 gemeinsamen Sitzungen erledigt, außerdem wurden drei öffentliche Versammlungen abgehalten. Im Jahre 1909 setzte wieder eine bessere Konjunktur ein, was zur Folge hatte, daß auch die Gewerkschaften wieder an Mitgliedern zunahm.

Das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaftskommission ist durchaus ein gutes. Die Arbeiten (Arbeitslosenanzahl, Stadtverordnetenwahlen usw.) wurden gemeinsam beraten und durchgeführt.

Die Arbeitslosenanzahl, die am 14. Februar stattfand, wurde nicht wie im November 1908 nach dem Meldesystem, sondern nach Hauslisten von Partei- und Gewerkschaftsangehörigen vorgenommen. Es wurden 3070 Arbeitslose gezählt. Die Stadtverordnetenversammlung hatte für die Zahlung eine Beihilfe von 544,85 M. gewährt. Die von der Partei und der Gewerkschaftskommission gemachten Feststellungen betreffs die Arbeitslosenanzahl wurden durch das Statistische Amt weiterbearbeitet. Um einige Unklarheiten zu beseitigen, wurden von dem Statistischen Amt Schöneberg von der Gewerkschaftskommission 6 Mann erbeten, welche eine Nachkontrolle vorzunehmen hätten.

Der Arbeitsnachweis hat sich in der Vermittlung etwas gehoben. Da die Räume sich als zu klein erwiesen, ist von den Deputierten der Arbeiter der Antrag gestellt worden, den Raum zu vergrößern. Der Antrag wurde angenommen und soll die Vergrößerung in diesem Jahre durchgeführt werden. Nachdem bemängelt worden war, daß in der Ortstrankenkasse Ueberstunden in größerer Anzahl gemacht worden waren, besetzte sich die Kommission mit der Angelegenheit. Um eine Einigung zu erzielen, hielt der Ausschuss im Auftrage der Kommission eine gemeinsame Sitzung mit dem Arbeitnehmer-Rassenvorstand ab. Es wurde hier festgelegt, daß die Beamten der städt. pro Kopf und pro Woche nicht mehr als zehn Ueberstunden machen dürfen, im aller äußersten Falle sollte nur bis zu fünfzehn Stunden gegangen werden. Mit diesem Beschlusse gab sich später auch das Komitee zufrieden. Die Rechtsauskunftsstelle der Gewerkschaftskommission befindet sich beim Genossen Kofanek, Weininger Str. 8. Es wurden bis Ende Dezember 1909 32 Auskünfte erteilt und zwar in Gewerbegerichts-, Invalidentät- und Unfallsachen, ebenso auf dem Gebiete des bürgerlichen Rechts.

Der Jugendausschuß hat den an ihn gestellten Anforderungen in jeder Hinsicht gerecht zu werden gewußt. Man ist jetzt zur Bildung einer Kommission zur Gründung eines Jugendheimis geschritten. Da er jetzt über 100 Mitglieder hat, ist er selbstständig geworden.

Das Abkommen mit dem Wahlverein betreffend die Entnahme von Wählern durch nur gewerkschaftlich organisierte wurde beibehalten. Die Beteiligung war etwas reger als im Vorjahre.

Einer Einnahme von 312 M. steht eine Ausgabe von 271,97 M. gegenüber.

Nach der Erstattung des Jahresberichtes wurden die Rentwahlen des Ausschusses vorgenommen. Wiedergewählt wurden als Obmann der Genosse Hentel, Stellvertreter Genosse Kofanek als Schriftführer wurde für den ausscheidenden Genossen Oskar Hagen, Genosse Otto

Schert gewählt. In den Jugendausschuß wurden die Genossen Klemann und Buchholz wiedergewählt.

Betreffend die diesjährige Reise wurde beschlossen, daß die Vormittagsversammlungen von den Gewerkschaften und die Besprechungen nachmittags von der Partei arrangiert werden sollen.

Rigdorf.

Bei der am Sonntag vollzogenen Wahl der Arbeiterbeisitzer am tiefsten Gewerbebericht wurden insgesamt 7899 Stimmen abgegeben, davon entfielen auf die Liste der freien Gewerkschaften 7310 Stimmen, das sind 941 Stimmen mehr als im Jahre 1908. Auf die Gegenkandidaten, die am Wahltage nach vierjähriger Pause wieder auftauchten, vereinigten sich ganze 88 Stimmen, so daß unsere Liste glatt gewählt ist. An sich ist die erreichte Stimmenzahl ja gegen die früherer Jahre erfreulich, aber dennoch muß konstatiert werden, daß ein nicht unerheblicher Teil der Arbeiter sich an der Wahl nicht beteiligt hat. Die Arbeitgeberbeisitzer wurden am Montag gewählt. Von den rund 2400 eingeschriebenen Wählern haben nur 639 ihr Stimmrecht ausgeübt. Die Liste des Innungslängels erhielt 416, die der Gewerkschaftskommission 223 Stimmen. Ein solches Resultat ist nicht erwartet worden, wieweil unsere Stimmenzahl gegen 1908 um 106 gestiegen ist. Die Arbeiterschaft hat mit aller Macht dahin zu wirken, daß dieser Sieg der Innungshelden beim Rigdorfer Gewerbebericht der letzte ist, den sie erringen haben.

Um dieses zu erreichen, muß in erster Linie die Beteiligung an den Wahlarbeiten allgemeiner und lebhafter werden. Im Kampf gegen uns haben die Innungshelden vor den insansichten Verdächtigungen nicht Halt gemacht, was aus dem Flugblatt des Innungsausschusses zur Genüge hervorgeht. In demselben heißt es u. a.: „Das Gewerbegericht ist ferner berufen, anbrechende Streiks durch sofort einzuleitende Vermittelung im Keime zu ersticken und somit segensbringend für Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu wirken. Die Arbeiter haben nun bereits eine sehr ruhige Agitation entfaltet, um Leute zu wählen, die stets das Interesse der Arbeiter, aber niemals das der Arbeitgeber wahren. Selbst bei den Wahlen der Arbeitgeber sucht die Arbeiterpartei dadurch für ihre Sache zu wirken, daß sie Leute als Arbeitgeberkandidaten aufstellt, die durch ihre wirtschaftliche Stellung genötigt sind, als gewählte Beisitzer für die Interessen der Arbeiter zu stimmen. Wir sind weit entfernt, die Rechte der Arbeiter schmälern zu wollen, aber ebensoviele wollen wir uns auch unsere Rechte nicht nehmen lassen. Treten wir bei dieser Wahl nicht Mann für Mann an, dann wird es passieren, daß die Rigdorfer Arbeitgeber vor dem Gewerbegericht niemals recht bekommen werden. Welcher Schaden für die Gewerbebetreibenden dadurch hervorgerufen werden kann, ist gar nicht abzusehen.“

Dieses Flugblatt ist, wie klar ersichtlich, geboren aus niederträchtigem Haß gegen die Arbeiterbewegung. Als Gipfel der Unverschämtheit muß die Behauptung bezeichnet werden, daß die Arbeiterpartei Leute als Kandidaten aufstellt, die Grund ihrer wirtschaftlichen Stellung genötigt sind, ausnahmslos ihr Veto zugunsten der Arbeiter abzugeben. Die einzig wirksame Antwort auf solche Verdächtigungen kann nur darin bestehen, daß bei den nächsten Wahlen, trotz der verzweifeltsten Anstrengungen der Innungen und kommunalen Vereine, unsere Liste gewählt wird.

Lichtenberg-Rummelsburg.

Der Wahlrechtsvorlage der Regierung scheint das Bureau der Lichtenberger Stadtverordnetenversammlung gleichgültig gegenüber zu stehen. Kaum an zwei Wochen hat es nämlich gebraucht, um folgenden Antrag unserer Genossen auf die Tagesordnung der am Donnerstag, den 24. Februar, 6 Uhr, stattfindenden Sitzung zu setzen:

Die Versammlung wolle beschließen, eine Petition an das Haus der Abgeordneten abzugeben, in der dem Standpunkt der Lichtenberger Bürgerchaft die sogenannte Wahlrechtsreform in Preußen in ihren Wirkungen auf die politische Entrechtung der breiten Masse des Volkes dargelegt und das Haus der Abgeordneten ersucht wird, die Wahlvorlage abzulehnen, ferner den Magistrat zu ersuchen, dem Beschlusse der Versammlung beizutreten.

Zur Eingemeindungfrage Lichtenberg-Rummelsburgs.

Die für die Eingemeindung Rummelsburgs in Lichtenberg eingesetzte Kommission hat der Eingemeindung im Prinzip zugestimmt. Die Bedingungen, unter denen die Eingemeindung zu erfolgen hat, sollen erst nach Feststellung der beiderseitigen Etats festgesetzt werden.

Friedenan.

Aus der Gemeindevertretung. Die Einwohnerzahl stieg vom 1. November 1909 bis 31. Januar d. J. um 678 und betrug an diesem Tage 81.016. Gemeindevorsteher Dr. berichtet über die Ausgaben der Ordentlichen Verwaltung. Es sind dies Vorschläge für die Allgemeine Verwaltung, Hochbau und Baupolizeiverwaltung, Vollzeilverwaltung, Grundeigentum, Armenverwaltung, Tiefbau, Straßenreinigung und Steuern. Veranschlagt waren 884.004 M., ausgegeben sind 928.464 M., so daß eine Mehrausgabe von 44.460 M. herauskommt. Die Mehrausgabe beträgt bei der Gemeindeverwaltung 1345 M., Grundeigentum 850,30 M., Armenverwaltung 11.655 M., Straßenreinigung 1192 M., Steuern 830 M. Ueber Ausgaben der außerordentlichen Verwaltung berichtete Gemeindevorsteher Domuth. Die für den Rathausbau eingesetzte Summe wurde um nur 1800 M. angegriffen, so daß 48.200 M. auf das nächste Jahr übertragen werden konnten. 34.000 M., welche für Kapitalisierung der Widmungsfrage eingesetzt waren, wurden, da die Herstellung dieser Straße im Berichtsjahre nicht erfolgte, nicht verausgabt. Die Kapitalisierung der Könnbergstraße erforderte 13.500 M. (Veranschlagt waren 18.000 M.) Ferner wurden ausgegeben für Sprengwagen 4000 M., für Befestigung und Malerarbeiten in der Luisen 2162,51 M. Die Summe von 22.979 M., welche noch für das Elektrizitätswerk verausgabt wurde, beantragt der Ausschuss mit auf die 1/2 Millionen Anteile zu übernehmen. Dasselbe soll mit 10.279,88 M., welche für die höhere Mädchenschule verausgabt sind, gedeckt. Es wurde demgemäß beschlossen. Der Bericht über die Einnahmen weist gegenüber dem Vorschlage bedeutende Mehrerinnahmen auf. Nach Abzug von 100.000 M., welche zur Solvenzierung des Vorschlages eingesetzt waren, wurde ein Ueberfluß von 282.048 M. erzielt. Die Mehreinnahmen verteilen sich auf die einzelnen Posten wie folgt: Bauverwaltung 9000 M., Armenverwaltung 8320 M., Entwässerungsgeldern 129.140 M., Einkommensteuer 8990 M., Gewerbesteuer 3600 M., Grundsteuer 18.010 M., Umfahsteuer 43.400 M., Elektrizitätswerk 23.880 M. Eine Zweiggeschäftssteuer, welche mit 4000 M. eingelegt war, fiel aus, da die Regierung zur Erhebung derselben ihre Zustimmung verweigerte. Die Gesamteinnahmen belaufen sich auf 1.992.848,78 M., die Ausgaben auf 1.418.152 M., so daß die Mehreinnahme 574.696,78 M. beträgt.

Anlässlich der im nächsten Monat stattfindenden Gemeindevertreterswahlen dürfte es von Interesse sein, sich einmal die Gemeindevertretung in ihrer Zusammensetzung anzusehen. Die Gemeindevertretung besteht aus: 3 Architekten, 1 Spolienbestreuer, 1 Buchdruckereibesitzer, 2 Chemikern, 1 Gastwirt, 1 Geh. Hofrat, 1 Gemeindevorsteher, 1 Hauptmann a. D., 1 königlichen Kommerzienrat, 1 Geheimen Kanzleirat, 2 Palastmeistern, 1 Oberlehrer, 2 Geheimen Rechnungsräten, 1 Rechnungsrat, 1 Rechtsanwält, 2 Rentnern. Wer laut da nicht? Wenn diese Leute behaupten, sie vertreten nebenbei auch Arbeiterinteressen. Schon diese Zusammensetzung muß für jeden Arbeiter ein Anstoß sein, bei der Wahl alles daran zu setzen, um einem Vertreter seiner Klasse, einem Sozialdemokraten, zum Siege zu verhelfen.

Zehlendorf (Bannseebahn).

Gegen die Richtigkeit der Aufstellung der Wählerliste zur Gemeindevahl hatte der Geh. Registrator Damm Einspruch erhoben, weil circa 40 nomhaft aufgeführte Forenisten nicht in die Liste aufgeführt waren. Bei der Debatte, die sich in der Gemeindevertretung hierüber entspann, nahm Herr Wünger Gelegenheit, auf die Eigenart der diesmaligen Aufstellung der Wählerliste hinzuweisen. Seit Jahrzehnten waren einfach alle Forenisten aufgenommen worden, ohne daß sich irgend jemand um die Bestimmung des § 45 der Landgemeindevahlordnung gekümmert hätte. Da hatten die Herren nämlich selbst immer den Nutzen davon. Der Beamte, der bisher die Liste aufgestellt hat, hat sich auch nicht erst Kopfzerbrechen über den Inhalt der fraglichen Bestimmung gemacht, bis er jetzt, man spricht auf Grund einer Einwirkung der Gemeindevorsteher, begann, die Bestimmung auszuliegen. Möglich ist man zu der Auffassung gekommen, daß ein Grundstück 4500 Quadratmeter groß sein muß, um dem Inhaber das Stimmrecht zu sichern. Weshalb der § 45 der Landgemeindevahlordnung so interpretiert wird, darüber wußte auch der Bürgermeister nicht mitzutheilen. Als Herr Wünger von der Gelegenheit Kenntnis erhielt und den Bürgermeister Köster zur Rede stellte, war dieser ganz erstaunt; er mußte von einer solchen Forderung überhaupt nichts. Bei nochmaliger Rücksprache erklärte er dann, daß er den Beamten zur Rede gestellt habe, im übrigen aber dessen Vorgehen billige. Gewiß ein ganz merkwürdiges Verfahren, das einen eigenartigen Schein auf die Selbstständigkeit unserer Beamten wirft. Mit Recht betonte Herr Wünger, daß die Beamten nur so handeln, weil sie es sich bei ihrem Chef erlauben dürfen. Da auch in anderen Orten eine Entscheidung über die Auslegung des § 45 herbeigeführt werden dürfte, wird der Gemeindevorsteher und mit ihm der die Liste aufstellende Beamte schon erfahren, ob ihre willkürliche Ausnahme richtig ist.

Bei dem Einspruch unseres Genossen Paulk, dessen Wahlrecht auf Grund des § 44 ruhen soll, zeigte sein Mitglied des Gemeindevorstandes oder der Vertretung eine Fähigkeit zur Rechtsfindung. § 44 sagt klar und deutlich: Das Wahlrecht ruht bei Gemeindeunterstützung während sechs Monaten nach dem Empfang der Unterstützung. W. hat seit zwei Jahren ein Kind in der Taubstummenanstalt auf Kosten der Gemeinde. Dieser Umstand wird ausgenützt, ihm das Wahlrecht zu nehmen, wahrscheinlich, indem die Vertretung einen dauernden Unterstüßungsfall annimmt. Nun, W. wird der Gemeindevertretung die Möglichkeit geben, an anderer Stelle ihre Gesetzeskenntnis noch näher zu beleuchten.

„Ein warmes Herz für die Arbeiterschaft“ hat aufgehört zu schlagen. Herr Kienlamer, seines Zeichens Schriftsteller und Anhänger des Zentrums, hat sein Mandat niedergelegt. Grund zur Niederlegung hat ihm die Tatsache gegeben, daß der Gemeindevorstand wieder einmal einen Standpunkt aufgegeben hat, den er bisher verteidigte. Nebenbei sei unserem Gemeindevorstand durchaus nichts Neues; hat er das Wechseln seiner Meinung doch bis zur Virtuosität ausgebildet, je nachdem die eine oder die andere Clique gerade das Uebergewicht besitzt. Der gemeine Votivwert, der noch vor einigen Monaten als der richtige Maßstab für die Einschätzung zu den Kanalisationsgebühren gegolten hat, hat dem Frontmetermaßstab weichen müssen, für den sich inzwischen eine Mehrheit gefunden, und pflichtschuldigst bekennt sich auch der Vorstand zu der neuen Richtung. Die Furcht vor entstehenden Prozessen muß jetzt dazu dienen, den Meinungswechsel zu begründen. In der Vertretung wurde darauf hingewiesen, daß durch diesen Mobus die Wähler in der besseren Lage Zehlendorfs zu sehr begünstigt werden, weil für sie die Kanalisation infolge besserer Ausnützungsmöglichkeit einen höheren Wert hat. Demgegenüber betonte die andere Seite, daß dabei durch Zahlung höherer Kanalisationsgebühren durch diese Anlieger ja wieder ein gerechter Ausgleich geschaffen würde. Unsinzig ist es aber, wie von einigen Herren wieder behauptet wurde, daß die Wähler der ungeheuren umliegenden Ländereien nicht herangezogen werden dürften — wie es bei Erhöhung der Grundsteuer und Uebernahme der ganzen Lasten auf die Gemeinde geschähe — weil sie keinen Nutzen von der Kanalisation haben. Herr Pafewald rechnete sogar einen Schaden für diese Armen heraus. Die Herren werden sich ins fänsliche Lachen, wenn sie den Grundsatz: „Nehmen ist seliger denn geben“, in die Praxis umsetzen und die durch die Kanalisation gesteigerten Gewinne bei dem Verkauf ihrer Ländereien einstreichen. Im übrigen ist nach unserer Meinung die Art der Beitragserhebung für die Mieter eine mehr gleichgültige, weil sie bei jeder Art die Leidtragenden sein werden. Schon jetzt sind ja, wie festgesetzt wurde, von 25 bis 30 Proz. der Miete mit Bezug auf die Kanalisation ganz gewaltige Steigerungen vorgenommen worden und die anderen werden folgen. Während aber die Arbeiterschaft von dem von ihm selbst erdachten warmen Herzen des Herrn Kienlamer für sie nie etwas zu spätern bekam, hat es noch bei dieser Gelegenheit recht kräftig für die „armen Villenbesitzer“ schlagen können. Mit welchem Erfolge wird erst die Zeit lehren, wenn man sich über die Art der Erhebung einmal geerregt haben wird. Ob bis dahin der Vorstand noch einmal seinen Standpunkt ändern wird, wie Herr Kienlamer sagte, ist abzuwarten. Das plötzliche Ausschreiten des Herrn Kienlamer ließ dann selbst bei Herrn Hammer den Wunsch entstehen, daß endlich ein paar Sozialdemokraten gewählt werden möchten, damit wieder mehr Positives durch die Vertretung geteilt werden könne. Hoffentlich sorgt die Arbeiterschaft dafür, daß dieser Wunsch bei der nächsten Wahl erfüllt wird.

Der Vernehmung der Vertretung um drei Vertreter wurde nun endlich zugestimmt. Die Schöffen werden auf sechs verneuert, von denen einer befohlen ist. Das so geänderte Ortsstatut tritt, vorbehaltlich der Genehmigung durch den Kreis-Ausschuß, mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft.

Treptow-Baumschulweg.

Mit den Gemeindevahlen beschäftigte sich eine außerordentliche Generalversammlung des Wahlvereins. Nach einem einseitigen Referat des Genossen Reichardt-Marindorf wurden als Kandidaten folgende Genossen aufgestellt: für den 2. Bezirk: Hartmann, Metallarbeiter; für den 3. Bezirk: Müller, Lithograph; für den 4. Bezirk: Henzel, Fleischer. Nachdem die Wahlen für die Kreisvorstandsbildung, Kreisgeneralversammlung von Groß-Berlin vorgenommen, wurden Genosse Werner als Beisitzer und Genosse Voigt als Mitglied der Lokalkommission für den Ortsteil Treptow gewählt.

Unter Verschiedenem brachte Genosse Freitag die schon lange als unerträglich empfundenen Wegeverhältnisse des Junges zur IV. Gemeindevahl zur Sprache. Es handelt sich um das unbedeute Gelände im Zuge der Größstraße bis zur Eisenstraße. Dieser Weg wird, da er für die Kinder der Kleingartenstraße bis zur Klingbahn und Weermannstraße der nächste ist, von diesen sowie auch von Erwaachlenen stark benutzt. Nun befindet sich das Gelände aber bei Regenwetter in einem so miserablen Zustande, daß die Kinder bis zu den Knöcheln im Schmutze waten müssen. Wenn sie zur Schule kommen, haben die meisten bereits nasse Füße; es ist daher kein Wunder, daß bei stundenlangem Sitzen mit diesen feuchten Schuhen sich die Kinder erkälten.

Hedner betonte auch, daß der Weg täglich mehrere Male von einer großen Zahl Arbeiter und Arbeiterinnen passiert wird, die in den Fabriken in der Eisenstraße arbeiten. Selbst wenn die Behörde den Einwand erhebe, daß sich das Grundstück in privatem Besitz befindet, könne sie von der Schuld an diesen elenden Wegeverhältnissen nicht freigesprochen werden. Bei etwas Energie ließe sich dieser Mißstand schon beseitigen.

Auch wurde über die primitiven Wohnverhältnisse des von drei bewohnten Häusern umgebenen Neubaus Bouchéstr. 80 Klage geführt und der Behörde anheingelassen, hier Wandel zu schaffen.

Rahnsdorf.

Der Kampf um das Mandat der dritten Klasse für die Gemeindevertretung hat bereits lebhaft eingesetzt. Während die erste und zweite Klasse ihre alten Vertreter ernannt, werfen sich jetzt die verschiedenen bürgerlichen Interessengruppen, die sich sonst den Zusehler um die kleinen Steuerzahler kümmern, auf die dritte Klasse, um ihr

„geeignete“ Kandidaten zu empfehlen, die in hohem Grade die Fähigkeit haben sollen, die Interessen dieser die Mehrzahl der Bevölkerung bildenden Klasse zu vertreten; „geeignete“ Kandidaten, von denen ihre intimsten Freunde das Urteil abgeben, daß sie für alle Dinge wenig, für die Kommunalpolitik aber gar kein Verständnis haben. Bisher haben die Bürgerlichen die Gemeindevertretung so zusammengesetzt, daß sie sich abwechselnd ihre Anhänger offerierten und wählten. Verstanden diese auch nichts, so hatte doch jede Interessengruppe in der Vertretung Sitz und Stimme. Die Stagnation Mahndorfs, die Ueberlieferung des Gastwerks an einen Privatunternehmer, sowie die Ausgemeindungsfrage der Kolonie Gelsenwinkel (des besten Steuerzahlers der Gemeinde) sind Ergebnisse einer derartigen Vertretung. Jetzt, wo die Neuwahlen bevorstehen, will natürlich keiner der Schuldigen sein; die eine Seite spricht der bisherigen Gemeindevertretung, die andere Seite dem Gemeindevorsteher die Fähigkeit ab, den gestellten Anforderungen gewachsen zu sein. Recht haben beide. Erklärlicherweise sträubten sich jetzt auch die bisherigen Vertreter mit Händen und Füßen, öffentlich Rechenschaft abzulegen. In Ermangelung von Vermittlungsgründen verschlangen sie sich hinter die toten Buchstaben der Landgemeindeordnung, wie es Herr Schramm so schön tat; sie behielten sich das Recht vor, Verzicht zu geben, wo es ihnen paßt, und damit basta. Begünstigung durch dieses eigenartige Verhalten dieser Herren, das überall Empörung hervorgerufen hat, mußten unsere Genossen jede Gelegenheit wahrnehmen, um diese zu stellen. Gelegenheit gab dazu am vergangenen Sonntag eine von Bürgerlichen einberufene Wählerversammlung, zu der wenigstens ein Teil der Gemeindevorsteher erschienen waren. Genosse Sydow ging unter allgemeiner Zustimmung mit der Vertretung derartig ins Gericht, daß selbst die „Niederbarnimer“ erklären mußten, die Gemeindevertretung habe sehr schlecht abgeschnitten. Die am letzten Sonntag stattgefundene Wählerversammlung, in der Genosse Sydow als Kandidat für die dritte Wählerklasse referierte, bewies gleichfalls das Interesse der Arbeiterschaft an der bevorstehenden Wahl. Kandidaten für die dritte Klasse hat bis jetzt aufgestellt der Grundbesitzer- und der Ortsverein („Wiesenspießer“). Während ersterer auf seine Vereinsbrüder reflektiert, will letzterer mit Hilfe der zu Unrecht in der Wählerliste geführten Forenisten in die Gemeindevertretung ziehen.

Die Arbeiterschaft hat den Kampf gegen die jetzige Gemeindevertretung aufgenommen und wird nicht eher ruhen, bis diese eine Zulassung erfahren hat, die ihren Aufgaben gewachsen ist.

Bergfelde (Niederbarnim.)

Eine unverhoffte Absuhr holte sich am vergangenen Sonntag der im Kreise Niederbarnim als konterbater Scharfmacher bekannte Antisemitenhauptling Döring. In einer vom Grundbesitzerverein einberufenen Wählerversammlung präferierte er sich nach erzwungener Bureauwahl als Mittelstandsreiter und Sozialistenfeind. Oft von unwilligen Zwischenrufen unfreier provozierten Genossen unterbrochen, zitierte er in sinnentstellender Weise Heine und Legien über StraßenDemonstrationen und ließ Herrn Steinhäuser, den Antisozialisten, wie einige längst widerlegte abgestandene Lügen aufmarschieren. Ihm traten die zufällig anwesenden Genossen Liebold und Lucher sowie Gemeindevorsteher Genosse Buchholz in so wirksamer Weise entgegen, daß darauf selbst bürgerliche Diskussionsredner behaupteten, Herrn Döring demütigt zu haben. Als dieser gar die eventuelle Wahl von Sozialdemokraten als gleichbedeutend mit Nihilwirtschaft und Unglück hinstellte, war sein Schicksal besiegelt. Lächerlichkeit tödtet. Unter schadenfrohem Gelächter wurde ihm entgegengehalten, daß zu allgemeiner Zufriedenheit schon jetzt zwei Sozialdemokraten im Ortsparlament sitzen, ohne daß die von ihm prophezeiten Folgen bis jetzt eingetreten wären. Aufgestellt wurden als Kandidaten der dritten Klasse für die Sozialdemokratie Genosse Schmidt, von bürgerlicher Seite die Herren Basse und Holz. Die Aussichten für unsere Kandidaten sind günstig.

Spandan.

Ein größeres Schadenfeuer wütete in der Nacht zum Sonntag auf dem Hofgrundstück des Hauses Potsdamer Str. 40. Dort befanden sich in einem Fachwerkgebäude einige Räume, die zur Lagerung von alten Kisten, Packmaterial usw. dienen. In dem Pferde stall befanden sich zwei wertvolle Pferde des Tierhändlers Moschowitz. Diese Pferde konnten nicht mehr gerettet werden, da das Feuer bereits große Ausdehnung gefunden hatte als es bemerkt wurde. Ebenso sind 14 Hühner verbrannt. Ueber die Entstehungsurache ist nichts bekannt. Die freiwillige Feuerwehr feierte an diesem Abend gerade ihr Stiftungsfest und es mußten die Mitglieder direkt vom Vergnügungstisch aus zur Bekämpfung des Feuers ausrücken.

Ein bedauerlicher Unfall ereignete sich gestern vormittag im Rabelwerk der Siemens-Schuckertwerke am Nonnenbäumchen. Beim Nachforschen nach der Ursache eines nicht richtig funktionierenden Motors, der mit einer Ölpumpe direkt gekoppelt ist, geriet ein Arbeiter, nachdem der Motor aus Versehen in Betrieb gesetzt wurde, mit der rechten Hand in die Zahnräder. Die Finger wurden ihm fast gänzlich abgetrennt. — In der vergangenen Woche wurden einer Arbeiterin an der Presse die Finger der linken Hand abgequetscht. Kleinere Unfälle kommen fast täglich vor. Die Häufigkeit der Unfälle führen die Arbeiter auf das im Werk geübte Sparsystem zurück.

Zu wiederholten Malen sind schon auf einen Teil des zugeschütteten Ballgrabens in der Nähe des Neubaus der Landes-Turnanstalt Pferde in dem schlammigen Boden eingesenken. Am Sonnabend sogar viermal hintereinander. Die Tiere versinken bis an den Bauch und es macht große Mühe, sie wieder herauszubekommen. Kein Mensch von der Stadtverwaltung bekümmert sich aber um das Sumpfloch. Es wird weder umzäunt noch sonstige etwas zur Verhinderung solcher Vorkommnisse getan. Die Sache wird wieder so lange gehen, bis ein größeres Unglück passiert ist. So gut Tiere dort einsinken, kann auch leicht ein Mensch an dieser Stelle in Gefahr geraten, namentlich in der Dunkelheit.

Potsdam-Rotwalde.

Im königlichen Schauspielhause findet am 5. März eine Extravorstellung des Lustspiels „Dr. Claus“ von L'Arronge statt. Zu dieser Vorstellung geben die Bildungsanstalten Potsdam und Rotwalde Billets zu ermäßigten Preisen ab, um der Arbeiterschaft einen recht genussreichen Abend zu bereiten. Da die Anzahl der Billets eine beschränkte ist, empfiehlt es sich, solche bei nachstehenden Stellen sofort zu entnehmen. In Potsdam bei B. Staab, Junferstraße 75, J. Waldi, Jägerstraße 84, Konsum, Viktoriastraße 71. In Rotwalde bei Wühl, Singer und den Konsumverkaufsstellen. Die vereinigten Ausschüsse.

Briefkasten der Expedition.

Patienten in Berlin, Buch usw. Diejenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Postkiste bleiben, wollen uns wegen der Ueberweisung von Freixemplaren sofort ihre Adresse einreichen, da bei verspäteter Bestellung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. Alle Adressen müssen jeden Monat neu eingesandt werden.

Deutscher Buchbinder-Verband.
Zahlscheine Berlin.
Am 20. d. M. verstarb unser
altes Mitglied, der Stillschler
Oskar Secheyay.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, 24. Februar, nach-
mittags 3 Uhr, von der Halle des
Königlichen Gemeinde-Friedhofs,
Ranziesdorfer Weg, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
23/12 Die Ortsverwaltung.

Durch plötzlichen Tod infolge
Schlaganfalls wurde uns am
21. Februar unser Kollege, der
Korrettor
Wilhelm Kolbe
im 51. Lebensjahre entzissen.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, 24. Februar, nach-
mittags 5 Uhr, von der Halle des
Königlichen Gemeinde-Friedhofs,
Ranziesdorfer Weg, aus statt.
Die Kollegen der Tischlerei
E. Winklerbarth u. Sohn.

Allen Kollegen die traurige
Mitteilung, daß der Tischler
Gustav Stolzenberg
Karlsdorf, an Blutergiftung ge-
storben ist.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, 24. Februar, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, in Karlsdorf
statt.
Die Kollegen der Tischlerei
E. Winklerbarth u. Sohn.

Allen Kollegen die traurige
Mitteilung, daß der Tischler
Gustav Stolzenberg
Karlsdorf, an Blutergiftung ge-
storben ist.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, 24. Februar, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, in Karlsdorf
statt.
Die Kollegen der Tischlerei
E. Winklerbarth u. Sohn.

Allen Kollegen die traurige
Mitteilung, daß der Tischler
Gustav Stolzenberg
Karlsdorf, an Blutergiftung ge-
storben ist.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, 24. Februar, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, in Karlsdorf
statt.
Die Kollegen der Tischlerei
E. Winklerbarth u. Sohn.

Allen Kollegen die traurige
Mitteilung, daß der Tischler
Gustav Stolzenberg
Karlsdorf, an Blutergiftung ge-
storben ist.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, 24. Februar, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, in Karlsdorf
statt.
Die Kollegen der Tischlerei
E. Winklerbarth u. Sohn.

Allen Kollegen die traurige
Mitteilung, daß der Tischler
Gustav Stolzenberg
Karlsdorf, an Blutergiftung ge-
storben ist.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, 24. Februar, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, in Karlsdorf
statt.
Die Kollegen der Tischlerei
E. Winklerbarth u. Sohn.

Allen Kollegen die traurige
Mitteilung, daß der Tischler
Gustav Stolzenberg
Karlsdorf, an Blutergiftung ge-
storben ist.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, 24. Februar, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, in Karlsdorf
statt.
Die Kollegen der Tischlerei
E. Winklerbarth u. Sohn.

Allen Kollegen die traurige
Mitteilung, daß der Tischler
Gustav Stolzenberg
Karlsdorf, an Blutergiftung ge-
storben ist.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, 24. Februar, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, in Karlsdorf
statt.
Die Kollegen der Tischlerei
E. Winklerbarth u. Sohn.

Allen Kollegen die traurige
Mitteilung, daß der Tischler
Gustav Stolzenberg
Karlsdorf, an Blutergiftung ge-
storben ist.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, 24. Februar, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, in Karlsdorf
statt.
Die Kollegen der Tischlerei
E. Winklerbarth u. Sohn.

Allen Kollegen die traurige
Mitteilung, daß der Tischler
Gustav Stolzenberg
Karlsdorf, an Blutergiftung ge-
storben ist.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, 24. Februar, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, in Karlsdorf
statt.
Die Kollegen der Tischlerei
E. Winklerbarth u. Sohn.

Allen Kollegen die traurige
Mitteilung, daß der Tischler
Gustav Stolzenberg
Karlsdorf, an Blutergiftung ge-
storben ist.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, 24. Februar, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, in Karlsdorf
statt.
Die Kollegen der Tischlerei
E. Winklerbarth u. Sohn.

Allen Kollegen die traurige
Mitteilung, daß der Tischler
Gustav Stolzenberg
Karlsdorf, an Blutergiftung ge-
storben ist.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, 24. Februar, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, in Karlsdorf
statt.
Die Kollegen der Tischlerei
E. Winklerbarth u. Sohn.

Allen Kollegen die traurige
Mitteilung, daß der Tischler
Gustav Stolzenberg
Karlsdorf, an Blutergiftung ge-
storben ist.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, 24. Februar, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, in Karlsdorf
statt.
Die Kollegen der Tischlerei
E. Winklerbarth u. Sohn.

Allen Kollegen die traurige
Mitteilung, daß der Tischler
Gustav Stolzenberg
Karlsdorf, an Blutergiftung ge-
storben ist.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, 24. Februar, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, in Karlsdorf
statt.
Die Kollegen der Tischlerei
E. Winklerbarth u. Sohn.

Allen Kollegen die traurige
Mitteilung, daß der Tischler
Gustav Stolzenberg
Karlsdorf, an Blutergiftung ge-
storben ist.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, 24. Februar, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, in Karlsdorf
statt.
Die Kollegen der Tischlerei
E. Winklerbarth u. Sohn.

Allen Kollegen die traurige
Mitteilung, daß der Tischler
Gustav Stolzenberg
Karlsdorf, an Blutergiftung ge-
storben ist.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, 24. Februar, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, in Karlsdorf
statt.
Die Kollegen der Tischlerei
E. Winklerbarth u. Sohn.

Allen Kollegen die traurige
Mitteilung, daß der Tischler
Gustav Stolzenberg
Karlsdorf, an Blutergiftung ge-
storben ist.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, 24. Februar, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, in Karlsdorf
statt.
Die Kollegen der Tischlerei
E. Winklerbarth u. Sohn.

Allen Kollegen die traurige
Mitteilung, daß der Tischler
Gustav Stolzenberg
Karlsdorf, an Blutergiftung ge-
storben ist.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, 24. Februar, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, in Karlsdorf
statt.
Die Kollegen der Tischlerei
E. Winklerbarth u. Sohn.

Dankfagung.
Für die herzliche Teilnahme und
zahlreichen Kranzspenden bei der Beer-
digung meiner innig geliebten Frau
Marie Krauspe
sage allen Verwandten, Freunden,
Bekanntem und Parteigenossen, den
Verbandskollegen der Firma E. S.
Wittler u. Sohn, der Dienerschaft der
Neuen Freien Volksbühne und dem
Gesangsverein „Beddinger Harmonie“
meinen herzlichsten Dank.
8145 Der trauernde Gatte
Adolf Krauspe.

Dankfagung.
Für die rege Teilnahme und reichen
Kranzspenden bei der Beerdigung
meines lieben Mannes sage ich allen
Freunden und Bekannten, insbesondere
dem Handels- und Transportarbeiter-
Verbande, dem Gesangsverein Kreuz-
berger Harmonie sowie der Firma
Kluge u. Lange meinen tiefgefühlten
Dank.
43882
Wwe. Marie Franke.

Zum 70. Geburtstage
von
August Bebel
erschien in unserem Verlage eine
Heliogravüre
auf Solpapier.
Plattengröße 19,5 x 26 cm
Kartongröße 22 x 44 cm
Preis 1 M. Porto 20 Pf. extra.
Fünftägige erste
Künstlerdrucke
mit Bebel's eigenhändiger
Unterschrift.
Preis 2,50 M.
Porto 20 Pf. extra.
Expedition des „Vorwärts“
Berlin SW. 68,
Lindenstraße 69, Laden.

Lexikon kauft
Haunemanns Buchhandlung
Berlin SW. 208, Friedrichstraße 208.
Verleih-Institut:
Friedrichstr. 115/1, a. Cröbig,
„Lor. Eleg. Hand. Gebod.“
1,50 woch. 1,00, woch. 50 Pf.

Dankfagung.
Allen Freunden, Bekannten und den
Kollegen der Firma H. Vorkj. (Edi.
Weiler Beck) sage ich meinen besten
Dank für die Beteiligung und Kranz-
spenden.
42672
Max Schlarmann.

Dankfagung.
Allen Parteigenossen, Freunden
und Bekannten für die zahlreiche Be-
teiligung bei der Beerdigung meiner
lieben Frau, insbesondere der Kolonne
Kerber vom Nonnenbäumchen, sage ich
meinen herzlichsten Dank.
43892
L. Gehrke, Buchh.

Dankfagung.
Für die herzliche Teilnahme anfüh-
lich des Hinscheidens meines lieben
Mannes, unseres guten Vaters sage ich
allen Freunden und Bekannten
sowie dem Arbeiterverein des S. Wahl-
kreises, dem Metallarbeiter-Verband,
den Kollegen der Firma Ludw. Löwe
und den Landvolkskollegen „Für guten
Hoffnung“ meinen innigsten Dank.
nebst
Witwe Münzner Kinder.
Pianino, vorzügliches, tadellos er-
halten, ist sofort ganz billig zu ver-
kaufen Französischstr. 15 I, geraden.

Beim Einkauf
eines
modernen Waschmittels
überzeugen Sie sich
davon, dass man
Ihnen das Richtige
für die Wäsche gibt:



„Ozonit“
(Prof. Giessler's Patent)
das moderne
Waschmittel.
Ges. gesch.

Würzburger Hühneraugenmittel
von **Dr. H. Unger.** — Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Umverteilung frei.
Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min.
fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. Indischen
Jansegras.)
Dr. H. Unger in Würzburg.
In Berlin (20 Pf.): Salomon-Apothek., Charlottenstraße 64. Groß-
Apothek., Barnimstraße 63. — München: Schützen-Apothek. — Stutt-
gart: Hirsch-Apothek. — Breslau: Victoria-Apothek. 113/6

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am
Moritzplatz,
10-2, 5-7, Sonntags 10-12-2-4.
Haben Sie Stoff?
Ich bringe davon Anzug od. Paletot
nach Maß, schnell, sauber, Zitalet,
von 20 Mark an. Moritz Laband,
Neue Promenade II, (Stadt 5594).

Lege-Hühner,
garantiert junge, beste Lege, 24, 27,
Eulen, Tauben, Gänse empfiehlt reichhalt.
Wegner, Berlin SO., Mariannenstr. 34

Westmanns Modelle Frühjahr 1910!
Kostüme alle modernen Farben, in West,
Epinette, blau Kammgarn etc.
regul. M. 22 regul. M. 30 regul. M. 56 regul. M. 83 usw. bis M. 250
regul. M. 40 regul. M. 82 regul. M. 120 regul. M. 158 regul. M. 475
Frühjahrs-paletots, Regenmäntel, Stummkäpfe,
Beduinen, Aparto Passons, Strong modera
regul. M. 14 regul. M. 18 regul. M. 20 regul. M. 25 regul. M. 49
regul. M. 50 regul. M. 80 regul. M. 90 regul. M. 70 regul. M. 92
Jackets in Tuch und Phantasiestoffen
regul. M. 12 regul. M. 10 regul. M. 21 regul. M. 35 regul. M. 46
regul. M. 22 regul. M. 30 regul. M. 38 regul. M. 74 regul. M. 85
französisch garnierte Kleider, Röcke, Blusen
Einsegnungs-Konfektion.
Extra-Abteilung: **Modern. Trauer-Magazin**
1 Gesch. in Berlin W.
Mohrenstr. 37 A
(nahe Jerusalemstr.)
I. Gesch.: Berlin N.O.
Gr. Frankfurterstr. 116
(nahe Andreasstr.)
Westmann
Die Bestände der letzten Winter-Saison:
Pelz- und Plüsch-Konfektion, Kostüme, Paletots, Mäntel,
Jackets zu jeden irgend annehmbaren Preise.
Gratis auf Wunsch: 2 1/2 m Stoff zu einem Rock!

Bitte ausschneiden, aufbewahren!
Große wissenschaftliche Lichtbilder-Vorträge
des Herrn Direktor Hhlig vom Waldsanatorium Oybin.

Donnerstag, 24. Februar: Bockbrauerei, Chausseestraße 64.
Freitag, 25. Februar: Ballschmieder, Babstraße 16.
Montag, 28. Februar: Brauerei Böhm, Prenzlauer Allee 212.
Dienstag, 1. März: Brauerei Böhm, Prenzlauer Allee 212.
Mittwoch, 2. März: Residenz-Festsäle, Landberger Str. 31.
Donnerstag, 3. März: Arminhallen, Kommandantenstr. 58-59.
Freitag, 4. März: Arminhallen, Kommandantenstr. 58-59.
Montag, 7. März: Kliems Festsäle, Sassenheide 13-15.
Dienstag, 8. März: Kliems Festsäle, Sassenheide 13-15.
Abends 7,9 Uhr
Für Damen über 18 Jahre
I. Teil. Die Wärmekultur, die größte
Ertragskraft neuerer Heilkunde.
Selbsthilfe bei folgenden Erkrankungen,
plötzlichen Ertränkungen, Rheumatis, Ar-
terien- und Herzkrankheiten, Nerven-,
Wohlfühl.
II. Teil. Schönheitsdunfug.
III. Teil. Die Naturheilkunde
von Oybin. Wintersport in Oybin.
Für Herren über 18 Jahre
I. und II. Teil. Wie im Damen-
vortrag.
III. Teil. Was Männer über die
Leiden ihrer Frauen und Töchter wissen
müßten?
Nach den Vorträgen: Fragenbeantwortung.
Eintritt: 50 Pfennig, 75 Pfennig, 1 Mark.

Achtung!!
Sumatra
hell, zwölfe Länge Stückblatt
per Pfund 2.00 M.
Hamburger Rohabakhaus
Filiale: Berlin N.,
Brunnen-Str. 190.

Kredit
Monatlich 10 M. liefern
eigen. Herren an der
n. Rah (blühige Preise)
Schneidmeister,
Lindenstr. 110.
Kasse 10 Proz. Rabatt

Kautabake
Grimm & Triepel, Nordhausen
stets zu haben bei
Max Ziegenhals, BERLIN NO., Neue Königstr. 70
Wöchentlich frische Sendungen.

Rixdorf, Selehowerstr. 13,
3 Zimmer und Küche, Preis ca. 500 M.
1 u. 2 „ „ „ „ 210-324 „
2 Läden,
passend für jedes Geschäft, 328, 540 M. 41827*

Ankerordentliche Generalversammlung des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands.

Dresden, 21. Februar. Zweiter Verhandlungstag.

In der Debatte über den Vorstandsbericht

Wenden sich die Vertreter der norddeutschen Städte, namentlich die Hamburger, gegen den Reichstarif, während die Vertreter Süddeutschlands sich zumeist für denselben aussprechen.

Die Süddeutschen führen dagegen aus, daß die Einheitslöhne selbst für die Hamburger auf die Dauer nicht haltbar gewesen seien; auch diese wären zu Klassenlöhnen gekommen.

Eine von zwei Berliner Delegierten gestellte Resolution, den Tarif unter dem Zwange der Verhältnisse zwar anzunehmen, aber der Verhandlungskommission ein Tadelvotum zu erteilen, fand genügende Unterstützung.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Table with 4 columns: Station, am 21. 2., seit 20. 2., Station, am 21. 2., seit 20. 2. Includes stations like Remel, Mühl, Dregel, Ansternburg, etc.

Theater und Vergnügungen

Mittwoch, 23. Februar. Anfang 7 1/2 Uhr. Königl. Opernhaus. Der Barbier von Sevilla.

Urania. Wissenschaftliches Theater. Mittwoch 4 Uhr: In den Dolomiten. Im Firaenglanz des Ober-Engadin.

Schiller-Theater. Schiller-Theater O. (Wallner-Theat.). Mittwoch, abends 8 Uhr: Die Welt in der man sich langweilt.

Schiller-Theater. Schiller-Theater (Charlottenburg). Mittwoch, abends 8 Uhr: Der Pfarrer v. St. Georgen.

Zipkus Schumann. Mittwoch, den 23. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Brillante Vorstellung. Novität! Mons. Romanoff.

Zirkus Busch. Heute Mittwoch, den 23. Februar, abends 7 1/2 Uhr präz.: Großer Gala-Abend. Herr James Leon Filla.

Der Freischütz.

Robert Steidl! Vampir-Tanz! Marionetten-Theater!

Schönheits-Konkurrenz-Woche in den bayerischen Alpen.

Schorseh Ehrengreber mit seiner Truppe (60 Mitwirkende) aus München.

Tonbild-Theater. Reform-Kino.

Neue Welt. Berwaist.

